

Joan V. Robinson // Lesekreis WS 2015/16

>> deutschsprachige Ergänzungstexte

2	Marx, Marshall und Keynes	1
	aus: <i>Über Keynes hinaus</i> , Europa Verlag, 1962	
	übers. von Erwin Weissel, Orig.: Marx, Marshall and Keynes, 1955	
4	Jenseits der Vollbeschäftigung	11
	aus: <i>Kleine Schriften zur Ökonomie</i> , Suhrkamp, 1968	
	übers. von Hans-Werner Saß, Orig.: <i>Beyond Full Employment</i> , 1962	
5	Die fatale politische Ökonomie	18
	übers. von Erwin Weissel, Europaverlag Wien, 1968	
	Orig.: <i>Economics – An Awkward Corner</i> , George Allen & Unwin Ltd., London 1966	

Marx, Marshall und Keynes

An der Delhi School of Economics im Jahre 1955 gehaltene
Vorlesungen, veröffentlicht von der Hochschule als Occasional
Paper Nr. 9

Drei Auffassungen vom Kapitalismus

Marx, Marshall und Keynes, diese drei Namen sind mit drei Einstellungen gegenüber dem kapitalistischen System verbunden. Marx repräsentiert den revolutionären Sozialismus, Marshall die selbstgefällige und Keynes die ernüchterte Verteidigung des Kapitalismus. Marx versucht das System zu verstehen, um dessen Untergang zu beschleunigen. Marshall versucht es annehmbar zu machen, indem er es in einem freundlichen Licht zeigt. Keynes sucht zu entdecken, was beim System fehlgegangen ist, um Mittel zu erfinden, die es vor der Selbstzerstörung bewahren.

Die Zusammenfassung eines komplexen Gedankengebäudes in wenigen Worten ist notwendig eine Verfälschung durch übermäßige Vereinfachung; aber solange wir die Gefahr erkennen, mag es zulässig sein, in groben Zügen den wesentlichen Gegensatz zwischen den ökonomischen Theorien darzulegen, die die Grundlagen dieser drei Standpunkte sind.

Die zentrale Behauptung in Marxens Schema, wie wir es im Band I des »Kapitals« finden, lautet, daß im Kapitalismus die Reallöhne der Arbeiter dauernd auf einem niedrigen Niveau festgehalten werden, während die Kapitalisten den Überschuß des Produktes über den Lohn als Gewinn erhalten. Die Kapitalisten, behauptet er, sind nicht sehr an einem luxuriösen Lebensstandard für sich selbst interessiert. Unter dem Druck des Wettbewerbes und der Gier nach mehr und mehr Gewinn investieren sie den Überschuß in mehr und mehr Kapital, und sie wetteifern miteinander darin, die Produktivität der eigenen Arbeiter zu erhöhen, so daß das Gesamtprodukt ständig wächst. Langfristig gesehen, wird das Niveau der Reallöhne eher sinken als steigen. Während die Produktivität zunimmt, wird der Anteil der Gewinne am Gesamtprodukt immer größer und die Akkumulationsrate steigt, bis die inneren Widersprüche des Systems sein Bersten verursachen und eine sozialistische Revolution ein neues System hervorbringt.

Marshalls Ansichten über Löhne, Gewinne und Akkumulation sind nicht so klar ersichtlich, teilweise deshalb, weil er seine Aufmerksamkeit auf die Einzelheiten der relativen Preise, die Vermögen der einzelnen Unternehmen und auf Angebot und Nachfrage bei den einzelnen Waren konzentriert, während er die Hauptkontur, in die diese Details gehören, äußerst verschwommen lassen hat. Und teilweise deshalb, weil sein ganzes System auf einem ungelösten Widerspruch aufgebaut ist. Das wuchtige Kernstück der logischen Analyse in den Grundsätzen ist rein statisch — es bezieht sich auf eine Wirtschaft, in der die Akkumulation aufgehört hat —, während alle die Probleme, die er erörtert, mit einer Wirtschaft verbunden sind, in der im Zeitablauf der Reichtum wächst. Nach seiner Ansicht gibt es eine normale Profitrate, die den Angebotspreis für Kapital darstellt; aber es ist niemals klar, ob dies der Angebotspreis einer bestimmten Menge von Kapital ist — die Profitrate, bei der der Kapitalstock weder ab- noch zunimmt — oder ob er der Angebotspreis eines bestimmten Ausmaßes am Kapitalsakkumulation ist. Der Gewinn ist die Belohnung für Warten — das heißt: für den Verzicht auf gegenwärtigen Konsum, um künftiges Vermögen zu genießen —; jedoch, es ist niemals klar, ob Warten die Erhaltung eines Kapitalstocks durch Verzicht auf seinen Verbrauch oder ob es Sparen und Vermehrung des Kapitals bedeutet. Manchmal scheint das eine gemeint zu sein, manchmal das andere und manchmal beides zugleich, obwohl Marshall der unangenehmen Tatsache gewahr ist, daß die beiden nicht identisch sind. Diese Unklarheit macht es unmöglich, sein System auf eindeutige Weise zu beschreiben. Aber er stellt ausdrücklich genug fest, daß das Warten ein Produktionsfaktor ist und daß die realen Kosten der Produktion aus Anstrengungen und Opfern zusammen gesetzt sind — Anstrengungen der Arbeiter und Opfer der Kapitalisten. Die Anstrengungen werden durch Löhne abgegolten und die Opfer durch Gewinne. Wenn man statt der reinen Logik, die eine statische Wirtschaft voraussetzt, eher den Sinn der Beleistung nimmt, der sich auf eine wachsende Wirtschaft bezieht, dann investieren und akkumulieren die Kapitalisten, weil der Gewinn ausreichend ist, um ein Opfer an gegenwärtigem Konsum aufzuwiegen. Das bewirkt, daß der gesamte Reichtum wächst. Die Arbeiter partizipieren an dem Vorteil, weil die Löhne mit der Produktivität steigen, während der Angebotspreis des Kapitals mehr oder weniger konstant bleibt.

Keynes unterschied scharf zwischen den zwei Seiten der Akkumulation: Sparen, das heißt: verzichten auf Konsum, und Investieren, das heißt: den produktiven Kapitalstock vergrößern. Marxens Kapitalisten sparen automatisch, weil sie investieren möchten,

damit sie mehr Produktionsmittel erwerben können, um mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen und mehr Gewinn zu erzielen. Marshalls Kapitalisten investieren automatisch, weil sie sparen möchten, das heißt: mehr Vermögen besitzen möchten.

Keynes weist darauf hin, daß in einer entwickelten kapitalistischen Wirtschaft die zwei Seiten der Akkumulation nicht automatisch miteinander verbunden sind. Sparen bedeutet weniger Ausgaben für Konsum und eine Einengung des Warenmarktes, so daß es die Rentabilität von Investitionen verringert. Investieren bedeutet den Einsatz von Arbeitskräften zur Herstellung von Gütern, die nicht schon zum Verbrauch bereitstehen, und erhöht so die Nachfrage im Verhältnis zum Angebot. Die zwei Seiten des Akkumulationsprozesses sind nicht so miteinander verbunden, daß sie in Einklang gehalten werden. Im Gegenteil, gerade die Natur des privaten Unternehmertums ist die Ursache für ihre chronische Tendenz, in Umlordnung zu geraten. Manchmal versucht die Wirtschaft, mehr zu investieren als sie kann; die Nachfrage nach Arbeitskräften für Konsum- und Investitionszwecke zusammengenommen übersteigt das vorhandene Angebot und es gibt eine Inflation. Aber außer in Kriegszeiten ist dies selten der Fall. Normalerweise herrscht die umgekehrte Situation vor; die Investitionen sind geringer, als sie es leicht sein könnten, und potentieller Reichtum wird in Arbeitslosigkeit verschwendet.

Jeder Standpunkt trägt das Gepräge seiner Zeit. Marx formte seine Gedanken in dem schrecklichen Elend der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Marshall sah den Kapitalismus in den sechziger Jahren in Frieden und Wohlstand blühen. Keynes mußte eine Erklärung für den krankhaften Zustand des „Elends inmitten von Überfluß“ in der Periode zwischen den beiden Weltkriegen finden. Aber jeder Standpunkt hat auch Bedeutung für andere Zeiten, denn soweit jede Theorie richtig ist, wirft sie Licht auf wesentliche Charakteristiken des kapitalistischen Systems, die stets in ihm gegenwärtig waren und mit denen immer noch gerechnet werden muß. Jeder ist darüber hinaus mit einer bestimmten politischen Haltung gegenüber dem Wirtschaftssystem verbunden, die höchst bedeutsam ist für die Probleme, denen wir heute gegenüberstehen.

Marx behauptete, es sei dem Kapitalismus bestimmt, sich auf solche Weise zu entwickeln, daß er seine eigene Zerstörung her vorbringe, und forderte die Arbeiter auf, sich zu organisieren, um den Zusammenbruch zu beschleunigen. Marshall argumentierte, daß es trotz einiger Mängel ein System sei, das das Gemeinwohl fördere. Keynes zeigt, daß es tief sitzende Fehler hat, von denen er aber glaubte, daß man sie abstellen könne. Marx macht Pro-

papganda gegen das System, Marshall verteidigt es, und Keynes kritisiert es, um es zu verbessern.

Ökonomische Lehren kommen stets als Propaganda zu uns. Das liegt gerade in der Natur der Sache, und wenn man im Namen einer »reinen Wissenschaft« vorgibt, daß dem nicht so sei, ist dies eine sehr unwissenschaftliche Weigerung, die Tatsachen zu akzeptieren.

Das Element der Propaganda ist deshalb angeboren, weil sich das Thema mit Politik beschäftigt. Es wäre ohne jedes Interesse, wenn dies nicht der Fall wäre. Wenn Sie ein Thema suchen, das es wert ist, nur wegen seiner innerlichen Anziehungskraft ohne irgendwelche Absicht auf weitere Folgen untersucht zu werden, dann würden Sie nicht eine Vorlesung über Nationalökonomie besuchen. Sie würden zum Beispiel keine Mathematik betreiben oder das Verhalten der Vögel studieren.

Die frühere orthodoxe Theorie des Laissez-faire wich dem Problem aus, indem sie zu zeigen versuchte, daß in der Wahl der politischen Mittel kein Problem liegt. Man braucht nur jeden seine Interessen verfolgen zu lassen, und der freie Wettbewerb garantiert dann den maximalen Nutzen für jeden. Offensichtlich ist dies dort nicht anwendbar, wo eine beliebige Gesamtorganisation notwendig ist: das Bankensystem, die Eisenbahnen, die Staatskasse. Aber selbst wo es technisch möglich ist, das System auf der Basis eines Freistilringens in Gang zu halten, besteht ein Widerspruch an der Wurzel der Beweisführung. Bei der Verfolgung der Eigeninteressen entdecken die einzelnen, daß es ihnenförderlich ist, sich zusammenzutun und übereinzukommen, keinen Konkurrenzkampf zu führen. Monopole, Gewerkschaften, politische Parteien entstehen aus dem Prozeß der Konkurrenz und hindern ihn daran, als Mechanismus zur Gewährleistung des allgemeinen Besten wirksam zu sein. Der reine, ungehinderte Individualismus ist kein durchführbares System, und der Zusammenhalt einer Wirtschaft hängt von der Bereitwilligkeit ab, Einschränkungen zu akzeptieren. Es muß einen Kodex der Spielregeln geben, sei er durch Gesetz errichtet oder durch allgemeine Übereinkunft. Keine Kombination von Spielregeln kann völlige Interessenharmonie zwischen allen Gruppen der Gesellschaft gewährleisten, und jede Kombination von Regeln wird von jenen verteidigt werden, die sie bevorrechtet, und von jenen angegriffen, denen andere Regeln besser passen würden.

Von der wissenschaftlichen Seite betrachtet, beschäftigt sich die Wirtschaftstheorie damit, zu zeigen, wie eine bestimmte Kombination von Spielregeln funktioniert; aber dabei kann sie nicht umhin, den Leuten, die das Spiel spielen, die Regeln in einem günstigeren Licht erscheinen zu lassen. Sogar wenn ein Autor sich zu völliger Objektivität durchzuringen vermag, betreibt er immer noch Propaganda, denn seine Leser haben eigennützige Ansichten. Nehmen wir als Beispiel ein Stück rein analytischer Beweisführung, wie etwa, daß das Wirken des Goldstandards die Stabilität der Wechselkurse garantiert, vorausgesetzt, daß die Geldlohnsätze beweglich sind. Das bedeutet, daß er dort nicht gut funktionieren wird, wo die Gewerkschaften stark sind und die Löhne am Sinken hindern, wenn die Erhaltung der Wechselkurse ihr Sinken erfordern würde. Das ist eine rein wissenschaftliche Feststellung, und es gibt nicht viel Platz für Meinungsverschiedenheiten, wenn man sie als Beschreibung der Art und Weise auffaßt, in der das System funktioniert. Aber manchen Lesern wird sie als starke Propaganda gegen die Gewerkschaften und anderen als starke Propaganda gegen den Goldstandard erscheinen.

Dieses Element der Propaganda dringt sogar in die rein technischen Details des Themas ein. Es wird umso eher gegenwärtig sein, wenn der weite Sachverhalt des Funktionierens des Systems, als ganzes betrachtet, zur Debatte steht.

Jeder unserer drei Nationalökonomen ist damit beschäftigt, die Regeln des kapitalistischen Spieles zu beschreiben und sie folglich zu kritisieren oder zu verteidigen. Marx zeigt, daß die Regeln für die Arbeiter ungünstig sind und aus diesem Grund nicht auf die Dauer geduldet werden können. Marshall argumentiert, daß die Regeln so gestaltet sind, um das größtmögliche Wachsen des Reichstums zu gewährleisten, und daß alle Klassen aus der Teilnahme daran einen Vorteil ziehen. Keynes zeigt, daß die Regeln ergänzt werden müssen, um zu garantieren, daß der Reichtum weiterhin anwachsen werde.

Beschreibung und Bewertung können nicht getrennt werden, und wenn wir vorgeben, wir seien nicht an der Bewertung interessiert, dann ist dies reiner Selbstbetrug.

Marx ist ganz deutlich in seiner Absicht, er steht auf der Seite der Arbeiter und er streitet gegen den Kapitalismus, um die Arbeitnehmer zum Umsturz zu ermutigen. Marshall war im Interessenstreit zwischen Arbeitern und Kapitalisten nicht offen und klar auf der einen oder der anderen Seite. Sein Standpunkt ist eher, daß alle miteinander profitieren, wenn jeder das System akzeptiert und nicht viel Aufhebens davon macht.

»Betreffend die Teilarbeitsmarkte. Nahezu ihrer alle ändern ihren Charakter und werden zunehmend biegsm; aber die hauptsächliche Wandlung ist die Anpassung der Ausbildung und folglich

stigen oder ungünstigen Licht erscheinen zu lassen. Sogar wenn ein Autor sich zu völliger Objektivität durchzuringen vermag, betreibt er immer noch Propaganda, denn seine Leser haben eigennützige Ansichten. Nehmen wir als Beispiel ein Stück rein analytischer Beweisführung, wie etwa, daß das Wirken des Goldstandards die Stabilität der Wechselkurse garantiert, vorausgesetzt, daß die Geldlohnsätze beweglich sind. Das bedeutet, daß er dort nicht gut funktionieren wird, wo die Gewerkschaften stark sind und die Löhne am Sinken hindern, wenn die Erhaltung der Wechselkurse ihr Sinken erfordern würde. Das ist eine rein wissenschaftliche Feststellung, und es gibt nicht viel Platz für Meinungsverschiedenheiten, wenn man sie als Beschreibung der Art und Weise auffaßt, in der das System funktioniert. Aber manchen Lesern wird sie als starke Propaganda gegen die Gewerkschaften und anderen als starke Propaganda gegen den Goldstandard erscheinen.

Dieses Element der Propaganda dringt sogar in die rein technischen Details des Themas ein. Es wird umso eher gegenwärtig sein, wenn der weite Sachverhalt des Funktionierens des Systems, als ganzes betrachtet, zur Debatte steht.

Jeder unserer drei Nationalökonomen ist damit beschäftigt, die Regeln des kapitalistischen Spieles zu beschreiben und sie folglich zu kritisieren oder zu verteidigen. Marx zeigt, daß die Regeln für die Arbeiter ungünstig sind und aus diesem Grund nicht auf die Dauer geduldet werden können. Marshall argumentiert, daß die Regeln so gestaltet sind, um das größtmögliche Wachsen des Reichstums zu gewährleisten, und daß alle Klassen aus der Teilnahme daran einen Vorteil ziehen. Keynes zeigt, daß die Regeln ergänzt werden müssen, um zu garantieren, daß der Reichtum weiterhin anwachsen werde.

Beschreibung und Bewertung können nicht getrennt werden, und wenn wir vorgeben, wir seien nicht an der Bewertung interessiert, dann ist dies reiner Selbstbetrug.

der Fähigkeiten der Arbeiterklassen im allgemeinen an jene der Wohlhabenden . . . Wir nähern uns in der Tat rasch Zuständen, die keinen annähernden Vorgänger in der Vergangenheit haben, aber vielleicht in Wirklichkeit natürlicher sind als jene, die sie verdrängen — Zustände, unter denen die Beziehungen zwischen den verschiedenen industriellen Schichten einer zivilisierten Nation auf der Vernunft, statt auf Tradition beruhen . . . Es wird klar, daß dieses und jedes andere westliche Land sich nunmehr leisten kann, größere Opfer an materiellem Wohlstand zu dem Zweck zu bringen, den inneren Wert des Lebens für seine ganze Bevölkerung zu erhöhen.¹

Keynes ist ein Gegner von Verschwendungs- und Dummheit und unnötigem Elend. Er interessiert sich weniger dafür, wer den Vor teil aus einer erhöhten Produktion zieht, als für die Sicherheit, daß die Erhöhung wirklich erfolgt. Er betrachtet eine größere Ein kommensgleichheit als wünschenswert, aber seine Haltung ist »gemäßigt-konservativ«, und er ist der Meinung, der Kapitalismus würde besser als jede Alternative sein, wenn man ihn nur dazu bringen könnte, brauchbar zu funktionieren.

Der Kern von Marxens Propaganda ist, daß der Kapitalismus bössartig ist und zerstört werden sollte; der Marshalls, daß das System vorteilhaft ist und erhalten werden sollte; der Kern von Keynes' Propaganda, daß der Kapitalismus ziemlich erträglich gestaltet werden könnte, wenn die Leute ein bißchen vernünftig wären.

Jeder von den dreien versucht, eine bestimmte Ansicht über das System zu rechtfertigen, und betreibt Propaganda dafür. Jeder setzt genügend Vertrauen in seine Ansicht, um zu glauben, daß ihm die Wahrheit recht geben wird, und jeder versucht, auf echt wissenschaftlichem Weg an die wirtschaftlichen Probleme heranzugehen. Sie müssen Propagandisten sein, aber sie sind genauso gut Wissenschaftler. Um von ihnen zu lernen, müssen wir zunächst nachsehen, worauf sie abzielen. Dann können wir sie als Wissenschaftler verwenden, während wir uns das Recht vorbehalten, eine eigene Meinung in politischen Fragen zu haben.

ist die große Torheit, jene Lehren auszuwählen, die wir wegen ihres politischen Inhaltes anzunehmen bereit sind. Es ist Unsinn, eine Analyse abzulehnen, weil wir nicht mit der politischen Beurteilung durch den Ökonomen übereinstimmen, der sie vorbringt. Unglücklicherweise ist diese Haltung gegenüber der Nationalökonomie sehr weit verbreitet. Die orthodoxe Schule macht sich durch die Weigerung lächerlich, von Marx zu lernen. Weil sie seine Politik nicht mochten, beschäftigten sie sich mit seiner Wirtschaftstheorie nur, um darin einige Fehler aufzuzeigen, in der Hoffnung, seine politischen Lehren dadurch unschädlich machen zu können, daß sie ihn in einigen Punkten widerlegen.

Daher hat sich die Diskussion über Marx hauptsächlich darauf beschränkt, die Arbeitswertlehre zu kritisieren. Die Arbeitswerttheorie ist ein Sammelnahme, der zur Zusammenfassung einer Reihe von Aspekten der Marxschen Lehre verwendet wird. Ein Element darin ist die Theorie darüber, was, langfristig gesehen, die relativen Gleichgewichtspreise der Waren bestimmt. Die orthodoxen Nationalökonomen können mit Leichtigkeit zeigen, daß die Ansicht, die Preise seien proportional der zur Herstellung erforderlichen Arbeitszeit, keine ausreichende Theorie der relativen Preise ist. Indem sie sich auf diese Frage konzentrierten, gelang es ihnen, die Förterung in eine Sphäre zu verlegen, wo sie gegenüber den Marxisten eine Reihe überflüssiger Gutpunkte verbuchen konnten. Sie waren nicht im mindesten daran interessiert, von Marx zu lernen oder zu untersuchen, ob diese Punkte für die Hauptfrage von Bedeutung waren.

Darin wurden sie sehr von den Marxisten unterstützt, die, statt auf all die verwinkelten Argumente in der Preistheorie „Na und?“ zu antworten, sich im Bestreben, Marx sogar dort zu verteidigen, wo er nicht zu verteidigen ist, in eine Reihe von Sophistereien hineinziehen ließen.

Unter dem Staub all dieser Auseinandersetzungen über Unwesenlichkeiten wurden die wertvollsten Teile aus Marxens Theorie von beiden Parteien aus den Augen verloren.

Um ein Beispiel zu nennen, ergeben die Schemata der Reproduktion auf erweiterter Stufe einen sehr einfachen und ziemlich unentbehrlichen Ausgangspunkt für das Problem von Sparen und Investieren und vom Gleichgewicht zwischen der Produktion von Kapitalgütern und der Nachfrage nach Konsumgütern. Sie wurden von Kalecki wiederentdeckt und zur Grundlage der Behandlung des Keynes'schen Problems gemacht und von Harrod und Domar als Grundlage für die Theorie der langfristigen Entwicklung wiedererfunden. Wenn Marx als ernst zu nehmender Nationalökonom studiert worden wäre, statt einerseits als unfehl-

Ideen und Ideologie

Wir müssen zugeben, daß jede ökonomische Lehre, die nicht trivialer Formalismus ist, politische Beurteilungen enthält. Aber es

¹ »Industrie und Handel«, S. 4 bis 5 (engl. eig. Übersetzung, E.W.).
² »Allgemeine Theorie«, S. 377 (engl.).

bares Orakel und andererseits als Ziel billiger Epigramme behandelt zu werden, würde das uns allen eine Menge Zeit erspart haben.

Die Marxisten waren in ihrer Weigerung, von jenen zu lernen, deren politische Ansichten sie nicht mochten, genauso übel wie die orthodoxen Nationalökonomien. Da sie sich in die Defensive gedrängt fühlten, betrachteten sie es als eine Art Hochverrat, irgend einen Einwand anzuerkennen, der von den Kritikern Marxs vorgebracht wurde, und bestehen darauf, ihn in jeder Einzelfrage zu verteidigen, so daß sie nicht einmal Marshall gegenüber zu geben, daß die Arbeitswertlehre nur eine grobe Erklärung für die Bestimmung der relativen Preise darstellt und in verschiedener Hinsicht ergänzt und ausgearbeitet werden muß.

Diese Unnachgiebigkeit ist in ihrer Reaktion auf Keynes besonders ausgeprägt. Weil die Marxisten den Gedanken zurückweisen, daß der Kapitalismus durch wirtschaftliche Maßnahmen, die von den Regierungen durchgeführt werden, vor Krisen gerettet werden kann, leugnen sie die überzeugende Kraft der Beweisführung Keynes. Sie weisen darauf hin, daß Keynes einer Illusion unterliegt, wenn er sich an den Staat wendet, als ob dieser ein wohlwollender unparteiischer Gebieter wäre, dem man zutrauen kann, das Beste für jeden zu tun, wenn man ihm nur klarmachen kann, wie man es anfängt. Sie behaupten, daß der Staat ein Organ der Kapitalisten sei und daß es daher vergeblich sei, bei ihm nach der Durchführung von Maßnahmen auszuschauen, die zum Vorteil der Arbeiter die Arbeitslosigkeit verhindern.

Im ersten Teil des Arguments steckt viel zwingende Kraft, aber der zweite Teil ist ein *'non sequitur'*. Die Kapitalisten sind von Krisen nicht erbaut. Arbeitslosigkeit ist von Verlusten begleitet. Und heutzutage haben die Kapitalisten guten Grund, die Arbeitslosigkeit an sich nicht zu mögen, da sie gefährliche Munition für ihre politischen Gegner ergibt. Wenn die Regierungen Arbeitslosigkeit verhindern, dann tun sie für die Kapitalisten etwas, was diese gern vollbracht haben wollen, aber selbst nicht vollbringen können. Marx hatte zu seiner Zeit einen bei weitem durchdringenderen und feineren Scharfblick für das Wirken des Systems als seine modernen Anhänger. Bei der Erörterung der gesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit zeigte er, daß jeder einzelne Kapitalist, für sich genommen, ein Interesse daran hatte, eine Gesetzgebung zu verhindern, die seine Möglichkeit zur Ausbeutung seiner Arbeiter einengte. Insgesamt genommen wurden jedoch deren Interessen gefördert, da übermäßige Ausbeutung die Arbeiterschaft zugrunde richtet, von der sie abhängen. Daher haben die Kapitalisten unter der Maske, dem von den Arbeitern und Humanisten

vorgebrachten Verlangen nach Arbeitsgesetzgebung zu widerstreben, deren Durchführung zugelassen.

In derselben Weise verlassen sie sich auf den Staat, der sie vor sich selbst retten soll, während sie gleichzeitig gegen die Keynesianische Politik vorbringen, sie sei ein unrechtmäßiger Eingriff in die eigentliche Funktion des privaten Unternehmertums.

Die Albernheit, eine ökonomische Analyse wegen der politischen Lehren abzulehnen, mit denen sie verbunden ist, zeigt sich in der Tatsache, daß der Aspekt des Kapitalismus, den jeder der großen Nationalökonomen beleuchtet, eine Grundlage für politische Folgerungen abgibt, die seinen eigenen entgegengesetzt sind.

Die beste Verteidigung des Kapitalismus als Wirtschaftssystem kann gerade auf der Analyse Marxs aufgebaut werden. Das wurde von Schumpeter erkannt und jüngst durch dessen Schüler Professor Galbraith einen Schrift weitergeführt³. Sie liefern eine harte, zynische und geistvolle Verteidigung der kapitalistischen Spielregeln, die weit wirkungsvoller ist als die weiche, spitzfindige Sophisterei der orthodoxen Schule.

Marx betont die Art und Weise, in der die kapitalistischen Spielregeln die Akkumulation und den technischen Fortschritt beginnen. Seine Kapitalisten sind nicht an einem luxuriösen Leben interessiert. Sie beuten die Arbeiterschaft aus, um zu akkumulieren, und sie steigern die Produktivität, um einen größeren Überschuß zu erzielen, den sie investieren können. »Die Ergiebigkeit der Arbeit wird wie in einem Treibhaus zur Reife gebracht.« Sie hindern die Arbeiter daran, einen Anteil an der gestiegenen Produktion zu erhalten, denn wenn die Arbeiter mehr konsumieren würden, dann würde es weniger Akkumulation geben und das Wachsen des gesamten Reichtums würde gehemmt werden.

Dies ergibt eine Erklärung für die Funktion der Ausbeutung. Es erklärt auch, nebenbei bemerkt, warum in einer sozialistischen Wirtschaft, die eine rasche Entwicklung unternimmt, der Lebensstandard zunächst nur langsam steigt und warum es, wenn nicht der Privatgewinn eine Spanne zwischen Löhnen und Preisen erzeugt, notwendig ist, eine Spanne durch Besteuerung zu erzeugen, um die Mittel für die Akkumulation zu beschaffen.

Als Keynes, bevor er vom Problem der Arbeitslosigkeit ganz in Anspruch genommen wurde, den blühenden Kapitalismus der Welt vor 1914 beschrieb, brachte er eine Analyse vor, die im wesentlichen dieselbe war wie jene von Marx:

»Europa war sozial und ökonomisch so organisiert, um eine massive Kapitalsakkumulation zu gewährleisten. Während es einiger-

vorgebrachten Verlangen nach Arbeitsgesetzgebung zu widerstreben, deren Durchführung zugelassen.

In derselben Weise verlassen sie sich auf den Staat, der sie vor sich selbst retten soll, während sie gleichzeitig gegen die Keynesianische Politik vorbringen, sie sei ein unrechtmäßiger Eingriff in die eigentliche Funktion des privaten Unternehmertums.

Die Albernheit, eine ökonomische Analyse wegen der politischen Lehren abzulehnen, mit denen sie verbunden ist, zeigt sich in der Tatsache, daß der Aspekt des Kapitalismus, den jeder der großen Nationalökonomen beleuchtet, eine Grundlage für politische Folgerungen abgibt, die seinen eigenen entgegengesetzt sind.

Die beste Verteidigung des Kapitalismus als Wirtschaftssystem kann gerade auf der Analyse Marxs aufgebaut werden. Das wurde von Schumpeter erkannt und jüngst durch dessen Schüler Professor Galbraith einen Schrift weitergeführt³. Sie liefern eine harte, zynische und geistvolle Verteidigung der kapitalistischen Spielregeln, die weit wirkungsvoller ist als die weiche, spitzfindige Sophisterei der orthodoxen Schule.

Marx betont die Art und Weise, in der die kapitalistischen Spielregeln die Akkumulation und den technischen Fortschritt beginnen. Seine Kapitalisten sind nicht an einem luxuriösen Leben interessiert. Sie beuten die Arbeiterschaft aus, um zu akkumulieren, und sie steigern die Produktivität, um einen größeren Überschuß zu erzielen, den sie investieren können. »Die Ergiebigkeit der Arbeit wird wie in einem Treibhaus zur Reife gebracht.« Sie hindern die Arbeiter daran, einen Anteil an der gestiegenen Produktion zu erhalten, denn wenn die Arbeiter mehr konsumieren würden, dann würde es weniger Akkumulation geben und das Wachsen des gesamten Reichtums würde gehemmt werden.

Dies ergibt eine Erklärung für die Funktion der Ausbeutung. Es erklärt auch, nebenbei bemerkt, warum in einer sozialistischen Wirtschaft, die eine rasche Entwicklung unternimmt, der Lebensstandard zunächst nur langsam steigt und warum es, wenn nicht der Privatgewinn eine Spanne zwischen Löhnen und Preisen erzeugt, notwendig ist, eine Spanne durch Besteuerung zu erzeugen, um die Mittel für die Akkumulation zu beschaffen.

Als Keynes, bevor er vom Problem der Arbeitslosigkeit ganz in Anspruch genommen wurde, den blühenden Kapitalismus der Welt vor 1914 beschrieb, brachte er eine Analyse vor, die im wesentlichen dieselbe war wie jene von Marx:

»Europa war sozial und ökonomisch so organisiert, um eine massive Kapitalsakkumulation zu gewährleisten. Während es einiger-

³ »Der Amerikanische Kapitalismus«.

maßen ständige Verbesserungen in den täglichen Lebensbedingungen der Masse der Bevölkerung gab, war die Gesellschaft so gestaltet, daß ein großer Teil des gesteigerten Einkommens der Kontrolle jener Klasse unterworfen wurde, von der am wenigsten angenommen werden konnte, daß sie ihn konsumieren werde. Die neuen Reichen des neunzehnten Jahrhunderts wurden nicht zu großen Ausgaben erzogen und zogen die Macht, die ihnen das Investieren verlieh, dem Vergnügen des sofortigen Konsumierens vor. Tatsächlich war es gerade die Ungleichheit in der Vermögensverteilung, welche jene gewaltigen Anhäufungen von angelegten Vermögen und Kapitalvergrößerungen ermöglicht hat, die dieses Zeitalter von allen anderen unterscheiden. Hierin lag in der Tat die hauptsächliche Rechtfertigung des kapitalistischen Systems. Hätten die Reichen ihren neuen Reichtum für ihre eigenen Vergnügungen ausgegeben, hätte die Welt schon lange ein solches Regime untragbar gefunden. Aber sie sparten und akkumulierten wie Bienen, nicht zuletzt zum Vorteil der ganzen Gemeinschaft, obwohl sie selbst nur beschränktere Ziele in Aussicht hatten.

Die ungeheuren Akkumulationen von angelegtem Kapital, die zum großen Vorteil der Menschheit während des halben Jahrhunderts vor dem Krieg aufgebaut worden waren, hätten nie in einer Gesellschaft zustande kommen können, in der der Reichtum gleichmäßig verteilt war. Die Eisenbahnen der Welt, die jenes Zeitalter als Monument für die Nachfahren errichtete, waren ebenso wie die Pyramiden Ägyptens das Werk von Arbeitskraft, der es nicht gestattet war, den vollen Gegenwert ihrer Anstrengungen zum sofortigen Vergnügen zu konsumieren.

Wenn ich dies schreibe, setze ich damit nicht notwendig die Praktiken jener Generation herab. In den unbewußten Tiefen ihres Seins wußte die Gesellschaft, was sie tat. Im Verhältnis zum Appetit der Konsumenten war der Kuchen wirklich sehr klein, und wenn er allgemein aufgeteilt worden wäre, dann wäre niemand durch das Zerschneiden wesentlich besser daran gewesen.

Die Gesellschaft arbeitete nicht für die kleinen Vergnügen von heute, sondern für künftige Sicherheit und Besserstellung der Rasse — tatsächlich für den Fortschritt.⁴

Hier gibt es keinen Widerspruch zur Analyse Marxens, obwohl es eher der Zweck der Erörterung ist, zu erklären, warum der Kapitalismus am Leben geblieben ist, statt zu zeigen, warum er gestürzt werden sollte.

⁶ Wenn ich dies schreibe, setze ich damit nicht notwendig die Praktiken jener Generation herab. In den unbewußten Tiefen ihres Seins wußte die Gesellschaft, was sie tat. Im Verhältnis zum Appetit der Konsumenten war der Kuchen wirklich sehr klein, und wenn er allgemein aufgeteilt worden wäre, dann wäre niemand durch das Zerschneiden wesentlich besser daran gewesen.

Um gegen den Kapitalismus aufzutreten, ist es notwendig, sich Marshalls Beweis zuzuwenden. Es ist wahr, daß Gewinn hauptsächlich zum Zweck der Akkumulation begeht wird; aber das ist nicht die ganze Wahrheit. Der Gewinn ist auch die Grundlage für den Konsum der Kapitalisten. Sie müssen „für das Warten entschädigt“ werden, und sie werden nicht sparen oder auch nur in der Vergangenheit angehäuften Reichtum aufzubewahren, wenn sie nicht bis zu einem gewissen Punkt durch einen eigenen hohen Lebensstandard befriedigt sind. Für das Sparen zu bezahlen, indem man eine große Ungleichheit im Konsumieren in Kauf nimmt, ist für die Gesellschaft eine sehr verschwenderische und teure Art, die Arbeit getan zu bekommen. Es wäre bei weitem wirtschaftlicher, die Kapitalisten zu enteignen, den in der Vergangenheit angehäuften Reichtum in den sicheren Gewahrsam der Gesellschaft zu legen, wo niemand an ihn herankann, den Besitz „zur sofortigen Befriedigung“ auf Kosten der Zukunft zu verbrauchen und über die durchzuführende Akkumulationsrate im Hinblick auf die Entwicklung der Gesamtwirtschaft zu entscheiden, statt nach den Launen von Einzelpersonen.

Marshalls Analyse kann benutzt werden, um zu zeigen, warum der Sozialismus notwendig ist. Nach Marshalls eigener Beweisführung ist aus einem gegebenen Einkommen ein größerer realer Vorteil zu ziehen, wenn es gleichmäßig verteilt ist, als wenn einige Einzelpersonen einen solchen luxuriösen Lebensstandard genießen, daß Sparen für sie keine Anstrengung bedeutet, während sich andere plagen, um überhaupt am Leben zu bleiben. Wenn es das Ziel der Produktion ist, für die Wohlfahrt der menschlichen Wesen zu sorgen, dann ist es sehr unwirtschaftlich, die Früchte eines gegebenen Produktionsmaßes ungleich zu verteilen. Aber wenn die Einkommen gleichmäßig verteilt wären, würden nicht genügend Ersparnisse zusammenkommen, um eine Weiterentwicklung zu gestatten. Um zu einer wirtschaftlicheren Einkommensverteilung zu kommen, ist es notwendig, daß das Sparen kollektiv geschieht, und wenn kollektiv gespart wird, muß das Kapital im kollektiven Eigentum stehen.

Wenn die Kapitalisten völlig Marxs Beschreibung entsprächen und den ganzen Überschuß investierten, wäre der Sozialismus nicht notwendig. Es ist die Rentierseite des Profits als Quelle privaten Reichtums, wie sie Marshall hervorhebt, die das stärkste Argument für den Sozialismus darstellt, und die Unternehmerseite des Profits als Akkumulationsquelle, wie sie Marx hervorhebt, die das stärkste Argument für den Kapitalismus darstellt.

Die Analyse von Keynes ergibt, gleichfalls die Möglichkeit zu entgegengesetzten politischen Schlußfolgerungen. Er zeigt zu-

nächst, daß in einer fortgeschrittenen kapitalistischen Wirtschaft die Tendenz besteht, in eine chronische Stagnation mit dauernder Arbeitslosigkeit zu verfallen, und daß diese Wirtschaft von Natur aus höchst unstabil ist. Er folgert, daß gewisse Eingriffe in das reine Privatunternehmer-System notwendig sind, um es in Gang zu halten. Insbesondere müssen die Regierungen genügend Investitionen durchführen, um die Unfähigkeit der privaten Kapitalisten, die Investitionen ständig auf dem wünschenswerten Niveau zu halten, auszugleichen. Aber solange ein großer Teil der Investitionen der privaten Hand überlassen bleibt, darf der Eingriff nicht zu einem Zustand führen, wo der private Sektor gerade deshalb weniger investiert, weil die Regierungen mehr investieren. Eine hohe Akkumulationsrate führt notwendig zu einer Abnahme der Rentabilität weiterer Investitionen. Daraus folgt, daß verschwendenderische Investitionen wirkungsvoller sind als zweckmäßige Investitionen, wenn man das Niveau der Nachfrage nach Arbeitskräften aufrechterhalten will. »Zwei Pyramiden, zwei Seelenmassen sind doppelt so gut als eine; nicht so zwei Bahnlinien von London nach York.⁵«

»Insofern die Millionäre ihre Befriedigung darin finden, mächtige Wohnhäuser zu errichten, die ihnen im Leben dienen, und Pyramiden, die sie nach dem Tode beherbergen, oder als Buße für ihre Sünden Kathedralen zu erbauen und Klöster zu stiften oder die Missionen zu beschenken, kann der Tag hinausgeschoben werden, an dem der Überfluß an Kapital mit dem Überfluß an Produktion in Konflikt gerät, Löcher in den Boden graben, wofür aus Ersparnissen bezahlt wird, wird nicht nur die Beschäftigung erhöhen, sondern die reale nationale Dividende an nützlichen Gütern und Dienstleistungen.⁶«

Keynes' Absicht war, die Paradoxien des Kapitalismus zu illustrieren und für eine zweckmäßige Kontrolle der Investitionen zu plädieren; aber die Wirkung seiner Beweisführung ist die Erklärung, warum der moderne Kapitalismus blüht und gedeiht, wenn die Regierungen in die Auffrüstung Geld hineinstecken. Statt eine ruiniöse Last für eine hochentwickelte Wirtschaft zu sein, ist die offensichtliche Verschwendug bei der Aufrüstung in Wirklichkeit eine Methode zur Aufrechterhaltung des Wohlstandes. Daraus folgt, daß es nötig wäre, nützliche Investitionen vorzunehmen und daher in die Macht und Unabhängigkeit der Kapitalisten einzutreten, wenn es keinen Rüstungsbedarf gäbe. Die Kapitalisten

ziehen deshalb eine Situation vor, in der die Aufrüstung notwendig erscheint. Die meisten von uns werden wohl der Meinung sein, daß dieses Heilmittel ärger als die Krankheit selbst ist, und auf Grund der Beweisführung von Keynes kann gefolgert werden, daß sich der Kapitalismus durch kein anderes Mittel vor der Tendenz zur Arbeitslosigkeit retten kann.

Marxens Analyse des Kapitalismus beleuchtet dessen starke Seite, obwohl es Marxens Absicht war, ihn anzugreifen. Marshalls Argument beweist unabsichtlich die Verschwendug des Kapitalismus, obwohl er ihn empfehlen wollte. Keynes zeigt, indem er die Notwendigkeit von Heilmitteln für die Fehler des Kapitalismus nachweist, auch, wie gefährlich diese Heilmittel sein können.

Um von den Nationalökonomen als Wissenschaftern zu lernen, ist es notwendig, das, was in ihrer Beschreibung des Systems wohlbegründet ist, von der Propaganda zu trennen, die jeder von ihnen offen oder unbewußt für seine eigene Ideologie betreibt. Die beste Methode zur Trennung der wissenschaftlichen Gedanken von der Ideologie ist, die Ideologie auf den Kopf zu stellen und nachzusehen, wie die Gedanken, verkehrt betrachtet, ausschauen. Wenn sie sich mit der Ideologie auflösen, haben sie für sich allein keine Gültigkeit. Wenn sie aber immer noch als Beschreibung der Wirklichkeit sinnvoll sind, dann kann aus ihnen gelernt werden, ob wir nun die Ideologie mögen oder nicht.

Die großen Widersprüche

Es ist töricht, sich zu weigern, aus den Gedanken eines Nationalökonomen zu lernen, dessen Ideologie uns nicht paßt. Es ist gleichermaßen unklug, sich auf die Theorien desjenigen zu verlassen, dessen Ideologie wir billigen.

Eine wirtschaftliche Theorie ist bestenfalls nur eine Hypothese. Sie sagt uns nicht, was wirklich vorliegt. Sie schlägt eine mögliche Erklärung für irgendein Phänomen vor und kann nicht als richtig akzeptiert werden, bevor sie durch Anwendung auf die Tatsachen geprüft worden ist. Es ist die Aufgabe der Schüler eines großen Nationalökonomen, nicht seine Lehren zu propagieren, sondern seine Hypothesen zu überprüfen. Wenn es sich herausstellt, daß die Tatsachen nicht in seiner Hypothese passen, dann muß die Hypothese abgelehnt werden. Es ist zwecklos, eine Hypothese nach der Farbe des Nationalökonomen auszutesten, der sie vorgebracht hat, und dann die Tatsachen abzulehnen, die nicht mit ihr übereinstimmen.

⁵ »Allgemeine Theorie«, S. 131 (engl., eigene Übersetzung, E. W.).

⁶ ebenda, S. 220 (eigene Übersetzung, E. W.).

Marxens Hypothese lautet in der einfachen Form seiner Theorie, die er in Band I des »Kapitals« ausgearbeitet und veröffentlicht hat, daß im großen und ganzen, mit Ausnahmen und Einschränkungen, zu erwarten ist, daß im Kapitalismus die Reallöhne mehr oder weniger konstant bleiben. Er hat zwei Gründe für diese Auffassung. Der eine ist rein metaphysisch. Jedes Ding wird zu seinem Wert getauscht; daß heißt: gegen das Produkte einer Arbeitszeit eingetauscht, die gleich ist jener, die zu seiner eigenen Erzeugung erforderlich ist.

»Der Wert der Arbeitskraft, gleich dem jeder anderen Ware, ist bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion, dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit. Soweit sie Wert, repräsentiert die Arbeitskraft selbst nur ein bestimmtes Quantum in ihr ver gegenseitlicher gesellschaftlicher Durchschnittsarbeit.«

Das ist eine metaphysische Bewältigung des Problems der Bestimmungsgründe des Lohnes. Wenn wir fragen: »Warum glauben Sie, daß die Arbeitskraft zu ihrem Wert getauscht wird?«, antwortet er: »Alles was getauscht wird, wird zu seinem Wert getauscht.« Aber Marx hat auch eine analytische Antwort bereit. Die Arbeiter sind schwach und unorganisiert. Die Arbeitgeber können — im Rahmen der Notwendigkeit, die Arbeiterschaft überhaupt am Leben zu erhalten — die Löhne so niedrig ansetzen, als es ihnen gefällt. Daher werden die Löhne auf dem Niveau des herkömmlichen Existenzminimums festgelegt. Wenn sie eine überhöhte Nachfrage nach Arbeitskräften, die auf rasche Akkumulation zurückzuführen ist, in die Höhe zu treiben neigt oder wenn die Gewerkschaften den Unternehmern mit einer Verhandlungsstärke gegenüberstehen, die deren eigner gleich ist, und ihnen Konzessionen abringen, reagiert das System auf solche Weise, daß die Löhne wieder herabgedrückt werden. Erstens bedeutet die bloße Tatsache, daß die Löhne höher sind, eine geringere Akkumulation.

Wenn die Bevölkerung wächst, verursacht die Verlangsamung der Akkumulation ein Nachhinken der Nachfrage nach Arbeitskräften hinter dem Angebot. Zweitens werden arbeitsparende Erfindungen gemacht, um die drohende Knappheit an Arbeitskraft zu überwinden; die Pro-Kopf-Produktion steigt, und eine gegebene Menge Kapital beschäftigt weniger Arbeitskräfte. Die resultierende Arbeitslosigkeit untergräbt die Verhandlungsstärke der Arbeiter. Daher kann der Reallohnsatz niemals für längere Zeit wesentlich über jenem Niveau gehalten werden, bei dem er zum erstenmal angesetzt wurde, „als die Klasse der freien Arbeiter gebildet

wurde“, das heißt: als der Kapitalismus erstmals die Nachfolge der bürgerlichen und handwerklichen Produktion antrat.

Nun ist diese Hypothese im großen und ganzen nicht bestätigt worden. Tatsächlich ist in den entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften das Niveau der Löhne gestiegen. Der Anstieg in der Produktivität hat ausgereicht, um sowohl Akkumulation als auch eine Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiter zu gestatten. Lenin versuchte, dies wegzuklären, und die neuzeitlichen Marxisten haben eine stereotype Antwort bereit, die sie immer vorbringen, wenn ihnen in diesem Punkt Einwendungen gemacht werden. Das Steigen der Löhne, sagen sie, trifft nur für die imperialistischen Staaten zu. Die Gewinne sind durch koloniale Ausbeutung erhalten geblieben und die Kapitalisten konnten daher zu Hause den Arbeitern gegenüber nachgiebig sein, indem sie ihnen höhere Löhne gewährten. Letztere sind verwölkte »Palastsklaven«, die an der Ausbeutung der kolonialen Arbeiter teilhaben.

Dieses Argument trifft von einseitiger Beweisführung — ein Versuch, die Tatsachen gewaltsam in die Hypothese hineinzupassen, statt die Hypothese im Licht der Tatsachen nachzuprüfen. Die Behauptung, daß die durch Ausbeutung schlecht entlohnter Arbeiter in den Kolonien erzielbare hohe Profitrate die einheimischen Löhne hebt, erscheint nicht sehr plausibel. Die Kapitalisten erwarten, wo immer sie investieren, mehr oder weniger dieselbe Profitrate zu erzielen; wenn die Gewinne auswärts höher sind, investieren sie weniger daheim. Die Nachfrage nach Arbeitskräften im Inland wird daher durch das Vorhandensein von billigen Arbeitskräften im Ausland verringert und nicht erhöht.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die heimischen Arbeitskräfte in den imperialistischen Staaten aus der kolonialen Ausbeutung Vorteil gezogen haben, aber durch einen anderen Mechanismus. Niedere koloniale Löhne haben dazu beigebracht, die Rohstoffe billig zu erhalten, und haben auf diese Weise die Tauschrelationen im Außenhandel für die Industriestaaten günstig gestaltet. Zweifellos fällt einiger Vorteil für die Arbeiter aus dem Reichtum jener Kapitalisten ab, die im Ausland Vermögen verdiend haben, und zwar durch deren steuerliche Leistungsfähigkeit, Freigiebigkeit und Nachfrage nach Dienstleistungen. Aber es wäre absurd anzunehmen, daß mehr als ein kleiner Bruchteil im Ansteigen des Lebensstandards der Industriearbeiter, speziell in Amerika, auf diese Art erklärt werden kann. Die Löhne sind gestiegen wegen der großen technischen Produktivität, die durch den Kapitalismus begünstigt wurde, und weil das System auf solche Art funktioniert, daß der Anteil der Löhne am wachsenden Gesamtprodukt mehr oder weniger konstant gehalten wird.

⁷ »Das Kapital«, Berlin 1955, S. 178.

Die Tatsache der steigenden Reallöhnne erfordert eine sehr bedeutende Modifizierung der zentralen These in Marxens Theorie. Wie sich herausgestellt hat, ist es nicht so, daß wachsendes Elend die Arbeiter zur Revolution treibt. Es ist den Kapitalisten gelungen, sie dadurch abzufinden, daß sie ihnen einen Anteil am Produkt gewährten, das der Kapitalismus hervorbringt. Außerdem werden die Arbeiter von der kapitalistischen Ideologie durchdrungen und betrachten das Leben vom kapitalistischen Wertvorstellungen aus. Sie haben einen Stand der Ansichten erreicht, bei dem sie die Spielregeln nicht geändert zu haben wiünschen. Es ist heute sehr deutlich sichtbar, daß der Marxismus dort am besten gedeiht, wo der Kapitalismus am wenigsten erfolgreich war.

Marx selbst wurde gewahr, daß dies schon zu seiner Zeit vor kam. »Nach dieser Geschichte sollte man wirklich fast glauben, daß die englische Proletarierbewegung in der alttraditionell-daristischen Form ganz zugrunde gehen muß, ehe sie sich in einer neuen, lebensfähigen Form entwickeln kann. Und doch ist nicht abzusehen, wie diese neue Form aussiehen wird. Mir scheint übrigens Jones' new move, in Verbindung mit dem früheren mehr oder weniger erfolgreichen Versuchn einer solchen Allianz, in der Tat damit zusammenzuhängen, daß das englische Proletariat faktisch mehr und mehr verbürgert, so daß diese bürgerlichste aller Nationen es schließlich dahin bringen zu wollen scheint, eine bürgerliche Aristokratie und ein bürgerliches Proletariat neben der Bourgeoisie zu besitzen⁸.«

Dies trifft noch mehr auf das moderne Amerika zu, als es auf das England der sechziger Jahre zutraf.

Es gelang Marx nicht, seinen großen Plan zu vollenden. Die letzten beiden Bände des »Kapitals« sind Zusammenstellungen aus seinen Notizen, nicht voll ausgearbeitet und bis zu einem gewissen Grad verworren und widerspruchsvoll. Es ist oft angedeutet worden, daß der Grund, warum Marx aufgehoben wurde, der war, daß er sich durch den Widerspruch zwischen seiner Hypothese und den ihm umgebenden Tatsachen nicht zurechtfinden konnte.

Der Widerspruch ist heute noch auffallender. Es ist jetzt klar, daß der revolutionäre Übergang zum Sozialismus nicht in den fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten, sondern in den rückständigsten eintritt. Es ist sehr einfach, im nachhinein klug geworden, zu sagen, es sei natürlich zu erwarten, »daß das schwächste Glied der Kette reift«. Aber die Sache geht noch tiefer. Die gegenwärtige Erfahrung legt die Vermutung nahe, daß der Sozialismus keine Stufe jenseits des Kapitalismus, sondern nur ein Ersatz für

ihn ist — ein Mittel, durch welches jene Staaten, die an der Industriellen Revolution nicht teilhatten, deren technische Errungenschaften nachholen können; ein Mittel, um rasche Akkumulation nach anderen Spielregeln zu erreichen. Dies macht eine drastische Nachprüfung von Marxens zentraler Hypothese notwendig. Aus Marxens Analyse des Kapitalismus kann eine Menge gelernt werden; aber wenn wir sie einfach zur Gänze schlucken, laufen wir Gefahr, ernstlich in die Irre geleitet zu werden.

In der Frage des Lebensstandards besteht Marshalls Theorie die Prüfung durch die Erfahrung besser als jene von Marx. Aber Marshalls Theorie enthielt auch einen verhängnisvollen Fehler. Die Arbeitslosigkeit der Zwischenkriegsperiode enthüllte den Sprung in seinem System, den Keynes erfaßte, um es zu sprengen.

Marshall hat wie Marx das große dreibändige Werk nicht vollendet, das er plante⁹. Wie Marx sah auch er selbst den schwachen Punkt in seiner Theorie. Seine ganze Beweisführung hängt vom vorteilhaften Effekt der Akkumulation ab. Aber Verzicht auf sofortigen Konsum, um zu sparen, ist nicht dasselbe wie Vergrößerung des Kapitalsstocks. Marshall wußte um diesen Fehler in seinem System und nahm dessen Aufdeckung durch Keynes vorweg: »Aber obwohl die Menschen über Kaufkraft verfügen, ziehen sie es vielleicht vor, sie nicht zu gebrauchen. Denn wenn das Vertrauen durch Fehlschläge erschüttert worden ist, kann das Kapital nicht dazu gebracht werden, neue Gesellschaften aufzuziehen oder alte zu vergrößern... Andere Branchen, die einen schlechten Markt für ihre Waren vorfinden, produzieren weniger; sie verdienen weniger, und daher kaufen sie weniger: die Verringerung der Nachfrage nach ihren Waren läßt sie weniger nach Waren anderer Branchen nachfragen. Auf diese Weise breitet sich die kommerzielle Zerrüttung aus: die Zerrüttung einer Branche bringt andere in Unordnung und diese wirken auf sie zurück und vergrößern ihre Zerrüttung.

Die Hauptursache des Übels ist der Mangel an Vertrauen. Der Großteil des Übels könnte fast augenblicklich beseitigt werden, wenn das Vertrauen zurückkehren, alle Zweige mit seinem Zauberstab berühren und sie dazu verlassen könnten, ihre Produktion und ihre Nachfrage nach den Waren anderer aufrechtzuerhalten... Aber das Wiederaufleben der Industrie kommt durch das allmähliche und oft gleichzeitige Wachsen des Vertrauens in verschiedenen Branchen zustande; es beginnt, sobald die Kaufleute

⁹ Er hat zwar das Werk »Geld, Kredit und Handel« veröffentlicht, doch das ist nur ein magerer Schnitt jenes dritten Bandes der »Grundsätze«, als dem er es ursprünglich beabsichtigt hatte.

⁸ Marx-Engels, »Ausgewählte Briefe«, Dietz-Verlag 1953, S. 131 f.

annehmen, daß die Preise nicht weiterhin sinken werden, und mit dem Wiederaufleben der Industrie steigen die Preise¹⁰.«

Hier ist der Keim jener Theorie zur Erklärung von Krisen und chronischer Stagnation, mit der Keynes die Theorie von Marshall sprengte. Vielleicht war Marshall wie Marx dadurch gehemmt, daß er den Widerspruch in seiner Theorie sah, ohne einen Ausweg finden zu können.

Die Unzulänglichkeit von Keynes' Lehre liegt nicht an einem Widerspruch in der Theorie, sondern an ihrem engen Geltungsbereich. Keynes erörtert das Problem der Arbeitslosigkeit in einer entwickelten Volkswirtschaft, wo die produktive Kapazität bereits vorhanden und alles, was benötigt wird, ein rentabler Markt für ihre potentielle Produktion ist. Er versucht, ein Heilmittel für jene Krankheiten zu finden, die reiche Nationen befallen. Seine Erförterung wirft nur wenig Licht auf die Probleme eines Landes, das an einem Mangel an produktiver Kapazität leidet oder an jener Art von Arbeitslosigkeit (die Marx behandelt), die dadurch entsteht, daß man zu wenig Kapital hat, um allen verfügbaren Arbeitskräften Arbeit bieten zu können. Es hat keinen Zweck, die Rezepte von Keynes in Situationen anzuwenden, auf die sie nicht passen. Wo der Mangel an produktiver Kapazität das Problem darstellt, führt die bloße Erzeugung von Nachfrage nur zur Inflation, und Ausgaben, um bloß auszugeben — indem man Pyramiden statt Eisenbahnen baut — sind nicht das, was die Situation erfordert.

Kurzum, keine der drei ökonomischen Theorien liefert uns fertige Antworten. Jede Theorie, der wir blindlings folgen, wird uns irreführen. Um eine ökonomische Theorie richtig zu nutzen, müssen wir zuerst die propagandistischen und die wissenschaftlichen Elemente in ihr trennen, dann durch Prüfung an der Erfahrung nachsehen, wie weit das wissenschaftliche Element überzeugend erscheint, und es schließlich mit unseren eigenen politischen Ansichten in Einklang bringen. Der Zweck des nationalökonomischen Studiums ist nicht, eine Garnitur fix und fertiger Antworten auf wirtschaftliche Fragen zu erwerben, sondern zu erfahren, wie man es vermeidet, von Nationalökonomien getäuscht zu werden.

¹⁰ »Grundsätze«, S. 710 bis 711 (engl., eigene Übersetzung, E. W.).

Jenseits der Vollbeschäftigung

lichen Autorität ein. Daß sie Rechtfertigungsgründe für die freie Betätigung der einzelnen Kapitalisten lieferte, brachte ihr die Unterstützung der hinter der Autorität stehenden herrschenden Kräfte ein.¹

Wirklich, sie war gut verschanzt, als Keynes das Feuer auf sie eröffnete. Das Britische Schatzamt verkündete 1929 die Doktrin, die durch Anleihen finanzierten Regierungsausgaben würden die Gesamtausgaben nicht ansteigen lassen – sie würden lediglich einen unveränderten Sparbetrag von der ausländischen in die inländische Investition umleiten. Wenig später kam ein berühmter Vertreter der österreichischen Volkswirtschaftsschule nach London, um zu lehren, eine Erhöhung der Privatausgaben würde tatsächlich die Beschäftigung verringern.

Um sich durch die Dornenhecke eingefleischter Vorurteile einen Weg zu bahnen, mußte Keynes sich auf den Hauptpunkt konzentrieren: erhöhte Ausgaben, indem sie einen profitablen Markt schaffen, steigern die Beschäftigung – ganz gleich, ob sie nun von der Regierung, von Privatunternehmen oder vom Publikum stammen; ganz gleich auch, ob sie klug oder unklug gewählt sind.

Selbst in der Wirtschaftstheorie müssen alte Irrtümer schließlich vor überzeugenden neuen Einsichten kapitulieren. Bis zur Zeit des Kriegsausbruchs war die Auseinandersetzung gut verlaufen. Die Erfahrung, die man während des Krieges mit der Vollbeschäftigung machte, lieferte einen groben und schlagernden Beweis dafür, daß die alte Theorie falsch war, und die Auffassung, daß es Aufgabe der Regierungen sei, ein »hohes und stabiles Beschäftigungs niveau« zu sichern, fand offizielle Aufnahme in England und Amerika. In Schweden hatte sie schon lange eine außer Frage stehende Orthodoxie gebildet. Nun fand sie auch in anderen Ländern Eingang, obwohl einige ihren Widerstand bis heute nicht aufgegeben haben.

Der alte Kampf hat der neuen Orthodoxie für immer seinen

Zehn Jahre vor dem Krieg, während die Weltwirtschaftskrise sich verschärft, arbeitete Keynes an der theoretischen Grundlegung der Idee, die dem gesunden Menschenverstand schon immer einsichtig gewesen war: daß in einer Marktwirtschaft, wenn Arbeitskräfte und Produktionskapazität nicht ausgelastet sind, eine Erhöhung der Ausgaben in Form von Geld auch den Ausstoß in Form von Gütern erhöht. Warum brauchte man eine Theorie, um etwas so Handgreifliches zu beweisen, und weshalb war eine lange und heftige Auseinandersetzung nötig, ehe sie sich durchsetzte? Wie kam es, daß die gegenteilige Ansicht, die nicht nur im Gegensatz zum gesunden Menschenverstand stand, sondern auch überhaupt keinen Bezug zur Wirklichkeit hatte, Einfluß und Macht einer festgefügten Orthodoxie hatteannehmen können? Wenn wir die Antwort wüßten, würden wir den Mechanismus begreifen, durch den eine Gesellschaft sich mit der Ideologie versorgt, die sie braucht.

Keynes hielt sie für »[...] etwas Kurioses und Rätselhaftes. Diese Doktrin muß dadurch entstanden sein, daß sie eine Menge enthielt, was der Umwelt, auf die sie projiziert wurde, nur zu willkommen war. Daß sie zu Schlüssen kam, die der einfache Laie nie erwartet hätte, erhöhte vermutlich ihr intellektuelles Prestige. Daß ihre Lehre, in die Praxis übersetzt, spartanisch und oft widerwärtig war, verlieh ihr einen Anstrich von Tugend. Daß sich auf ihr ein gewaltiger, starrer logischer Überbau errichten ließ, verlieh ihr Schönheit. Daß sich mit ihr eine Menge sozialer Ungerechtigkeiten und eindeutiger Grausamkeit als unvermeidliche Begleiterscheinung im Rahmen des Fortschritts erklären und der Versuch, diese Dinge zu ändern, als wahrscheinlich mehr Schaden als Gutes stiftend hinstellen ließ, trug ihr das Wohlwollen der staat-

¹ General Theory, S. 32–33.

Stempel aufgedrückt. Das Problem wurde unter dem Aspekt der Arbeitslosigkeit begriffen. Die Keynesische Doktrin war vom Aspekt der Mittel gegen die Arbeitslosigkeit ausgegangen; die neue Politik zielt darauf ab, eine Rückkehr zur Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Es sieht ganz so aus, als würde die Vollbeschäftigung zum Selbstzweck werden.

Keynes selbst, der, wenn ihm danach zumute war, die ganzen auf dem Kapitalismus beruhenden sozialen und moralischen Wertvorstellungen mit bitterer Verachtung behandelte, entpuppte sich schließlich als Verfechter der Marktwirtschaft. Wenn nur dieses eine Gebrechen sich beseitigen ließe, dann wäre das System »das beste, das wir kennen«. »Unsere Kritik an den geltenden klassischen Wirtschaftstheorie hat nicht so sehr darin bestanden, logische Fehler in ihrer Analyse zu finden, als darin, klarzulegen, daß ihre stillschweigenden Voraussetzungen selten oder nie erfüllt werden, so daß sie die Wirtschaftsprobleme der wirklichen Welt nicht lösen kann. Wenn unsere Kontrollzentren jedoch bewerkstelligen, ein Gesamtproduktionsvolumen festzulegen, das so weit wie möglich der Vollbeschäftigung entspricht, dann kommt die klassische Theorie von da an wieder zur Geltung. Nehmen wir an, das Produktionsvolumen ist gegeben, d. h. es wird von Kräften bestimmt, die außerhalb des klassischen Denksystems wirken, dann ist jeder Einwand gegen die klassische Analyse der Art und Weise hinfällig, in welcher der private Egoismus bestimmen wird, was im einzelnen produziert wird, in welchen Proportionen die Produktionsfaktoren miteinander zur Erzeugung des Aussroßes verbunden werden und wie der Wert des Endprodukts zwischen ihnen aufgeteilt wird. Außerdem gibt es, wenn wir das Problem der Sparsamkeit anderweitig behandelt haben, keinen Einwand gegen die klassische Theorie hinsichtlich des Grades der Entsprechung zwischen privatem und öffentlichem Nutzen unter den jeweiligen Bedingungen der beschränkten und der unbeschränkten Konkurrenz. Somit besteht außer der Notwendigkeit zentraler

Kontrollen zur Erzielung eines Ausgleichs zwischen der Konsumneigung und dem Anreiz zur Investition nicht mehr Grund zur Sozialisierung des Wirtschaftslebens als bisher.«² Gewiß muß man zugeben, daß der Kapitalismus mit der Vollbeschäftigung, wie wir sie seit dem Krieg erlebt haben, einen imponierenden Anblick bietet – rapides Wachstum in vielen Ländern, Ausdehnung des Luxus und Verringerung des Elends; größere Freiheit und Selbstachtung des einzelnen, der nicht mehr unterwürfig um eine Anstellung nachsuchen muß, weil er sonst vor die Hunde geht. Aber Korruption, Kriminalität und Betrug haben ebenfalls zugenumommen.

Zweifellos sind in England und, wie ich glaube, in allen wohlhabenden kapitalistischen Ländern sozialistische Ideen auf der ganzen Linie im Rückzug begriffen. Die Labour Party war einfältig genug, die Behauptung aufzustellen, daß eine konservative Regierung niemals in der Lage sei, die Beschäftigung aufrechtzuerhalten, und wenn sich ihre Prophezeiung als falsch herausstellt, hat sie nichts mehr zu bieten. Der Vollbeschäftigungskapitalismus kann es sich sehr wohl leisten, die Opposition mit höheren Löhnen, Sozialversicherung, Zutritt zum Bildungsaufstieg aufzukaufen. Tatsächlich braucht der Vollbeschäftigungskapitalismus eine wohlhabende, verbürgerte Arbeiterklasse, um seine Produktion absetzen zu können, und er versteht es, sie sich zu schaffen. Die Überbleibsel aus schlechten alten Zeiten – Slumbewohner, alte Leute mit erbärmlichen Renten, ausgebeutete Einwanderer – sind isoliert und können nur wenig politisches Interesse für die Beseitigung ihres Unglücks erwecken.

Der Erfolg ist eindrucksvoll, doch ist er keineswegs vollkommen. Es ist ganz und gar nicht leicht gewesen, Vollbeschäftigung mit freier Marktwirtschaft zu verbinden. Zwei große Schwierigkeiten bestehen für eine Regierung, die einerseits für ein »hohes und stabiles Beschäftigungsniveau« sorgen und andererseits den Privatunternehmen größte Frei-

² *General Theory*, S. 378.

heit einräumen und dem Profitmotiv freie Bahn geben soll.

Die erste Schwierigkeit hängt mit der Zahlungsbilanz zusammen – und zwar nicht nur mit der Notwendigkeit des Exports zum Ausgleich der Importe, sondern auch mit dem finanziellen Ausgleich des zweiseitigen Stroms der Devisenzahlungen aller Art, einschließlich Kapitalbewegungen und Spekulationsgeschäften.

Kurze Zeit während des Zusammenbruchs des Goldstandards nach 1931 und dann noch einmal, solange die Kriegsbewirtschaftung anhielt, war es der Regierung eines Landes möglich, eine unabhängige Währungspolitik zu treiben. In dem Maße, wie die Kontrollen abgebaut wurden und man mehr und mehr zur freien Konvertierbarkeit der Währungen zurückkehrte, hat sich wieder so etwas wie ein Goldstandard herausgebildet. Kennzeichnend für den Goldstandard war, daß die Devisenkurse praktisch festlagen und für die führenden Finanzzentren der kapitalistischen Welt ein mehr oder minder einheitlicher Geldmarkt bestand. Folglich reagierte die Finanzlage in einem Zentrum empfindlich auf das, was sich in anderen Zentren tat. Erhöhte eines die Zinssätze, so lockte es Kapital aus den anderen an und zwang diese damit, ihre Sätze ebenfalls zu erhöhen. Hatte eines ständig eine günstige Zahlungsbilanz – das heißt: einen Überschuß auf der Ein kommenseite der Handelsbilanz (höhere Exporte als Importkrediten ausgeglichen wurden) –, dann sog es Liquidität von den anderen auf (indem es Gold- und andere Reserven von ihnen abzog) und zwang sie so zu Abwehrmaßnahmen.

Dieses System funktionierte stets nach dem Prinzip: »Bei Bild gewinne ich, und bei Zahl verlierst du.« Das Zentrum, das Reserven an sich ziehen konnte, befand sich in einer starken Position und war, wenn es wollte, in der Lage, die Zinssätze zu senken, die Geschäftstätigkeit zu erweitern oder die Kreditgebung zu erhöhen. Es konnte jedoch ebensogut wei-

tere Reserven sammeln. Die Zentren, deren Position schwach war, mußten die Reserveverluste bremsen, indem sie ihre Zinssätze erhöhten und zu einer Restriktionspolitik griffen. Diese Art der deflationistischen Verzerrung ist auf den Weltmarkt des Geldes zurückgekehrt und ist nun weitaus gefährlicher als vorher. Als der Goldstandard unveränderlich und unumstritten festlag, gab es keinen Spielraum für Spekulationen mit Devisenbewegungen. Angesichts des unvollkommenen, labilen Goldstandards von heute löst Schwäche in einem Zentrum ihm zuwiderlaufende Spekulationsbewegungen aus – die Erwartung, sein Kurs könnte abgewertet werden; und Stärke in einem Zentrum löst eine gegen die anderen gerichtete Spekulation aus, der das Gerücht vorangent, sein Kurs könnte aufgewertet werden. Die Wechselkurse machen deshalb der Staatsführung eines Landes heute mehr Kopfzerbrechen, als das je der Fall war, und ihre Freiheit, die Währungspolitik auf die Inlandsbedingungen abzustimmen, wird mehr und mehr beschnitten, weil die Freiheit der Finanzleute und Spekulanten größer wird.

Die andere große Schwierigkeit (die teilweise mit dem Problem der Zahlungsbilanzstützung zusammenhängt, aber auch unabhängig davon existiert) besteht darin, daß ein hohes Be schäftigungsniveau, angesichts der Einrichtungen des liberalisierten Kapitalismus, zu stetig steigenden Löhnen und Preisen führt. Das hängt mit der Zahlungsbilanz zusammen; denn wenn die Kosten in einem Land schneller steigen als in anderen Ländern, verliert es beim Handel an Wettbewerbsvortei len, was, an sich schon keine leichtzunehmende Angelegenheit, Gerüchten Vorschub leistet, der Wechselkurs müsse abgewertet werden, um Abhilfe zu schaffen. Abgesehen davon ist es einfach unbequem, wenn die Kaufkraft des Geldes sich stetig verringert. Willkürliche Härten entstehen, von denen einige Gruppen schwer getroffen werden (die Rentner in England haben diese bittere Erfahrung gemacht), während andere Vorteile genießen, die auf die übrigen demoralisierend wirken. Eine

allgemeine Erwartung, daß die Inflation anhält, macht erforderlich, daß alle Einrichtungen und Gewohnheiten darauf abgestellt werden, was allen Beteiligten zum Ärger gereicht. Heute wird viel darüber diskutiert, ob die Inflation »nachfrageinduziert« (*demand pull*) oder »kosteninduziert« (*cost push*) ist. Von einem bestimmten Standpunkt aus ist diese Frage bedeutungslos. Eine Steigerung der Nachfrage erhöht an sich schon bei konstanten Geldlohnsätzen die Preise und setzt die Profitspannen heraus. Sie verursacht keine anhaltende Preissteigerung. Das Wachstum der Geldlohnsätze erhöht sowohl die Produktionskosten als auch die Nachfrage nach Geld, so daß die Preise steigen. Die Ausgangslage ist damit wiederhergestellt, und die Löhne steigen erneut. Das kann zu einem kontinuierlichen Preisanstieg führen. Doch schafft eine hohe Nachfrage Verhältnisse, die das Wachstum der Löhne begünstigen. Läßt die Arbeitslosigkeit nach und sind die Lebenskosten und die Profite hoch, so nehmen die Arbeiter eine eindeutig starke Position ein, wenn sie nach höheren Löhnen verlangen, während die Verhandlungsposition der Unternehmer, die sich widersetzen wollen, schwach ist. Nachfragesteigerung und Kostensteigerung sind zwei Seiten einer und derselben Münze.

Die praktische Frage ist: Um wieviel müßte die Nachfrage zurückgehen, damit die Preise nicht steigen? Die Wirklichkeit gibt uns die Antwort. In einigen Ländern hat man die Erfahrung gemacht, daß ein Nachfragerückgang, der ausreicht, die Wirtschaft stagnieren zu lassen und das Wachstum der effektiven Produktion zu behindern, noch keine Preiserhöhungen verhindert. Wie die Dinge liegen, wird eine blühende Wirtschaft mit stabilem Geldwert wohl eine Wunschvorstellung bleiben.

Diese beiden Schwierigkeiten sind Probleme der Maschinerie, nicht der ökonomischen Realität. Das können wir feststellen, wenn wir die Situation in einem Land wie Polen mit der unsrigen vergleichen. Auch Polen hat ein Problem der Zahlungsbi-

lanz, doch ist es dort ein *reales* Problem. Das Land hat keine Schwierigkeiten, seine Zahlungen mit Erträgen auszugleichen – die Schwierigkeit besteht darin, genügend Exporterlöse zu erzielen, um bezahlen zu können, was es kaufen will. Für Finanz- und Spekulationsbewegungen ist kein Raum, da die Auslandsgeschäfte zentral gelenkt werden. Polen hat wirkliche Schwierigkeiten damit, seine Wirtschaft mit hohem Investitionsniveau in Gang zu halten und zugleich die Arbeiter mit Verbrauchsgütern zu versorgen, doch kann die Unzufriedenheit der Arbeiter keinen Wertlauf zwischen Löhnen und Preisen in Gang setzen, da die Geldlöhne einer zentralen Kontrolle unterliegen.

Die kapitalistischen Länder haben weniger reale Schwierigkeiten als Polen, da ihre effektive Produktivität und ihr potentieller Reichtum weitaus größer und ihr Bedarf an rascher Investition kleiner ist. Dafür haben sie größere Schwierigkeiten mit der Maschinerie der Wirtschaftsentwicklung. Bereits vor Jahren sagte Kalecki³ voraus, daß wir, sobald die Regierungen ein Mittel zur Bewältigung des alten kommerziellen Konjunkturzyklus gefunden hätten, einen »politischen Konjunkturzyklus« erleben würden. Ein hoher Beschäftigungsstand mit steigenden Löhnen werde Klagen über die Inflation auslösen; die abnehmende Furcht vor Entlassung werde Klagen über die mangelnde Arbeitsmoral verursachen; man werde danach rufen, zur »gesunden Finanzgebarung« zurückzukehren (und dabei, wie Kallecki klar vorhersah, bei nicht wenigen Nationalökonomien Unterstützung finden). Haushaltsüberschüsse und Kreditverknappung würden schließlich eine Rezession auslösen. Die Wiederkehr der Arbeitslosigkeit müsse notwendigerweise jede Regierung, die auf Stimmen bei der nächsten Wahl angewiesen sei, in Schrecken versetzen. Gerade dadurch würde eine Erholung eintreten und die Investitionen wieder angekurbelt. Ein ewiger Kreislauf.

³ *Political Aspects of Full Employment*, in: *Political Quarterly*, Oktober/Dezember 1943.

Das hat sich als eine bemerkenswert richtige Darstellung der Verhältnisse in England unter der Regierung der Konservativen erwiesen.

Dennoch ist der politische Konjunkturzyklus, verglichen mit dem realen, sehr gemäßigt, und alles in allem kann man wohl sagen, daß die Vollbeschäftigung heute zu den geheiligten Grundsätzen der konservativen Orthodoxie gehört.

Als orthodoxe Politik ist Vollbeschäftigung freilich unsinnig. Solange die Orthodoxen behaupteten, man könne nichts tun, mußte Keynes ihnen beweisen, daß etwas besser als nichts ist. Nun, da man eingesehen hat, daß wir auf jeden Fall Vollbeschäftigung brauchen, hat man darüber zu diskutieren, was geran werden soll.

Keynes' Paradoxon – Pyramidenbau, Löchergraben – hat man wörtlich genommen. Man hat berechnet, daß die Ausgaben für das, was man fälschlich »Verteidigung« nennt, sich in den USA 1958⁴ auf mehr als 11 Prozent des Bruttonsozialprodukts beliefen, in Großbritannien⁵ auf beinahe 8 Prozent, was in etwa mit dem Volumen der produktiven Investition in der Industrie jedes Landes übereinstimmt. Das bedeutet, daß die jährliche Zuwachsrate der industriellen Produktionskapazität ohne zusätzliche Verluste oder einen größeren Inflationsdruck, als er ohnehin eingerettet ist, hätte verdoppelt werden können, wäre der Rüstungswettlauf gestoppt worden. Und obwohl man eine solche Politik offiziell ablehnt, spricht vieles dafür, daß die US-Regierung eine Vermehrung der Rüstungsausgaben als Korrektiv benutzen wird, sobald eine Rezession droht.⁶ Die öffentliche Meinung protestiert nicht dagegen, weil sie die Vollbeschäftigung für einen Selbstzweck hält.

Diejenigen unter uns, die man als »linke Keynesianer« be-

⁴ *Economic Review*, National Institute of Economic and Social Research, Juli 1960.

⁵ *World Economic Survey*, 1959, United Nations, S. 23.

⁶ *World Economic Survey*, 1958, United Nations, S. 186.

zeichnet hat, haben von Anfang an erklärt, die Existenz ungenutzter Ressourcen solle nicht so sehr als lästiges Problem denn als herrliche Gelegenheit betrachtet werden, etwas Nützliches zu tun. Der oberflächliche Erfolg der auf dem Rüstungswettlauf aufbauenden Vollbeschäftigungspolitik hat die linken Keynesianer unpopulär gemacht; ich habe mich schon manchmal gefragt, ob ich der letzte bin. Jetzt macht mir Herr Chruschtschow die Freude, sich uns anzuschließen. Wie er erklärt, ist es ein Irrtum anzunehmen, der kapitalistische Wohlstand bedürfe des Wettrüstens – es gebe eine Menge Gutes und Nützliches zu tun.

Für was wollen wir unsere Ressourcen verwenden? Keynes, konservativ gestimmt, wollte uns einreden, die Frage könne fallengelassen werden. Der oben zitierten Stelle geht folgende voraus: »Der Staat wird einen bestimmenden Einfluß auf die Konsumneigung ausüben müssen, teilweise durch sein Steuersystem, teilweise durch Festsetzung des Zinssatzes und teilweise vielleicht auch auf andere Weise. Außerdem dürfte der Einfluß der Bankpolitik auf den Zinssatz allein kaum ausreichen, um eine optimale Investitionsrate zu garantieren. Ich stelle mir deshalb vor, daß eine ziernlich umfassende Sozialisierung der Investition sich als das einzige Mittel zur Sicherung einer annähernden Vollbeschäftigung erweisen wird, obwohl das nicht alle möglichen Kompromisse und Kunstriffe ausschließen muß, durch die die Staatsbehörden mit der Privatiniziative kooperieren. Darüber hinaus gibt es jedoch keinen triftigen Grund für ein staatssozialistisches System, das fast das ganze Wirtschaftsleben des Gemeinschafts erfassen würde. Es ist für den Staat nicht notwendig, das Eigentum an den Produktionsmitteln zu übernehmen. Ist der Staat in der Lage, den Gesamtbetrag der Produktionsmittel und bestimmen, die zur Vermehrung der Ressourcen zu der Grundertragsrate für ihre Besitzer eingesetzt werden, dann hat er seine Schuldigkeit getan. Außerdem können die notwendigen Sozialisierungsmaßnahmen graduell und ohne

einen Bruch mit den allgemeinen Traditionen der Gesellschaft durchgeführt werden.« Und er fügt hinzu: »Ich sehe keinen Grund zur Annahme, daß das bestehende System die gebräuchlichen Produktionsfaktoren falsch behandelt... Es ist die Bestimmung des Volumens, nicht die Richtung der tatsächlichen Verwendung, was zum Zusammenbruch des bestehenden Systems geführt hat.«

Wie kann man jedoch das Volumen als abstrakte Größe beeinflussen, ohne seinen Inhalt zu beeinflussen? Die Mittel zur Förderung der Effektivnachfrage müssen entweder die Investition oder den Konsum beleben. Wird die Investition angeregt, so lassen sich die zur Steigerung der Kapitalbildung gefundenen Methoden nicht von ihrem Ziel trennen – billiges Geld fördert den Wohnungsbau; eine Erleichterung der Gewerbesteuern hilft den großen, die Ausrüstung von Industriezonen hilft den kleinen Unternehmen; nirgends gibt es so etwas wie eine abstrakte Investition. Wird der Konsum belebt, so kommen die Ausgaben für Sozialeinrichtungen den Armen, die Steuererleichterungen den Reichen zugute. Auch einen abstrakten Konsum gibt es nicht.

Seit den Zeiten von Keynes ist das Problem, wer als Nutznießer in Frage kommt, von dem Ruf nach Wirtschaftswachstum übertönt worden. Der armelige Anblick Großbritanniens, das in der jährlichen Klassifikation der UN stets am unteren Ende rangiert, ist ein beunruhigendes Faktum. Ein besserer Status hinsichtlich der Wachstumsziffern wird für das vordringliche Ziel gehalten.

Warum machen wir uns Sorgen um das Wachstum? Zum Teil aus einleuchtenden Gründen. Eine Handelsnation darf in ihrer Wertbewerbsfähigkeit nicht hinter den anderen zurückbleiben, und in einer stagnierenden Wirtschaft gibt es keine Neuerungen, keinen technischen Fortschritt und keine sinkenden Kosten. Wenn das Realeinkommen wächst, dann können wir uns eine Erhöhung der Geldlöhne leisten, ohne einen Anstieg der Preise hinnehmen zu müssen, so daß das Infla-

tionsproblem nicht mehr so drückend ist, was wiederum auf den Außenhandel zurückwirkt. Die sozialen Probleme sind leichter zu handhaben, wenn niemand Verluste erleidet, da- mit andere davon Vorteile haben.

Es gibt also einleuchtende Gründe. Ich meine aber, daß der Ruf nach Wachstum zum großen Teil nur den Wunsch, zu »haben, was der Nachbar hat«, auf eine internationale Ebene transponiert. Wir denken nicht gern an das wirtschaftliche Wachstum der anderen, wenn wir selbst keines haben.

Der Hauptgrund für das schlechte Bild, das Großbritannien bietet, liegt in der Art und Weise, wie wir Vollbeschäftigungspolitik betrieben haben. Wenn wir uns in der Abschwungsphase des politischen Konjunkturzyklus befinden, ist es leicht und angenehm, durch Steuerreduzierung und Konsumanreiz Abhilfe zu schaffen. Sind Dämpfungsmaßnahmen erforderlich, so lassen sich die Zügel durch Kreditverknappung und Beschränkung der Investition anziehen. Und wird die Investition gedrosselt, während die Rüstungsausgaben beibehalten werden, dann muß das wachstumsfördernde Element der Investition noch mehr gebremst werden. Das ist sicher leichtsinnig und führt zu einer fortschreitenden Schwächung unserer internationalen Position, die um so alarmierender ist, als unsere alten Rivalen, Deutschland und Japan, spektakuläre Erfolge feiern und die Vorteile, die ihnen aus der Erholung von der militärischen Niederlage erwachsen sind, größer zu sein scheinen als die Nachteile, die uns der Sieg über sie gebracht hat.

Aber was soll denn eigentlich wachsen? Was heißt Volkswohlstand? Das reale Sozialprodukt, das in den amtlichen Veröffentlichungen ausgewiesen ist, besteht aus dem Volumen der Umsätze an Gütern und Dienstleistungen, berichtet nach Preisveränderungen. Was zählt, ist das, was verkauft worden ist. »Produktive« Investition ist Investition, die Kapazität zur Erhöhung der Umsätze schafft. Slumbereinigungen, Verbesserungen der Gesundheitsfürsorge und Ausbildung, Erhal-

tung unbauten Landes gelten nicht als »produktive« Tätigkeiten. Man streitet sich nicht darum, was für die Gesellschaft nützlich ist und was nicht, sondern darum, ob ein Gebiet für gewinnbringende Unternehmungen geschaffen wird oder nicht.

Es hängt alles davon ab, wie die Zahlung erfolgt. Alles, was man an Endverbraucher verkaufen kann, läßt sich so herstellen, daß es Profite abwirft. Was jedoch von der Gemeinschaft bezahlt werden muß, macht Steuern nötig. Güterkauf ist angenehm und Steuerzahlen eine Last.

Um es nochmals zu sagen, es handelt sich um eine Angelegenheit der finanziellen Maschinerie, nicht um eine der ökonomischen Realität. In den sozialistischen Ländern ist der Unterschied zwischen Steuern und Profiten bedeutungslos. Investition, Ausbildung und Sozialeinrichtungen werden aus der Umsatzsteuer bezahlt, die in den Preisen der verkauften Waren enthalten ist. In der Sowjetunion hat man kürzlich angekündigt, daß die Einkommenssteuer abgeschafft werden soll; das wird gern als eine Sache dargestellt, die bei den murgenden Steuerzahlern des Westens Neid und Verwunderung hervorruft. Dabei ist es viel verwunderlicher, daß die Sowjetunion überhaupt so etwas wie eine Einkommenssteuer gehabt hat.

Im sozialistischen System werden die Regierungsausgaben hauptsächlich aus den Profitspannen finanziert – auf die gleiche Weise, in der Geschäftsleute im Westen einen Teil ihrer Investitionsmittel ansammeln. Und die Geldmittel können nach politischen Erfordernissen entweder zum Bau von Fabriken oder zum Schulbau eingesetzt werden. Keine der beiden Investitionen kann dabei als »produktiver« gelten als die andere.

Dieses Problem der Maschinerie zur Beschaffung von Geldern ist gewichtig und folgenreich. Galbraith schildert eindrucksvoll die schwelende Prosperität der amerikanischen »Überflüggesellschaft«, soweit es das Warenangebot betrifft, und

die Armut und Schäbigkeit all ihrer öffentlichen Dienste. In England sind wir noch nicht so weit, weder was den Überfluß noch was die Schäbigkeit betrifft. Doch ist es seltsam zu sehen, was wir uns »leisten« können und was für die Ressourcen des Landes eine zu große »Belastung« darstellt. Wir können uns zwar palastartige Bürogebäude leisten, aber nicht ausreichend Schulen von der simpelsten Art. Wir können uns eine Vielzahl von Werbeleuten leisten, aber wir sind außerstande, den Lehrern ein vernünftiges Gehalt zu zahlen. Wir können die Läden mit prächtigen Waren vollstapeln, aber es gelingt uns nicht, dafür zu sorgen, daß ein Rentner das Geld für einen neuen Mantel hat.

Die Frage, was wir mit den Ressourcen des Landes anfangen wollen, wird niemals *in dieser Weise* gestellt. Sie wird verschleiert mit den Problemen der Maschinerie. Niemand zahlt gern Steuern. Da es üblich ist, Rentabilität und Produktivität gleichzusetzen, wird die ganze Frage überhaupt nicht diskutiert. Schafft eine Vollbeschäftigungswirtschaft, in der sich leicht Profite machen lassen, und ihr habt eine produktive Wirtschaft! Unnötig zu fragen, was produziert wird und werden Nutzen davon hat. – Wir kommen aber doch nicht daran vorbei, uns zu überlegen, was mit unseren Ressourcen geschehen soll. Phrasen über das Wachstum, das freie Spiel der marktwirtschaftlichen Kräfte, die natürlichen Absatzwege und was es sonst noch gibt, können nicht verhehlen, daß in der Wirtschaft politische Entscheidungen eine Rolle spielen. Und sobald wir einmal anfangen, uns über den Zweck der Politik Gedanken zu machen, kommen wir nicht umhin, auch über die Mittel nachzudenken. Wenn wir über die Maschinerie diskutieren, die zur Durchführung einer anderen Politik nötig wäre, setzen wir die Sonde viel tiefer an, als wenn wir erörtern, welche Politik wir wollen. Es ist leicht zu erkennen, warum die modernen Konservativen die Vollbeschäftigung als Selbstzweck auf ihr Banner geschrieben haben.

Politische Ökonomie
Geschichte und Kritik

Joan Robinson

Die fatale politische Ökonomie

75.709-B/152



Europäische Verlagsanstalt Frankfurt
Europa Verlag Wien

75.709-B/152

Nach der unter dem Titel »Economics: An awkward Corner« bei George Allan & Unwin Ltd., London, erschienenen Originalausgabe übertragen von Erwin Weissel.

Vorwort

Dieses Buch wurde im Sommer 1966 geschrieben, zu einer Zeit, als das laufende Geschehen eine schmerzliche Illustration zur zentralen These lieferte. Ich glaube nicht, daß viel Hoffnung besteht, die Geschichten während des Druckes würden die These widerlegen.

Einige ihrem Wesen nach fachliche Ausdrücke sind kursiv gesetzt, wenn sie erstmals verwendet werden und ihre Bedeutung skizziert wird.

Joan Robinson
Cambridge



© 1966 by Allan & Unwin Ltd., London
Deutsche Rechte bei Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main
Gestaltung August Badmeier
Druck Wetzlarer Verlagsdruckerei GmbH, Wetzlar
Printed in Germany 1968

Inhalt

Einleitung

Einleitung	7
I Einkommen und Preise	11
II Die Handelsbilanz	22
III Internationale Finanzen	36
IV Beschäftigung und Wachstum	48
V Monopol und Wettbewerb	59
VI Arbeit und Besitz	71
Schlußfolgerungen	79
Postscriptum: Die Krise von 1966	81
Autoren und Sachregister	85

Das ökonomische System, in dem wir leben, kann niemals begriffen werden, wenn wir es als einen rationalen Komplex interpretieren. Es muß als eine unangenehme Phase in einem kontinuierlichen Prozeß historischer Entwicklung aufgefaßt werden. Zweifellos hat jedes Jahrhundert des wirtschaftlichen Lebens die Bühne für ein Schauspiel von Konflikten und Kompromissen abgegeben, welche durch vernünftige Überlegungen begründet wurden, die nicht mit der Erfahrung übereinstimmen. Vor fünfzig Jahren lehrte man die Schulkinder das schöne Lied:

»Der Reiche schläft im Himmelbett,
Der Arme auf der Bank.
Gott schuf sie hoch und niedrig,
Er gab ihnen den Rang.«

In unserem Jahrhundert sind die Konflikte viel schärfer, die Kompromisse unsicherer und die vernunftgemäßen Erklärungen weniger überzeugend, weil die Geschichte so rasch vorangeschritten ist.

Keynes beschrieb die kapitalistische Wirtschaft vor 1914 wie folgt:

»Europa war sozial und wirtschaftlich so organisiert, daß die größtmögliche Kapitalakkumulation erzielt werden konnte. Während die täglichen Lebensbedingungen der breiten Masse der Bevölkerung ständig geringfügig verbessert wurden, war die Gesellschaft so konstruiert, daß über einen großen Teil des gewachsenen Einkommens jene Klasse verfügte, die es mit größter Wahrscheinlichkeit nicht konsumierte. Die neuen Reichen des neunzehnten Jahrhunderts wurden nicht zu großem Aufwand erzogen und zogen die Macht, die ihnen die Investition verlieh, den Annehmlichkeiten des sofortigen Konsums vor. In der Tat war es gerade die Ungleichheit in der Verteilung der Reichtümer, die jene gewaltigen Anhäufungen von Vermögensanlagen und

Kapitalausweitungen ermöglichte, welche diese Epoche auszeichneten. Darin lag tatsächlich die hauptsächliche Rechtfertigung des kapitalistischen Systems. Härteten die Reichen ihr neues Vermögen zu ihrem Vergnügen ausgegeben, dann hätte alle Welt schon längst dieses System für untragbar gehalten. Aber sie sparten und akkumulierten wie die Bienen und dies nicht zuletzt zum Wohl der ganzen Gemeinschaft, weil sie bescheidener Ziele im Auge hatten.

Die ungeheuren Anhäufungen von veranlagtem Kapital, die zum Vorteil der Menschheit während des halben Jahrhunderts vor dem Krieg entstanden, hätte es in einer Gesellschaft mit gleichmäßiger Vermögensverteilung nie geben können. Die Eisenbahnlinién der Welt, die diese Epoche als Monument für die Nachwelt errichtete, waren so wie die Pyramiden Ägyptens das Werk von Arbeitskräften, die nicht in der Lage waren, den vollen Gegenwert ihrer Leistung zur sofortigen Bedürfnisbefriedigung zu konsumieren.

So war also das System, um wachsen zu können, auf einen doppelten Bluff oder eine zweifache Täuschung angewiesen. Auf der einen Seite akzeptierte die Arbeiterklasse aus Unwissenheit oder Machtlosigkeit – oder wurde durch Brand, Überinkommen, Autorität und die wohlverankerte Ordnung der Gesellschaft zum Akzeptieren gezwungen, überredet oder verführt – eine Situation, in der sie von jenem Kuchen, den sie selbst gemeinsam mit der Natur und den Kapitalisten buken, nur ein ganz kleines Stück ihr eigen nennen konnten. Auf der anderen Seite durfte die Kapitalistenklasse den größten Teil des Kuchens für sich beanspruchen und theoretisch auch konsumieren, jedoch unter der stillschweigenden Bedingung, daß sie in Wirklichkeit nur sehr wenig davon konsumierte. Die Pflicht des »Sparen« machte neun Zehntel der Tugend aus, und das Wachsen des Kuchens wurde zu einem Gegenstand wahrhaft religiöser Verehrung. Rund um das Nicht-Verzehren des Kuchens wucherten alle Instinkte jenes Puritanismus, der sich in früheren Zeiten von der Welt zurückzog und sowohl das Produzieren als auch das Genießen gering schätzte. Und so wuchs der Kuchen – aber es wurde nicht klargestellt, zu welchem Zweck. Der einzelne wurde ermuntert, eher aufzuschieben als zu verzichten und die Annehmlichkeiten von Sicherheit und Voraussicht zu kultivieren. Gespart wurde für den Lebensabend oder für die Kinder. Aber das war nur graue Theorie – der Vorzug des Kuchens lag darin, daß er

nie verzehrt werden durfte, weder vom Alten noch von den Kindern.

Damit will ich keineswegs die Praktiken jener Generation herabsetzen. In den unbewußten Tiefen ihres Seins wußte die Gesellschaft, was sie tat. Im Verhältnis zum Appetit des Konsums war der Kuchen wirklich sehr klein, und wenn man ihn allgemein verteilt hätte, wäre niemand viel besser drangewesen. Die Gesellschaft arbeitete nicht für die kleinen Freuden des Heute, sondern für die künftige Sicherheit und Besserstellung der Menschenrasse – kurz, für den »Fortschritt!«.¹

Als Keynes diese Zeilen im Jahre 1918 schrieb, war er der Meinung, der Krieg habe dieses System niedergeschlagen, aber es taumelte wieder hoch. Nicht der Krieg, sondern die große Depression der dreißiger Jahre bedeutete den K.o.-Schlag. Es ist ein schmerzlicher Gedanke, daß die Nazis keinen Anklang gefunden hätten, wenn die britische Regierung nach 1931 einen friedlichen Weg zur Vollbeschäftigung gewußt hätte. Aber die Vollbeschäftigung mußte in den demokratischen Staaten auf einen neuen Krieg warten, und seither haben kalte und heiße Kriege wesentlich zu ihrer Erhaltung beigetragen. Die westliche Welt wurde durch den Zusammenbruch der Marktwirtschaft (gegen den die Sowjetunion unempfindlich war) belehrt, daß der Kuchen schon groß war und daß er austrocknet und zerbröckelt, wenn man ihn nicht anschneidet. Aber wir verfügen über keine Philosophie, die uns bei der Aufteilung leiten kann. Das alte Liedchen verklart die Ungleichheit mit dem Glanz des Feudalismus. Es lautet eben nicht:

Der Reiche lebt im Appartement,

Der Arme lebt im Slum.

Welche Geschichte sollen wir also unseren Kindern erzählen? Ohne die »zweifache Täuschung« der harten Ausbeutung auf der einen Seite und den eifrigeren Profitjägern auf der anderen ist die gewaltige Akkumulation, welche das Entstehen der modernen Industrien ermöglichte, undenkbar. Soziale Gerechtigkeit und politische Gleichheit hätten das System abgewürgt, ehe es hätte wachsen können. Die Einrichtungen und Denkwisen, die in einer Epoche entstanden, da der Überschuß herausgepreßt wurde, leben weiter, auch wenn sie nutzlos geworden sind, und bis jetzt wurde noch kein Ersatz für sie geliefert.

¹ Die wirtschaftlichen Folgen des Friedens, S. 16/17 (engl.).

Die Vorstellung des *Laissez-faire*², daß die Geschäftsleute wissen, was richtig ist, steht in Widerspruch zur offenkundigen Notwendigkeit einer Planung, um »einen hohen und stabilen Belegschaftungsgrad« zu erhalten. Die Vorstellung, daß Eigentum auch Pflichten mit sich bringt als Rechtfertigung für die Vorrechte, steht in Widerspruch zur Trennung von Eigentum und Unternehmensleitung in der modernen Wirtschaft. Die Vorstellung, daß der Staat nur auf die Einhaltung der Spielregeln durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu achten braucht, steht in Widerspruch zu den Erfordernissen einer Einflußnahme auf Geldeinkommen und Preise. Die Vorstellung, das freie Spiel von Angebot und Nachfrage erzeuge ein lebensfähiges System des internationalen Handels, steht in Widerspruch zu den Zahlungsbilanzschwierigkeiten, vor denen kein Land auf die Dauer gefeit ist.

Diese Widersprüche ergeben sich aus der Notwendigkeit, die Organisation der Gesellschaft jener phantastischen Leistungsfähigkeit in der Herstellung materiellen Reichtums anzupassen, welche die Anwendung der Wissenschaft auf die Technologie ermöglicht hat.

Derartige Probleme entstehen innerhalb der westlichen Industriestaten Inzwischen hat sich ihre Lage in der Welt sogar noch dramatischer verändert. Jetzt stehen ihnen sozialistische Länder konkurrend gegenüber, die ihre Industrialisierung weit rascher vollzogen haben als sie selbst, und umgeben sind sie von einer dritten Welt, in der das Elend rascher zunimmt als der Reichtum. Aber die inneren Probleme liefern schon genug Stoff für dieses kleine Buch.

I Einkommen und Preise

Das wirtschaftliche Problem, das jeden Bürger am meisten beunruhigt, ist das der steigenden Preise. In den letzten fünfzehn Jahren ist die Summe der Geldeinkommen stärker gestiegen als die Preise; der sogenannte *reale* Konsum (die Preissumme der umgesetzten Güter und Dienstleistungen dividiert durch einen Preisindex) hat beträchtlich zugenommen.¹ Auf die einzelnen Familien ist der Zuwachs des Realeinkommens allerdings höchst willkürlich verteilt. Manche sind viel besser dran, manche haben nur wenig gewonnen, und manche sind sogar schlechter dran.

Im allgemeinen werden gerade diejenigen, die ohnehin schon in einer schwachen Position sind, am meisten benachteiligt, da die Preise der Dinge, die sie kaufen müssen, rascher steigen als ihre Einkommen — schlecht organisierte Arbeiter, Pensionisten, Witwen und Waisen mit Einkommen aus festverzinslichen Wertpapieren. Darüber hinaus steigen die Preise mehr oder weniger kontinuierlich, die Einkommen — Löhne, Gehälter, Sozialrenten — jedoch nur in gewissen Zeitabsänden. In einem bestimmten Augenblick wird die Mehrheit feststellen, daß ihr Realinkommen gegenüber dem Vorjahr gesunken ist, während sich einige, deren Geldeinkommen jüngst gestiegen ist, eines befristeten relativen Vorteils erfreuen können. Die Kehrseite der Medaille ist der Gewinn, den Staat und Geschäftswelt auf Kosten ihrer Kreditgeber aus Schulden mit fixem Nominalwert ziehen, und der »unverdiente Wertzuwachs«, der jenen in den Schoß fällt,

² Ich verwende den Begriff »laissez faire« in einem weiteren Sinne zur Kennzeichnung des Komplexes von Ideen und Maßnahmen, die mit jenem »bemerkenswerten System« groß geworden sind, das Keynes beschrieb. Sein wesentlichster Lehrsatz besagte, die einzige Aufgabe der Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet bestehe in der Erhaltung des Geldwertes im In- und Ausland durch ein ausgleichendes Budget und Sicherung der Konvertibilität der Währung in Gold. Der Begriff hat sich bereits eingebürgert. Im folgenden wird er nicht mehr im Druck hervorgehoben.

¹ Der gesamte Konsumaufwand (einschließlich Mieten) zu Preisen von 1958 betrug 13 106 Millionen Pfund im Jahre 1910 und 18 943 Mill. Pfund im Jahre 1964, was einen Zuwachs von etwa 45 Prozent darstellt. Während dieser Zeit stieg die Einwohnerzahl um etwa 8 Prozent, so daß der durchschnittliche Konsumzuwachs pro Kopf, also pro Mann, Frau und Kind, etwa 34 Prozent betrug. (National Income and Expenditure, 1965, und Statistical Abstract, 1965.)

die zufällig ein bestimmtes Stück Land besitzen oder Kunstwerke, die gerade im Handel gefragt sind.

Die alte Doktrin, eine Inflation führe, wenn sie einmal begonnen hat, immer weiter auf den Weg bis zum totalen Zusammenbruch, ist in Mißkredit geraten. Die Wirtschaft paßt sich in der verschiedensten Weise der Erwartung eines allmählich sinkenden Geldwertes an. So investieren beispielsweise Wirten und Waisen in Wertpapieren, die (wenn sie richtig ausgewählt sind) einen mit den Preisen steigenden Geldwert aufweisen. Novellierungen der Gesetze gestatten dies, und neue Einrichtungen wie Investmentsgesellschaften werden geschaffen, um eine Risikostreuung zu ermöglichen. Das Froschhüpfen der steigenden Einkommen breiter sich von den Gewerkschaften auf die freien Berufe aus. Wer in einer starken Position ist, weiß sich zu schützen; wer am meisten leidet, läßt sich am wenigsten vernehmen. So bekommt die Inflation heute nicht mehr so schlechte Rezensionen wie in früheren Zeiten.

Der stärkste Einwand gegen die Inflation besteht nicht in dem Hinweis, sie sei grausam, ermüdend und demoralisierend im eigenen Land, sondern beruht darauf, daß sie sich im internationalen Wettbewerb verheerend auswirkt. Ein Land in ohnehin schon schwacher Position wird zur Verzweiflung getrieben, wenn (bei fix gegebenen Wechselkursen) seine Kosten rascher steigen als jene der Konkurrenten. Genau aus diesem Grund ist die Dämpfung des Preisauftriebs ein Hauptziel der Politik geworden.

Preise und Kosten

Die Beziehung zwischen Löhnen und Preisen wird oft in verschwommener, allgemeiner Weise dargestellt. Die Löhne sind der größte Kostenbestandteil und liefern einen wichtigen Posten auf der Nachfrageseite, so daß die Warenpreise zwangsläufig auch steigen, wenn die Geldlöhne steigen. Gleichzeitig erhöhen die gestiegenen Preise die Lebenskosten, führen zum Wunsch nach höheren Löhnen, und damit ist der Teufelskreis geschlossen.

Die Beziehung zwischen Preisen und Löhnen kann auch genauer analysiert werden. Die Preise, zu denen Waren an die Öffentlichkeit verkauft werden, sind von den Unternehmen festgelegt, die sie herstellen. Die Preise werden durch die Kosten bestimmt, aber die Kosten sind kein einfacher Begriff. Die Ge-

stehungskosten – Löhne, Material, Energie usw. – verändern sich Woche für Woche mehr oder weniger direkt proportional dem Produktionsumfang, und die *Unkosten* des Geschäftsbetriebes, die Instandhaltung und Abschreibung der Ausstattung wie auch der Nettogewinn müssen mit der Jahressproduktion hereingebrochen werden. Die künftigen Kosten pro Produktionseinheit müssen im voraus auf der Grundlage des erwarteten Absatzes geschätzt werden.

Das übliche Verfahren der Preisfestsetzung besteht darin, zu den Gestehungskosten eine prozentuelle *Bruttospanne* zu schlagen, die so kalkuliert ist, daß sie einen Nettogewinn liefert, den man vernünftigerweise und sicher anvisieren kann.² Die Spannen des Groß- und Kleinhandels kommen zum Preis des Produzenten hinzu. So beruht die gesamte Preisstruktur auf den Gestehungskosten. Die Gestehungskosten jedes Produzenten bestehen neben dem Lohnaufwand aus Zahlungen an andere Produzenten, die ihrerseits ihre Gestehungskosten zuzüglich einer Spanne decken, so daß – wenn wir von importierten Rohstoffen absehen – die Gestehungskosten von den Lohnkosten bestimmt sind. Daher führt ein allgemeines Steigen der Geldlohnsätze zu einem mehr oder weniger proportionalen Steigen der Preise. Das Geld zum Kauf der Güter bei höheren Preisen stammt aus den höheren Löhnen und den sie begleitenden höheren Profiten, und damit gibt es, abgesehen vom Außenhandel, nichts, was den Prozeß aufhalten könnte.

Das allgemeine Preisniveau kann auch noch von anderer Seite beeinflußt werden. Maßige Veränderungen der Nachfrage beeinflussen im allgemeinen den Produktionsumfang und lassen die Spannen unberührt. Ein steiles Ansteigen der Gesamt Nachfrage jedoch (wie es sich ergibt kann infolge einer Steuersenkung oder höherer Ausgaben für Investitionen oder für Rüstung, die zwar Einkommen erzeugen, aber nichts, wofür man es ausgeben könnte) erzeugt für eine Reihe von Industriezweigen einen Verkäufermarkt, auf dem die zur normalen Spanne absetzbare Menge größer ist als die vorhandene Kapazität. Manche begegnen dieser Situation durch Verlängerung der Lieferfristen, manche

² Diese Auffassung über den Preisbildungsprozeß beruht auf einer Theorie, die erstmals von Michal Kalecki 1939 in seinen *Essays in the Theory of Economic Fluctuations* formuliert wurde. Sie wurde durch statistische Untersuchungen von R. R. Neild, *Wages and Employment in the Trade Cycle* (1963) verifiziert.

wiederum erhöhen die Preise. Daher neigt ein der entsprechenden Kapazitätsausweitung vorausseilendes Ansteigen der Nachfrage dazu, die Preise im Verhältnis zu den Geldlöhnen zu erhöhen.

Die Preise von Rohstoffen, die auf Wettbewermärkten verkauft werden, unterliegen nicht dem System des Spannenaufschlags und schwanken stark unter dem Einfluß von Angebot und Nachfrage³.

Ferner sind die Spannen nicht völlig starr. Es besteht eine allgemeine Neigung der Spannen zu steigen, denn wo ein Zweigrentabel ist, setzt ein *Nicht-Preis-Wettbewerb* in der Gestalt der Reklame und der verschiedensten Arten von Verkaufs-Druck ein. So wie im Rüstungswertlauf zwingen die Verkaufskosten, die irgend jemand eingegangen ist, die anderen zu einer Reaktion, so daß letztlich alle entdecken, daß ihre Kosten gestiegen sind und die Preise hochgehalten werden müssen, um sie zu decken. (Wenn man ein Sortiment Güter kauft, trägt man auch teilweise jenen Aufwand, mit dessen Hilfe man zum Kauf überredet wurde.) Auf der anderen Seite bricht ein Konkurrent gelegentlich mit einem neuen Verkaufskniff in den Markt ein und bringt die Spannen zum Sturz. Und manchmal hält vielleicht eine Gruppe von Unternehmen aus Gründen einer langfristigen Strategie oder als Reaktion auf eine öffentliche Politik die Preise trotz sinkender Spannen bei steigenden Löhnen konstant, indem sie – wie sie sagen – die Kostensteigerung »absorbieren«⁴. Tritt ein solcher Fall in großem Umfang ein, dann sind die Verkäufer angenehm davon überrascht, daß ihre Profite pro Jahr nicht sinken, denn die Ausgaben der Öffentlichkeit sind nicht reduziert worden, und wegen der höheren Realinkommen werden mehr Güter gekauft; per Saldo kompensiert der höhere Absatz mehr oder weniger den verringerten Profit per Produktionsseinheit.

Die Folgen sind natürlich nicht gleichmäßig verteilt. Manche Verkäufer verlieren, während andere entschieden gewinnen.

Eine steigende Produktivität birgt die Tendenz in sich, die Preise zu senken. Investitionen, die den Kapitalstock vergrößern, technische Verbesserungen und die Herstellung von neuen Produkten im Wege der Massenproduktion steigern die Produktion je Beschäftigten und verringern damit bei gegebenen Geldlohnsätzen die Kosten je Einheit. Unter der Voraussetzung, daß ein steigender Trend der Spannen nicht den Vorteil aufhebt, wird der Einfluß steigender Löhne auf die Preise dadurch abgeschwächt.

Derartige Einflüsse, die sich auf die Beziehung von Preisen zu Löhnen auswirken, können eine wichtige Rolle hinsichtlich der Reallöhne spielen, aber ihre Auswirkung auf das absolute Preisniveau ist verglichen mit jener der Lohnsätze nur begrenzter Natur, weil sie nur das Verhältnis von Preisen zu Löhnen beeinflussen können, während die Löhne grenzenlos vervielfältigt werden können.

Gewerkschafter kritisieren oft die Auffassung, steigende Löhne seien für steigende Preise verantwortlich. Warum sollten es ausgerechnet die Löhne sein? Was ist mit den anderen Einkommen? Aber es handelt sich gar nicht darum, daß jemand nicht die Spielregeln einhält. Wenn die Preise steigen, verlangen die Arbeiter ganz richtig und mit Recht Lohnerhöhungen, und das verhindert einen Preisverfall. Wenn die Löhne steigen, setzen die Unternehmer die Preise gewöhnlich nicht um den Betrag, sondern um den Prozentsatz hinauf, um den die Gestehungskosten gestiegen sind. Wenn die Einkommen einer Gruppe gestiegen sind, verlangen andere mit Recht dasselbe. Bei hohem allgemeinem Beschäftigungsgrad herrscht akuter Arbeitskräftemangel hinsicht-

³

Siehe später, Seite 59.

⁴ Für 1965 hat es den Anschein, als ob die Preise der Fertigwaren weniger gestiegen seien als die Löhne, während die Materialpreise mehr oder weniger konstant blieben. Man betrachte folgende Zahlen:

	1958	—	1965	1967
Verdienst pro Kopf	137,5		146,1	
Preise für Fertigwaren	111,5		116,7	

(National Institute of Economic and Social Research, *Economic Review*, Mai 1966).

Auf der anderen Seite sinken die Preise nicht immer mit den Kosten. Der Cohen-Rat berichtete 1959 (siehe auch Fußnote 5) über den Ausklang der ersten Rezession nach dem Krieg, die die Arbeitslosigkeit auf mehr als

2,5 Prozent gesteigert hatte. Die Löhne waren gegenüber dem Vorjahr geringfügig gestiegen, die Rohstoffpreise waren gesunken. Der Rat schloß daraus, daß für viele Industrien die Kosten gesunken sein mußten, und forderte energisch Preissenkungen. Der Sprecher der Industrie hielt dies allerdings für eine merkwürdige Auffassung.

In dem Vorschlag, die Industrie solle die Preise senken, stecken Unklarheiten. Es ist eine Sache, die Preise zu senken und damit Nachfrage und Produktion zu steigern; es ist eine ganz andere Sache, die Preise unter ihrem Marktniveau zu halten mit dem Ziel, Gewinne oder Dividenden zu verringern. (Eine Feststellung der Federation of British Industries nach einem Bericht in der *Times* vom 7. August 1959). Es ist möglich, daß die Industriellen inzwischen aufgeklärter geworden sind.

lich bestimmter Fachrichtungen oder in bestimmten Gegenden. Leistungsfähige aufstrebende Unternehmen, die einen gewinnreichen Markt erwarten, wenn sie nur mehr Arbeitskräfte bekommen könnten, ziehen Arbeiter dadurch an sich, daß sie Anreize über den üblichen Lohnsatz hinaus anbieten (wie etwa Überstunden am Sonntag verbunden mit einem freien Montag). Die als Folge dieses Wettbewerbs auftretende *Lohndriff* kann sogar den gewerkschaftlichen Forderungen vorausseilen, statt ihnen nachzufolgen. Von Zeit zu Zeit setzt eine Revision der normalen Sätze einen Bremsschuh unter jenes Niveau, auf das sich die Verdiensste seit der letzten Verhandlung begeben haben. Es ist die natürliche Pflicht der Gewerkschaft, für ihre Mitglieder einen Anteil am Gewinn herauszuholen. Keiner ist schlumm. Keiner trägt die Schuld. Das System funktioniert halt so.

Eine neue Orthodoxie

Der Gedanke, daß in einem Industriestaat das Niveau der Geldlöhne das Preisniveau bestimmt, war ein wesentlicher Bestandteil der Analyse in Keynes' *Allgemeiner Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, die 1936 erschien. Jener Teil seiner Beweisführung, der die Notwendigkeit einer staatlichen Politik zur Erhaltung eines »hohen und stabilen Beschäftigungsgrades« betraf, wurde schon lange vor dem Ende des Krieges im Jahre 1945 in die Generallinie der anerkannten Orthodoxie aufgenommen, aber jener Teil, der sich mit Löhnen und Preisen beschäftigte, stieß viel länger auf Widerstand. Sollte man in eine annähernde Vollbeschäftigung mit unveränderten Institutionen und Anschaauungen geraten, dann konnte unschwer vorausgesagt werden, daß sich die Waage in Lohnverhandlungen zugunsten der Arbeiter neigen und die bösartige Lohn-Preis-Spirale eine

⁶ Folgendes schrieb die *Times* am 23. Januar 1943: Die Arbeitslosigkeit hat in einer privatkapitalistischen Wirtschaft nicht bloß die Aufgabe, die Disziplin in der Industrie zu bewahren, sondern auch indirekt die Aufgabe, den Geldwert zu erhalten. Sollte das freie Aushandeln von Löhnen, wie wir es bisher kannten, unter der Bedingung von Vollbeschäftigung forgesetzt werden, würde sich ein dauernder Aufwärtsdruck auf die Gehlöhne einstellen... In Friedenszeiten würde die Teufelsspirale von Löhnen und Preisen chronisch werden.

(Joan Robinson, *Collected Economic Papers*, Bd. I, S. 85.)

chronische Erscheinung werden würde⁶. Dennoch mußten fünfzehn erfahrungsgreiche Jahre vergehen, bis der entscheidende Punkt endlich begriffen wurde. Viele professionelle Nationalökonomen und die meisten Schatzkanzler hielten an der Auffassung fest, die Preisbewegungen hätten etwas mit der Münzierung des Geldsystems zu tun.

Vielleicht war der Gedanke, daß der Geldwert in Beziehungen zwischen Menschen und nicht in einem festen, objektiven Standard begründet liegt, an dem sich die einzelnen messen können, ein härterer Schlag gegen den Komplex der verschwommenen, aber mächtigen Traditionen aus der Blütezeit des Laissez-faire als der Gedanke der Vollbeschäftigungspolitik. Darüber hinaus kann die Geldpolitik als eine technische Frage dargestellt werden, die man am besten den »Experten« überläßt, ohne daß dabei Interessenkonflikte deutlich sichtbar werden. Und der Mann von der Straße, der das Denken in den einfachen Formen von »richtig« und »falsch« vorzieht, ließ sich nicht gern erzählen, daß zwei so gute Dinge wie Vollbeschäftigung und stabile Preise miteinander unvereinbar sein könnten.

Wie immer es sich verhalten mag, es ist eine neue Orthodoxie etabliert worden, und alles ruft jetzt nach einer *Einkommenspolitik*.

⁶ Das Weißbuch von 1944 über *Beschäftigungspolitik* (Cmd. 6527) bedeutete die offizielle Anerkennung der Ansicht, daß es für die staatliche Politik möglich wie auch erforderlich war, ein »hohes und stabiles Beschäftigungs niveau« zu erhalten. Erst im Jahre 1957 führten Zweifel über die orthodoxen Ansichten über Preispolitik zur Errichtung des *Council on Prices, Productivity and Incomes* (des Coint-Rates). Seine beiden ersten Berichte stützten allerdings die Orthodoxie. Der dritte Bericht aus 1959, als Prof. Phelps Brown die Nachfolge Sir Dennis Robertsons als Okonom des Rates angetreten hatte, versucht die Preisbildung über Kosten und Gewinnspannen zu analysieren.

Im selben Jahr erschütterte der Bericht des Radcliffe-Komitees über *Worke kings of the Monetary System* den Glauben an die Orthodoxy, indem er zeigte, wie schwach die Kontrolle der Behörden über das Geldsystem und wie unsicher die Auswirkungen einer monetären Politik auf die Wirtschaft waren. Im Jahre 1961 wurde ein National Economic Development Council und ein National Incomes Council (Neddy und Nicky) errichtet. Es handelte sich um die ersten tastenden und rudimentären Versuche, neue Organe für die Wirtschaftsplanning in diesem Lande zu schaffen. Sie sind symbolisch für die Anerkennung der Tatsache, daß das Ende des Laissez-faire gekommen ist. Neddy existiert noch immer, steht jedoch im Schatten des Department of Economic Affairs. Nicky wurde 1964 von der Labour-Regierung aufgelöst und durch das Prices and Incomes Board ersetzt.

Einkommenspolitik

Eine Gedankenrichtung schlägt vor, von der Nahezu-Vollbeschäftigung abzugehen, da diese für die Schwierigkeit verantwortlich ist. Die Vertreter dieser Auffassung behaupten, eine »mäßige« Arbeitslosigkeit von sagen wir insgesamt zwei bis drei Prozent würde ausreichen, um die Löhne im Zaum zu halten und stabile Preise zu sichern⁷. Der Beweis für diese Auffassung ist unzureichend. Es könnte viel mehr erforderlich sein. Jedenfalls kommt es überhaupt nicht in Frage, bewußt eine derart kahlblütige Politik zu betreiben. Sogar bei den Deflationsmaßnahmen des Juli 1966 war *beabsichtigt*, lediglich eine befristete Steigerung der Arbeitslosigkeit als Nebeneffekt der Umschichtung von Arbeitskräften zwischen den Industriezweigen zuzulassen. Hinsichtlich der Einkommenspolitik vertraute man auf das Einfrieren der Löhne.

Die Einkommenspolitik ist eine Ausflucht, um mit einer beengten Lage fertig zu werden. Hinter ihr steht keine klare Philosophie. Was sie voraussetzt, ist vielmehr gleichzeitig eine Ablehnung und eine Annahme des *Laissez-faire*. Sie lehnt betont das *Laissez-faire* ab, da sie anerkennt, daß das freie Spiel des Marktes kein Gleichgewichtsniveau der Preise erreicht, sondern nur eine stetige Wertminderung des Geldes. Gleichzeitig akzeptiert sie stillschweigend jene Verteilung der Realeinkommen, die das Spiel des Marktes aufdeckt.

Eine ideale Preisstabilisierungspolitik erfordert (wenn wir für den Augenblick die internationalen Aspekte beiseite lassen), daß der Gesamtdurchschnitt der Geldlöhne im selben Ausmaß wie die Gesamtproduktivität je Beschäftigten steigt, und daß der Durchschnitt der Preise konstant bleibt – die Preise sinken in den fortschrittlichen Industrien und steigen dort, wo die Produktivität nicht gemäß der Durchschnittrate wächst. (Diese Durchschnitte können mehr oder weniger grob durch Indexzahlen gemessen werden, die ihrerseits nicht völlig präzise sein können, so daß sogar das Ideal nicht ganz eindeutig bestimmbar ist.) Ein derartiges Programm hat konstante Gewinnspannen und einen

konstanten Lohnanteil zur Folge (sofern sich das Gesamtverhältnis von Kapital zu Produktion nicht merklich ändert); das Kapital erhält dann seinen Anteil durch eine konstante durchschnittliche Profitrate auf die ständig wachsende, investierte Kapitalsumme. Das setzt voraus, daß der Lohnanteil annembar ist.

Eine solche Philosophie wurde einmal bewußt und ausdrücklich in Holland angewendet. Die Nationalökonomen kalkulierten die prozentuale jährliche Zuwachsrate des Volkseinkommens, und die Gewerkschaften akzeptierten eine gleich große Lohn erhöhung. (Nachdem diese Politik einige Zeit erfolgreich war und Holland zu einer ausgezeichneten Position im internationalen Wettbewerb verholfen hatte, wurde sie durch den Wunsch expandierender Firmen, Arbeitskräfte abwerben zu können, ausgehöhlt und mußte schließlich aufgegeben werden, weil die höheren Löhne in Deutschland die Arbeitskräfte über die Grenze lockten.⁸)

Die britische Arbeiterbewegung wuchs im Kampf um einen größeren Anteil am Kuchen auf, und was immer ihre Vorkämpfer privat glauben mögen, können sie doch nicht öffentlich nachgeben und den Gedanken des *Laissez-faire* übernehmen, jeder der »Produktionsfaktoren« erhalten genau das, was im gebühren.

Das wäre auch keineswegs eine bloß verbale Kapitulation. Sicherlich geht der *Großteil* dessen, was durch ein allgemeines Anheben der Löhne erreicht wird, durch das Steigen der Preise wieder verloren, aber doch nicht alles. Würde der Lohndruck nachlassen, dann würden die infolge wachsender Produktivität sinkenden Kosten höchstwahrscheinlich in der entgegengesetzten Richtung »absorbiert« werden, indem bei mehr oder weniger konstanten Preisen die Spannen steigen. Die richtige Gegenleistung für ein Bremsen auf der Lohnseite besteht in Preis-

senkungen bei den fortschrittlichen Industrien.

Aber sogar das ist, vom Standpunkt der Gewerkschaften betrachtet, keineswegs befriedigend. Für die Arbeiter sind die Preise jener Produkte interessant, die sie kaufen, und nicht jener, die sie herstellen. Die Beschäftigten in jeder Branche wünschen sich Rentabilität und einen Anteil an der Beute, ob nun ein Monopol-

⁷ Siehe J. C. R. Dow, *The Management of the British Economy 1945-1960*, S. 403.

⁸ Siehe U. N. World Economic Survey 1964, Teil II, S. 42. Dieser Teil des Überblicks enthält einen Bericht über die allgemeine Einstellung zur Frage der Einkommenspolitik in den Industriestaaten.

gewinn vorliegt oder nicht. Wie kann ein Gesamtvertrag erfüllt werden, wenn im Einzelfall keine der beiden Seiten ein Interesse an der Erfüllung hat?

Darüber hinaus fühlt sich jede Gruppe von Arbeitern berechtigt, einen Vorteil aus der gestiegenen Leistungsfähigkeit in der eigenen Industrie zu ziehen. Die größte Hoffnung, Englands Industrie aus der Flaupe herauszuholen, liegt in der Tat darin, die Arbeiter für Produktivitätssteigerungen zu gewinnen, nicht nur indem restriktive Praktiken und sinnlose Quotenabsprachen vermieden werden, sondern durch aktive Zusammenarbeit mit der Unternehmensleitung und einen auf sie auszülbenden Druck die Kosten zu senken. Die Einkommenspolitik wird oft so formuliert, daß das Steigen der Löhne durch das Steigen der Produktion begrenzt wird – als ob jede Beschaffigung für die eigene Produktivität zu belohnen wäre. Unterschiede im Gewinn verschiedener Branchen der Produktion und des Handels beruhen zum Teil auf der persönlichen Leistungsfähigkeit der betreffenden Arbeiter, aber noch viel mehr auf der glücklichen Hand im Kampf um den Absatz, auf den technischen Bedingungen bestimmter Produktionszweige und auf der Tatkraft und dem Können der Unternehmensleitung. Die Arbeiter in den weniger fortgeschrittenen Industrien sind für diesen Umstand nicht verantwortlich zu machen. Das Grundprinzip des Marktsystems besteht darin, daß die Vorteile des Fortschritts an die Gesamtheit weitergegeben und nicht dort konserviert werden, wo sie zufällig entstehen. Ein Lohnsystem, das auf Produktivitätsunterschieden aufbaut, würde sich als undurchführbar erweisen, noch ehe es richtig angewandt wird.¹

Diese Schwierigkeiten betreffen die Gesamtverteilung des Einkommens auf Arbeit und Besitz. Weitere große Schwierigkeiten ergeben sich aus den Verdienstrelationen der verschiedenen Beschäftigungsarten. Die Bewertung diverser Beschäftigungen durch die Gesellschaft erfolgt höchst willkürlich. Ihre Wurzeln liegen in einer längst vergangenen Zeit. In einer Zeit der Nahrungs-Vollbeschäftigung und wachsender Bildungsmöglichkeiten haben natürlich Angebot und Nachfrage einen Einfluß, aber der Markt arbeitet sehr schwerfällig. Nur eine bewußte Politik vermag die Anomalien zu beseitigen, welche den Zustrom zu irgendeinem bestimmten Beruf – sagen wir, Bergarbeiter oder Lehrer – zum Versiegen bringen könnten. Was ist aber keine Anomalie, wenn wir uns die Sache genau überlegen? Das ganze entspricht offen-

sichtlich nur sehr schlecht unseren Vorstellungen von Gerechtigkeit und Moral².

Das alles ist noch überlagert von den Anomalien, welche die Inflation mit sich bringt. Beim Froschhüpfen, in dessen Verlauf die Löhne einer Gruppe nach der anderen erhöht werden, bleibt immer jemand übrig, der drankommen sollte. Will man eine Einkommenspolitik fair beginnen, dann müßte man die Nachzügler aufholen lassen, während die Spitze stillhält. Das wird zwar grundsätzlich anerkannt, aber nur unvollkommen durchgeführt – die Richter konnten leichter aufholen als die Seelenute. Setzt man in einem beliebigen Zeitpunkt allgemeine Zurückhaltung durch, dann läßt man viel nagenden Groll zurück, und die Gewerkschaften werden in eine unhalbare Lage versetzt, wenn man von ihnen eine Politik verlangt, die ihre Mitglieder für unfair halten – was sie auch tatsächlich ist.

Das Problem der Preise bei Vollbeschäftigung rüdt überscharf die Widersprüche des modernen Kapitalismus ins Blickfeld. Aber eine vollkommene Einkommenspolitik ist auf jeden Fall ein utopisches Rezept; so grob und unfair sie sein mag, kann es ihr doch gelingen, den Anstieg der Kosten relativ zu jenen in anderen Industriestaaten zu bremsen und dem Land bessere Möglichkeiten im internationalen Handel zu eröffnen. Darin, und weniger in der Suche nach sozialer Gerechtigkeit, ist ihr wesentliches Ziel zu erkennen.

* Siehe Barbara Woottton, *Social Foundations of Wage Policy*, insbesondere Kapitel II über »Einige ökonomische Merkwürdigkeiten in der britischen Lohnstruktur«.

II Die Handelsbilanz

Die Probleme des internationalen Handels liegen noch tiefer als die Relation der Inflationsraten reicht. Es gibt keinen besonderen Grund zur Erwartung, in einer Marktwirtschaft sei der Handel jedes Landes ausgglichen. Die Nationen erhalten ihre Gestalt und Größe von der Geschichte und Geographie ohne jede Rücksicht auf ökonomische Vorteile. Die Gestalt von Angebot und Nachfrage hinsichtlich bestimmter Güter und Dienstleistungen verschiebt sich ständig in der Welt des Handels, weil die Bevölkerungszahl wächst und Neigungen wie Technologie sich ändern. In einem beliebigen Zeitpunkt entdecken die Bewohner eines bestimmten Flecken Erde, daß ihre natürlichen oder akkumulierten Ressourcen, ihre Fähigkeiten und ihr Erfindungsgeist, ihre Marktverbindungen und ihre Geschäftstüchtigkeit es ihnen leicht machen, dem Rest der Welt mehr zu verkaufen, als sie von ihm selbst kaufen müssen. Für andere ist das Verkaufen sehr schwierig.

Das britische Defizit

Die heutige britische Wirtschaft ist in einem wenig angenehmen Winkel angelangt. Schon vor 1914 begann ihre beherrschende Position im Welthandel zu wanken. Zwei Kriege und die Krise dazwischen ließen auf vielen Märkten örtliche Konkurrenten entstehen. Lancashire muß heute gegen billige Textilien aus jenen Ländern geschützt werden, deren einheimische Industrie es – mit Unterstützung – im Namen des Freihandels ruinierte. Der andere Hauptexport, Kohle, wurde durch die technische Entwicklung zerschlagen. Das Einkommen der Rentiers – Zinsen und Profite für überseeische Investitionen in der Zeit der Handelsüberschüsse und des imperialistischen Landraubes – war ein wichtiger Ersatz für Exporte. Es wurde stark reduziert durch die Mobilisierung ausländischer Sicherheiten zur Finanzierung des

Krieges, und man ging große Schulden ein (denn auch Kriege werden zum Großteil nach dem Marktprinzip geführt). Frühere Privilegien gingen mit der Auflösung des Weltreiches verloren. Die überlegene Leistungsfähigkeit der amerikanischen Industrie, die durch höhere Löhne nicht zur Gänze aufgehoben wird, und der rasche Aufstieg Westeuropas und Japans haben den Wettbewerb auf Exportmärkten verstärkt, die England einst ohne allzu große Anstrengung beherrschen konnte. Auf der anderen Seite steigern das Wachstum der Bevölkerung, die ständige Naherzu-Vollbeschäftigung und der wachsende Konsum die Nachfrage nach Importen. Hohe Aktivität in einem Land ohne natürliche Hilfsquellen erfordert große Importe an Rohstoffen. In jüngerer Zeit hat sich auch ein markanter Anstieg bei den Fertigwaren-Importen gezeigt, denn unsere heutigen Konkurrenten rivalisieren mit uns nicht nur auf dritten Märkten, sondern auch bei uns zu Hause.

Es ist ganz natürlich, daß die neuen Konkurrenten ihren Anteil am Handel auf Kosten eines alten ausbauen, aber das macht die Sache nicht weniger schmerhaft. Die Unfähigkeit der britischen Industrie, ihre Wettbewerbsposition zu behaupten, ist zum Teil auf Selbstzufriedenheit zurückzuführen. Der britische Geschäftsmann ist der Auffassung, alles Britische sei am besten, und wenn die albernen Ausländer das nicht wissen, ist es ihr eigener Schaden. Diese Haltung zeigt sich in den schlaffen Verkaufsbummungen wie im schlechten Abschneiden beim Design. Zum Teil geht sie auf einen blühenden internen Markt zurück, der Gewinne leichter zu Hause erzielen läßt, zum Teil darauf, daß man sich auf traditionelle Märkte verließ, die – wie es der Zufall will – ausgerechnet jene waren, wo das Einkommen und damit die Nachfrage relativ langsam wuchs. Letztlich ist auch die unglückliche Auswahl der zu entwickelnden Industrien verantwortlich. Steigende Kosten haben erschwerend gewirkt, und relativ niedrige Preise hätten zur Überwindung anderer Nachteile beitragen können, aber man kann nicht gut annehmen, daß eine sogar völlig erfolgreiche Einkommenspolitik allein alles ins rechte Geleise bringen könnte¹.

¹ Eine Zusammenfassung und Analyse der Faktoren, welche die britischen Exporte hemmen, findet man bei M. Paine und T. Seward, *The Problem of UK Exports*, Oxford Institute of Statistics, *Bulletin*, Bd. 28, Nr. 1 aus 1966. Das Verhalten der Importe wird beschrieben und die Notwendigkeit importspender Investitionen dargelegt von Austin Robinson, »Re-thinking Foreign Trade Policy» (*Three Banks Review*, Dez. 1963).

Die traditionelle Auffassung des Laissez-faire, daß die Geschäftsfleute am besten wissen, was uns kommt, ist durch diese Erfahrungen arg ramponiert worden, und ihre Verteidiger müssen sich auf das Argument der Resignation zurückziehen – daß alles andere noch schlechter wäre.

Aber unsere Schwierigkeiten sind nicht nur auf das Wirken des Marktsystems zurückzuführen. Eine ungeeignete Außenpolitik hat einen gehörigen Teil dazu beigetragen.

In den USA war die Folge des Kalten Krieges – ob er nun zu diesem Zweck erfunden wurde oder nicht –, dem »militärisch-industriellen Komplex« den Verbrauch eines Großteils der phantastischen Produktivität der amerikanischen Industrie zu erlauben, wodurch die Prosperität erhalten und vor der Depression abgeschirmt blieb, ohne daß man sich auf Mittel verlassen mußte, die den Grundätern des Laissez-faire widersprechen. Für die britische Wirtschaft war dies keine Hilfe, sondern ein Verhängnis. Die Rüstungsausgaben verschlingen so viel wie die gesamten Industrieinvestitionen zu laufenden Preisen² und einen überproportionalen Anteil an hoher technischer Fähigkeit und wissenschaftlichem Können. Das hat unsere Wettbewerbsfähigkeit in einem Ausmaß verringert, das nicht abzuschätzen ist. (Der fliegende Start des Wiederaufbaus in der Nachkriegszeit wurde in Deutschland und Japan durch das Verbot der Wiederaufrüstung unterstützt, das diese Länder zwang, ihre investierbaren Ressourcen produktiv einzusetzen.) Wir waren gezwungen, auf die Produktion der Männer in der Armee zu verzichten und die Kosten für ihren Aufenthalt in anderen Ländern zu übernehmen, was unsere Handelsbilanz ernstlich belastet. Die Kosten der »Erhaltung des Friedens« im Wege kleiner Kriege östlich von Suez wurden früher gewöhnlich von Indien getragen (die britische Zahlungsbilanz zog daraus sogar noch Vorteile, wenn die Offiziere und Beamten sich mit ihren Pensionen zu Hause niederließen). Wenn wir nun den Schein der Stärke weiter erwecken, da die Substanz verloren ist, schwächt uns das noch weiter.

Zu all dem kommt noch die Hilfe an Entwicklungsländer und ein beträchtlicher Überschuß der Auslandsinvestitionen britischer Unternehmen über die langfristigen ausländischen Investitionen in unserem Land. Um diesen Abstrom zu decken, brauchen wir folglich einen beträchtlichen Handelsbilanzüberschuß, haben aber in Wirklichkeit ein Defizit. Der Saldo wird inzwischen über kurzfristige Kredite gedeckt, was wieder zu jenen Finanzproblemen führt, die wir im nächsten Kapitel erörtern³.

* Die Kategorien Einkommensbilanz, langfristige Kapitalbilanz und ausgleichende Geldbewegungen sind nicht scharf umrissen; jede überschneidet sich mit der anderen. Verschiedene Länder veröffentlichen ihre Bilanzen in verschiedener Form. So z. B. weist das US-Department of Commerce einige Posten bei den Geldbewegungen aus, die in der britischen Bilanz als Kapital aufscheinen. Die Reinvestition von im Ausland erzielten Gewinnen im betreffenden Land wird in den USA zum Teil im Abstrom des Kapitals eingeschlossen, nicht jedoch in Großbritannien.

Für die vorliegende Erörterung benötigen wir aber nur die grobe Einteilung. Die Einkommensbilanz besteht aus den Einnahmen und Zahlungen betreffend Importe und Exporte (sichtbarer Handel), Einnahmen und Zahlungen betreffend Dienstleistungen wie Transport, Versicherung usw. und Einnahmen und Zahlungen betreffend Zinsen und Gewinne aus überseeischem Kapital (die unsichtbaren Posten).

In den Bilanzen scheinen die staatlichen überseelischen Militärausgaben als unsichtbarer Import auf. Bei der folgenden Rechnung und in Fußnote 11 ist der Posten separat aufgewiesen.

Die langfristige Kapitalbilanz besteht aus Käufen ausländischer Wertpapiere,

privaten und staatlichen Anleihen und direkten Investitionen in Unternehmen im Ausland.

Im Jahre 1964 war die Lage der britischen Zahlungsbilanz folgende:

Millionen Pfund	721
Defizit in der Einkommensbilanz	– 138
Überseesischer Militäraufwand	– 274
Netto-Kapitalabstrom	– 344
Statistische Fehler	+ 35

Saldo der Geldbewegungen

(Der statistische Fehler ist ein Korrekturposten, der die Ergebnisse der Einkommensbilanz jenen der Geldbewegungen angleicht.)

(*National Income and Expenditure, 1965.*)

Zur Herstellung des Gleichgewichts ohne Kürzung der Zahlungen an das Ausland wäre eine Steigerung der Exporte um etwas weniger als 3 Prozent des Bruttonationalproduktes notwendig. Einiges mehr wäre erforderlich, um die Kredite zurückzuzahlen, die man während der einander folgenden Krisen aufbrauchte.

² 1964 betragen die Rüstungsausgaben 2000 Mill. Pfund oder etwa 7 Prozent des Bruttonationalproduktes. Im selben Jahr betragen die privaten Bruttoinvestitionen in Gebäude, Maschinen und Fahrzeuge 1100 Mill. Pfund. Der gesamte Bruttoinvestitionsaufwand in fixes Kapital (einschließlich Grundstückskäufen) belief sich auf 1800 Mill. Pfund. Die Ausgaben für Gesundheitswesen betragen 1100 Mill. Pfund, jene für Bildung 1400 Mill. Pfund. (*National Income and Expenditure, 1965.*)

Eine Schwäche in der Zahlungsbilanz und ein langsames Wachsen der Produktivität ergeben einen Teufelskreis. Zur Modernisierung der Industrie benötigt man Investitionen, aber hohe Investitionen bedeuten hohe Aktivität. Es entsteht ein Importosog, und der aufblühende inländische Markt lenkt von der Suche nach Chancen für den Export ab. Die traditionelle Medizin gegen eine Verschlechterung der Handelsbilanz besteht in Kreditrestriktionen. Als das System des Laissez-faire von London aus gelenkt wurde, schien dieser Mechanismus glatt und reibungslos zu funktionieren. Der Saldo der *Einkommensbilanz* (Handelsbilanzsaldo plus Nettoeinkommen aus fremdem Kapital) war stets günstig⁴. Ein Gesamtdefizit bedeutete lediglich, daß das Abströmen von Krediten überhand nahm. Eine Erhöhung der Bankraten genügte, um dies zu bremsen. Auf der Grundlage dieser Erfahrungstatsachen errichteten die Nationalökonomien den Mythos von der Macht der Geldpolitik als Steuerungsmittel der Wirtschaft. Die Bankiers glaubten das natürlich gern, denn damit wird der Vorrang der Finanzwelt vor der Industriewelt bestätigt. Nach dieser Theorie wird ein Bremsen der Kreditvergabe die Nachfrage einschränken, die Preise herunterholen und das »Gleichgewicht wieder herstellen«⁵.

Beinflußt man die Handelsbilanz (und nicht die Kreditbilanz) durch geldpolitische Maßnahmen, dann erfordert dies eine hinreichende Reduzierung der Aktivität, um die Importe zu verkleinern – eine brutale und aufwendige Medizin, die der Krankheit bei kommt, indem sie den Patienten umbringt.

Sogar die markantesten Vertreter traditioneller Vorstellungen konnten mit dieser Politik nicht wirklich bis zur letzten Konsequenz gehen, aber der periodische Ruck, der das industrielle Wachstum jedesmal traf, wenn es rascher wurde, war verwirrend und entmutigend genug. Zweifellos hat dies dazu beigebracht,

das langfristige Problem noch ärger zu machen. Die Panik vom Juli 1966 gab vor, etwas anderes zu sein, entsprach aber in ihrem Wesen so ziemlich dieser Tradition.

Langsames Wachstum trägt seinerseits zu steigenden Kosten bei; eine Lohnpolitik kann viel leichter durchgeführt werden, wenn die gestattete durchschnittliche Lohnnerhöhung, sagen wir, fünf Prozent statt zwei Prozent jährlich ausmacht. Das läßt nämlich mehr Platz für notwendige Anpassungen der Relationen ohne zu rasches Ansteigen des Durchschnitts. Ferner verringert ein sichtbares Steigen der Reallöhne die Unzufriedenheit und damit den Drang nach mehr. So verlangsamt ein langsames Wachstum sich selbst.

Die Medizin

Es ist hinreichend klar, daß die alte Politik in der Sackgasse steckt. Welche anderen Heilmittel gibt es noch? Das beste wäre natürlich ein wunderbarer Anstieg von Eifer und Energie in der britischen Industrie, aber die Behörden können anscheinend den Knopf nicht drücken, der das ganze auslöst. Die meisten Leute wollen sich nicht allzu sehr anstrengen. Sie ziehen es vor, einfach dahinzutrotten, sind dabei nicht schlechter als ihr Nachbar und holen aus dem Privatleben an Annehmlichkeiten heraus, was sie nur können. Das ist zweifellos eine sehr vernünftige Haltung. Es ist äußerst verdrießlich, nach einem gewonnenen Krieg von den besiegen Staaten herumgeschubst zu werden, die ein rasches Tempo des Wettbewerbs vorlegen, als uns lieb ist.

Ambivalenz

Welche Politik wir auch immer verfolgen, wir können mit Sicherheit mit Kritik von auswärts rednen. Unser Defizit ist ein Skandal, weil es die finanzielle Stabilität der Welt in einer Hinsicht zerstört, aber wenn wir es auf irgendeine Weise beseitigen, wird es die Stabilität in anderer Hinsicht zerstören, denn solange das Defizit besteht, ziehen andere Handelsnationen daraus Nutzen. Die kapitalistische Welt stellt im Regelfall einen *Käufersmarkt* in dem Sinn dar, daß die Produktionskapazität jene Menge übersteigt, die zu einem befriedigenden Preis abgesetzt werden

⁴ Bezuglich einer Zusammenfassung der Geschichte der Zahlungsbilanzen siehe Phyllis Deane und W. A. Cole, *British Economic Growth, 1668–1959*, S. 33–38. Der Überschuß in der Einkommensbilanz befand sich im Jahrzehnt vor 1914 auf seinem Höhepunkt. Der Überschuß schmolz nach dem Krieg dahin und machte in den dreißiger Jahren einen Käufersmarkt Platz.

⁵ Der klassische Fall eines ökonomischen Mythen ist der Cunliffe-Bericht von 1918. Siehe »A Note on the Bank Rate«, Joan Robinson, *Collected Economic Papers*, Bd. II.

Ewiges Gesetz des Handels!
Der Umstand verleiht der britischen Politik eine Art von ambivalentem Charakter. Wir müssen zwar verletzen, aber wir können es uns gleichzeitig nicht leisten, Freunde zu verlieren. Was man an den vorgeschlagenen Maßnahmen auszusetzen hat, ist gerade, daß sie nützlich sein könnten.

So wurde beispielsweise im Jahre 1964 ein Aufschlag von fünfzehn Prozent auf importierte Fertigwaren eingeführt. Es war keineswegs beabsichtigt, damit auf Dauer die Handelsbilanz ins Lot zu bringen. Es handelte sich um eine Krisenmaßnahme, die auf eine zeitlich beschränkte, krasse Senkung der Importe abzielte. Bevor noch genügend Zeit verstrichen war, um einigermaßen wirksame Folgen zu zeigen, führten Beschwerden von auswärts zu einer Reduzierung auf zehn Prozent, und überdies wurde die völlige Abschaffung im Herbst 1966 angekündigt (zu einem Zeitpunkt also, da dann eine noch ärgerle Kriege Gestalt angenommen hatte).

Der Umstand verleiht der britischen Politik eine Art von ambivalentem Charakter. Wir müssen zwar verletzen, aber wir können es uns gleichzeitig nicht leisten, Freunde zu verlieren. Was man an den vorgeschlagenen Maßnahmen auszusetzen hat, ist gerade, daß sie nützlich sein könnten.

Ein Vorstoß im GATT mit einer allgemeinen Zollsenkung das Problem auch nicht lösen, denn unsere Unfähigkeit, genügend zu exportieren, ist keineswegs nur durch die Zölle der anderen Staaten bedingt.

Abwertung

Ein weiterer Bestandteil des Wiederaufbaus war die Einrichtung des »International Monetary Fund«, die auf dem Grundsatz beruhte, eine Abwertung des Wechselkurses sei lediglich im Falle eines »tiefgreifenden Ungleichgewichtes« in der Zahlungsbilanz zu gestatten. Wenn es je den Fall eines solchen tiefgreifenden Ungleichgewichtes gab, dann heute in Großbritannien, aber eine Pfundabwertung ist für die Weltfinanzbehörden nicht so akzeptabel. Kein größeres Land kann seinen Wechselkurs unabhängig kontrollieren. Es kann nur dann abwerten, wenn sich die anderen aufwerten lassen. In irgendeinem Stadium müssen alle Wechselkurse wieder aufeinander ausgerichtet werden. In der Zwischenzeit wäre, sofern wir uns wirklich frei bewegen können, die Pfundabwertung eine Hilfe, aber keinesfalls ein verlässliches Heilmittel.

Die Abwertung wirkt, indem sie alle ausländischen Güter im Inland verteuert und die inländischen im Ausland verbilligt. Damit schützt sie ganz allgemein vor Importen und liefert den Exporten einen Wertbewerbsvorteil. Aus demselben Grund macht sie die Herstellung von Exportgütern und inländischen mit Importen konkurrierenden Gütern profitabler. Bei leichter Arbeitslosigkeit und Kapazitätsreserven in vielen Zweigen erhöht die Abwertung die Aktivität und verbessert mit einem Schlag die Handelsbilanz. Ist jedoch Nahezu-Vollbeschäftigung erreicht, erhöht die Abwertung vermutlich bloß den Nachfrage-
sog auf dem Arbeitsmarkt, während der Anstieg der Importpreise den Druck nach höheren Geldlöhnen vergrößert, so daß

* Das GATT sah eine Ausnahme für jenen Fall vor, wo Zollpräferenzen auf eine Zollunion oder Freihandelszone abzielen.

gar bald der Wettbewerbsvorteil geringerer heimischer Kosten völlig verlorengehet⁷. Kurzum, solange wir mit Nahezu-Vollbeschäftigung und Laissez-faire in jeder anderen Hinsicht fortwurstellen, gibt es keinen Ausweg aus dem Gestüpp.

Zollunionen

Als Lösung unserer Probleme wurde vorgeschlagen, jenen sechs Staaten beizutreten, die für sich den Namen Europa arrogiert haben. Als der Gemeinsame Markt erstmals diskutiert wurde, haben ihn die Briten verschmäht. Als Ersatz wurde die Freihandelszone geschaffen⁸. Als sich herausstellte, daß die sechs erfolg-

⁷ Im Jahre 1931 haben besondere Umstände die Abwertung des Pfundes zweifellos vorteilhaft für die britische Wirtschaft gesetzt. Die Währungen unserer größten Rivalen blieben an das Gold gefesselt, bis 1933 der Dollar und 1936 der Franc abgewertet wurden, so daß wir einen Exportvorteil erzielten, während unsere Hauptlieferanten von Rohstoffen ihre Währung auf die unsere ableiteten (das war die ursprüngliche Bedeutung des »Sterlingblocks«) und wir keinen Antrieb der heimischen Preise hinnehmen mußten. Es gab Arbeitslosigkeit und Unterauslastung der Kapazitäten in allen Bereichen, so daß die Exporte auf die gestrigene Nachfrage reagieren konnten. Die Befreiung der Handelsbilanz von dem Druck ermöglichte ein drastisches Sinken des Zinses und Kreditlockierungen, was einen Bauten-Boom unterstützte. Die Arbeitslosigkeit stieg 1932 weiter, als die Welt tiefer in die Depression rutschte, aber der Kontrast zwischen der kurz darauf einsetzenden Erholung und der fortgesetzten Agonie des Goldblocks ist ein klarer Beweis für die günstigen Folgen des Abgehens vom alten Wechselkurs, zu dessen Rettung sich die Labour-Regierung verzissen hatte.

Die Folgen der Abwertung von 1939 sind nicht so leicht zu bestimmen. Zu jener Zeit wurde die handelsreibende Welt von einer Dollarknappheit beherrscht – d. h. einem generellen Überschuß der amerikanischen Zahlungsbilanz. Großbritannien litt, wie auch im Jahre 1964, an einem wachsenden Defizit in der Handelsbilanz. Es wurde vielfach ange deutet, daß die US-Behörden für eine Abwertung des Pfund Sterling waren (siehe J. C. R. Dow, *Management of the British Economy, 1945–1960*, S. 41). Die britischen Behörden zögerten. Sie wurden durch die allgemeine Furcht, eine Abwertung sei in Aussicht, nach vorwärts gezwingt.

Die Folge war ein deutlicher Anstieg der Exporte, der allerdings nur zwei Jahre lang anhielt, weil der Koreakrieg und die Wiederauftrüstung in den USA einen weltweiten Aufschwung erzeugten, dem eine Rezession folgte. Dem Argument, daß äußere Umstände ohnehin dieselben Ergebnisse gezeigt hätten, und daß der langfristige Vorteil der Abwertung dadurch aufgesogen wurde, daß die Geldlöhne rascher stiegen, als es ohne Abwertung der Fall gewesen wäre, ist die Ansicht entgegenzusetzen, daß die Exporte sonst weit weniger aus dem Aufschwung Nutzen gezogen und langfristig weit stärker gelitten hätten. Im günstigsten Fall war es kein so offensichtlicher Erfolg wie der Bruch des Goldstandards im Jahre 1931.

reicher waren als wir selbst und der Wettbewerb immer schmerzhafter fühlbar wurde, haben wir den Beitritt zu eigenen Bedingungen angeboten und wurden abgewiesen. 1966 herrscht wieder Ambivalenz.

Es geht um größere Probleme als um die Frage des Handels.

In unserem Land besteht eine starke Abneigung gegen jede Art der Aufgabe von Souveränitätsrechten und Befremden über die Aussicht, Commonwealth-Interessen zu schädigen, um den neuen Partnern einen Gefallen zu erweisen. Der Premierminister hat erklärt, daß England den »politischen Willen« zum Beitritt bestreitet, aber die Frage ist noch nicht den Wählern vorgelegt worden, und die Meinungen gehen offensichtlich weit auseinander. Auf der anderen Seite gibt es genauso scharfe Trennlinien, wie sie besonders hinsichtlich der Beziehungen zwischen den USA und Westdeutschland bestehen.

Was den Handel betrifft, ist kein Grund ersichtlich, warum die EWG sich vergrößern sollte. Der Vorteil einer Zollunion liegt darin, daß die Länder sich gegenseitig als Markt offerieren, indem sie die Importe der Mitglieder bevorzugen im Austausch für Bevorzugung der eigenen Exporte, so daß sich die Industrien spezialisieren, die Produktionskapazität bei gesichertem Absatz ausweiten und Größenvorteile ausnutzen können. Die Bevölkerung erfolgt zu Lasten der Außenstehenden. Je größer die Union, desto weniger Vorteile bietet sie im Vergleich zu den Möglichkeiten, die der Freihandel mit sich bringt.

Von unserem Gesichtspunkt betrachtet, besteht kein Grund zur Annahme, der Zuwachs unserer Exporte infolge des freieren Zuganges zu den Märkten der EWG würde den Zuwachs der Importe infolge des freieren Zuganges zu unserem Markt ausgleichen – eher wäre das Gegenteil zu erwarten. Was geschieht, wenn nach dem Beitritt zu den sechs unser Defizit größer und nicht kleiner wird? Jeder dieser Staaten zeichnet sich durch eine

⁸ Die EWG (Belgien, Frankreich, Westdeutschland, Italien, Luxemburg und die Niederlande samt Assoziierten) wurde 1957 ins Leben gerufen. Ausgehend von der Vorbereitung zur Schaffung einer Zollunion – gemeinsamer Zoll gegen Importe von außen – entwickelte sie einige Wesenszüge einer allgemeinen Wirtschaftsfusion unter der Leitung einer internationalen Zivilbehörde. Die EFTA (Österreich, Dänemark, Norwegen, Portugal, Schweden, die Schweiz und Großbritannien sowie Finnland als Assoziierte) wurde 1959 in der Absicht gegründet, eine Freihandelszone zu schaffen – jedes Land sollte seine eigenen Zölle gegenüber der Außenwelt haben, aber keine in bezug auf die Industriegüter der Partner. Der Plan sollte bis 1966 verwirklicht werden.

eigene Mischung von Kontrolle und Laissez-faire aus, die in vielerlei Hinsicht erfolgreicher war als unsere eigene⁹, aber in den zwischenstaatlichen Beziehungen werden von ihnen strikte marktwirtschaftliche Regeln angewandt. Wenn Vollbeschäftigung nicht bei ausgeglichenem Handel erreicht werden kann, dann muß man eben auf sie verzichten. Erst jüngst wurde Italien dieser Kur unterzogen¹⁰, und wir können nicht annehmen, daß wir davon verschont bleiben sollten.

Die Schwierigkeiten der anderen

Ein außergewöhnlich großes Ungleichgewicht im internationalen Handel wurde durch jene gewaltige Woge der geschichtlichen Entwicklung erzeugt, die Englands beherrschende Position im Welthandel fortspülte, aber die alten Einrichtungen und Anschauungen unverändert ließ. Aber jedes Land wird früher oder später in irgendwelche Schwierigkeiten geraten.

Im Augenblick leiden die USA an einem Defizit, das sich der Art nach stark von unserem unterscheidet.¹¹ Der günstige Saldo

⁹ Andrew Shonfield beschreibt in seinem Werk *Modern Capitalism* die Art, in der sich die verschiedensten Länder, jedes auf seine Weise, den Erfordernissen einer nationalen Wirtschaftsplanung angepaßt haben. Die französische Lenkung und die deutsche Kontrolle über die Banken (unter einer Nebelwand „von Laissez-faire-Schlagswörtern“) erlaubten ein hohes Maß an Diskriminierung zwischen Unternehmen und zwischen Branchen, während wir am der britischen Tradition scheitern, es sei die Pflicht der Zivilverwaltung, den Ring für den Kampf privater Interessen frei zu halten und auf fairen Kampf ohne jede Beteiligung oder Begünstigung zu achten, so daß nur globale Maßnahmen anwendbar sind. »Die Wirtschaft wurde als eine undifferenzierte Masse mit einer mehr oder weniger einheitlichen Reaktionsfähigkeit behandelt und nicht als ein schafft geplodertes Nervensystem, das sehr unterschiedlich auf verschiedene Reize an verschiedenen Orten reagiert.« (a. a. O., S. 10).

¹⁰ Im Jahre 1963 stieg der persönliche Konsumaufwand in Italien gegenüber dem Vorjahr um 10 Prozent, die Importe um 21 Prozent und die Exporte um nur 7 Prozent. Man ging zu einer schwer deflationären Politik über mit dem Ergebnis, daß die Investitionen 1964 um 7 Prozent abnahmen. Die Exporte erholteten sich, und die Importe sanken. Die Wachstumsrate insgesamt wurde von 6 Prozent jährlich auf 3 Prozent gedrückt. Der Prozeß, in dessen Rahmen Arbeiter aus dem unterentwickelten Süden von der Industrie absorbiert wurden, und der bis dahin munter forgeschritten war, erlitt einen Rückschlag. Das ist die orthodoxe Weise, mit einer ungünstigen Handelsbilanz fertig zu werden. (*U. N. World Economic Survey, 1964*)

¹¹ Während der Nachkriegszeit haben die Vereinigten Staaten einen massiven Überschuß in der Handelsbilanz aufgebaut. Sie besitzen einen unschlagbaren Wettbewerbsvorteil durch ihre technische Überlegenheit in Verbindung mit massiver Arbeitslosigkeit, welche die Geldlöhne drückt (obwohl der gegen-

der Einkommensbilanz ist groß, aber nicht groß genug, um das Abströmen von überseeischen Staatsausgaben und von Privatkapitalien, die auswärts eine rentable Investitionsschance suchen, aufzuwiegen. Rasches Wachstum, wie etwa in Japan oder Italien, muß gebremst werden, wenn die Importe den Exporten davonauf laufen. Frankreich hat dies mehrmals durch Abwertung umgangen.

Es ist sogar möglich – obwohl dies einen seltenen Fall darstellt –, daß ein Land eine *zu* günstige Handelsbilanz aufweist. Das bunte Würfelspiel des Weltbewerbs kann ausgerechnet einem Land einen Exportüberschuß bescheren, dessen Regierung keine überseeischen Verpflichtungen hat und dessen Kapitalisten nicht darauf erpicht sind, an das Ausland zu verleihen. Der Saldo wird vom Rest der Welt bezahlt, der damit Geldreserven an das Überschüßland abgibt.

Nach der alten Orthodoxie sollte dies zu billigen Krediten und Investitionsanreizen führen. Bei Nahezu-Vollbeschäftigung wäre die einzige Folge lediglich eine Inflation. Die heimischen Investitionen könnten nur steigen, wenn der Beschäftigtenstand in den exportorientierten Industrien reduziert würde.

wärtige Kriegsboom die Behörden schon mit dem Gedanken einer Lohnpolitik spielen läßt). Sie sind der führende Lieferant einiger Grundprodukte und beziehen ein wachsendes Einkommen aus überseesischen Investitionen. Während der Jahre 1953–1955 wurde der Überschuß in der Einkommensbilanz mehr als aufgewogen durch die überseesischen Militärausgaben und den Abstrom öffentlichen und privaten Kapitals. Das Gesamtdefizit nahm in dieser Zeit ab, und 1956 und 1957 stellte sich ein beträchtlicher Gesamtüberschuß ein. Ein harter Dollar wurde als Bestandteil der natürlichen Ordnung der Dinge betrachtet. 1958 holte der Abstrom trotz eines Anstiegs des Überschusses in der Einkommensbilanz auf; seither gab es nur ein Gesamtdefizit und, zur Überraschung aller davon Betroffenen, einen weichen Dollar. (Siehe D. Mac Dougall, *The Dollar Problem. A Reappraisal*, 1960, Essays in International Finance, Nr. 35; Princeton University).

Die Zahlungsbilanz für 1964 sah folgendermaßen aus:

	Mill. Dollar
Saldo bei Gütern und Dienstleistungen	+ 9780
Netto-Militärausgaben des Staates in Übersee	- 2060
Entwicklungs hilfe usw.	- 3120
Netto-Abstrom von Privatkapital	- 6235
Statistischer Fehler	- 1165
Saldo der Geldbewegungen	<u><u>- 2800</u></u>

(Bank of International Settlements, *Annual Report 1966*).

Eine Situation dieser Art hat in Deutschland zu einem jener seltenen Fälle geführt, wo ein Land absichtlich aufwertet, um den eigenen Wettbewerbsvorteil zu verringern, der den Rest der Welt in Schwierigkeiten bringt¹².

Glücklichere Zeiten

Wieso hat das System des Laissez-faire vor 1914 so glatt funktioniert, ohne diese ewigen Störungen zu erzeugen?

Es gibt dafür drei Gründe. Erstens existierte ein wesentlicher Abnehmer der Exporte und Finanzen zur geographischen Ausweitung der kapitalistischen Welt. Die Investitionen wurden in der Neuen Welt oder in den Kolonien vorgenommen, wo die örtliche Industrie nicht die Kapitalgüter und die örtlichen Einkommen nicht die Ersparnisse bereitstellen konnten. Die Investitionen erzeugten folglich einen Importüberschuss, der seinerseits Exporte – hauptsächlich Englands – hervorrief. Gleichzeitig konnten die örtlichen Einrichtungen nicht die erforderlichen finanziellen Mittel beisteilen, was überseeische Anleihen erforderte, die meist aus der gleichen Quelle stammten. Es gab also infolge des ungehinderten Wirkens des Marktsystems eine mehr oder weniger harmonische Entwicklung der Defizite und Überschüsse in der Einkommensbilanz und bei der Kreditaufnahme und -vergabe. Der Geldmechanismus hatte nur kleinere Abweichungen zu regulieren. Als der Mechanismus in den zwanziger Jahren ohne diese zugrunde liegende Harmonie wieder erichtet wurde, biß man sich die Zähne aus. Die Probleme, mit denen er in den sechziger Jahren fertigwerden sollte, sind noch unverdaulicher.

Zweitens galten die britischen, gewinnreiche Anlagen suchen-

den Investitionen hauptsächlich der Erschließung von Nahrungsmittel- und Rohstoffquellen, für die schon daheim ein Markt abzusuchen war. So entwickelten die Investitionen einen Strom von Exporten, der die Zinsen und Profite für das zur Finanzierung eingesetzte Kapital ausgleich.

Schließlich kümmerte sich damals kein Mensch um die Beschriftigung. Hatte ein Überschuland eine Depression infolge sinkender Exporte, dann war das eben Pech. Solange das Pfund hart blieb, mußte man nicht tätig werden. In einem Defizitland, das keine profitbringenden Darlehen mehr anlocken konnte, mußte das Einkommen so lange sinken, bis das Defizit beseitigt war.

Jene Defizitländer, die ihre eigenen Angelegenheiten regeln konnten, hielten sich an den Protektionismus, um importsparende Industrien aufzuziehen, und die anderen Länder blieben eben »unterentwickelt«.

Das waren für uns gute alte Zeiten. Aber der glatt funktionierende Anblick, den das System von London aus gesehen darbot, war zum Teil eine Illusion. Unter der Oberfläche entwickelten sich jene Spannungen, die es später zertrümmerten. Es ist töricht, nach einer Vergangenheit Heimweh zu verspüren, die genau die Gegenwart erzeugt hat.

¹² Im März 1961 wurde die Deutsche Mark um etwa 5 Prozent aufgewertet. Ein jahrelanger Überschuß in der Einkommensbilanz hatte zur Anhäufung von Reserven geführt, da die westdeutschen Finanzinstitute nicht an Kredite für das Ausland gewöhnt waren. Gewöhnlich haben die Geldbehörden nichts gegen eine Anhäufung von Reserven, obwohl sie ihnen nichts nützt und für den Rest der Welt eine Plage darstellt. Die Entscheidung zur Aufwertung wurde vermutlich unter Druck von außen getroffen. Eine echt freiwillige Aufwertung wurde von den Niederlanden vorgenommen, deren Wechselkurs sich parallel zur Mark bewegte. Die Niederlande hatten bereits einen so großen Exportüberschuß, wie sie nur verwenden konnten; ein plötzlicher Auftrieb für die Exporte auf ihrem Hauptmarkt und Preisseiterungen bei einem erheblichen Teil ihrer Importe hätten eine unerwünschte Inflation erzeugt. Das stellt einen seltenen Fall dar.

III Internationale Finanzen

gewohnheitsmäßige Regelungen rundherum abgesichert, so daß sie gerade in diese Lage nicht mehr kommen können. Das internationale Kreditsystem jedoch befindet sich in einem primitiven Entwicklungsstadium.

Internationale Reserven

Die Probleme des Handels und der Kapitalbewegungen von Land zu Land kommen von Zeit zu Zeit in der Gestalt einer Finanzkrise zum Vorschein.

Sogar in der Glanzzeit des Laissez-faire wurde zugegeben, daß sich die Regierung mit Recht um die nationale Währung kümmerte; da sich die Behörden um die Währung kümmerten, mußten sie sich um die Zahlungsbilanz kümmern.

Vom Sinn des Geldes

Geld ist alles, was als Zahlungsmittel angenommen wird. Innerhalb eines Landes kann ein Ding wie etwa Scharscheine zum gesetzlichen Zahlungsmittel gemacht werden, aber es gibt keine Möglichkeit, durch bloßes Dekretieren die Annahme des eigenen Zahlungsmittels in einem anderen Land zu erreichen.

Das offizielle Zahlungsmittel wird innerhalb jedes Landes durch den Kredit ergänzt. Ein Anspruch gegenüber einer angesesehenen Institution wie etwa einer Bank wird von einem Dritten angenommen. Daraus entwickelt sich die angenehme Übung, Guthaben bei einer Bank zu halten und mittels Scheck zu bezahlen. Die Bank muß über eine Reserve an gesetzlichen Zahlungsmitteln (zum Teil in Form von Guthaben bei der Zentralbank) verfügen, um Tag für Tag einen etwaigen Überschuß der Auszahlungen über die Einzahlungen abfangen zu können. Um den guten Ruf zu erhalten, muß der Reservesatz reichlich bemessen sein. Wenn sich der Verdacht herumspricht, eine Bank sei möglicherweise nicht in der Lage, alle Forderungen zu erfüllen, gibt es einen *Run*, bei dem jeder sein Guthaben rascher als die anderen in Geld umzusetzen hofft.

Heute sind in jedem Land die Banken durch gesetzliche und

Bei jedem beliebigen Land hebt sich der Großteil der ein- und ausströmenden Zahlungen im Weltmaßstab auf, und es bleibt lediglich im täglichen Ablauf ein kleiner Überschuß auf der einen oder anderen Seite. Es ist eine große Hilfe für alle Beteiligten, wenn die Währungen in jeder Richtung umgewechselt werden können, so daß ein Überschuß bei der einen dem Defizit bei einer anderen aufgerechnet werden kann. Dann ist noch ein international anerkanntes Tauschmittel erforderlich, um die Spanne zwischen den ein- und ausströmenden Zahlungen eines Landes gegenüber dem Rest der Welt zu begleichen. Die Verpflichtung, die Konvertibilität der eigenen Währung zu erhalten, trifft die Zentralbank jedes Landes (in den USA das Federal Reserve Board). Ganz ähnlich wie eine Privatbank eine Reserve an nationaler Währung halten muß, ist auch die Zentralbank gezwungen, über eine Reserve an internationaler Währung zu verfügen.

Infolge einer langen historischen Tradition ist Gold das internationale anerkannte Zahlungsmittel geworden. Es strahlt ein geheimnisvolles Fluidum aus, das es zum Symbol und der Verkörperung von Wert macht, aber wie die Dinge heute stehen, hängt der Wert des Goldes, das heißt seine Kaufkraft gegenüber allem anderen, vom Preis ab, den die Zentralbanken dafür in eigener Währung zu zahlen bereit sind, und von der Kaufkraft dieser Währung.

Seit 1933 hat sich der in Dollar ausgedrückte Goldpreis nicht verändert, während alles andere im Preis gestiegen ist. Der Wert des Goldes, ausgedrückt in allen anderen Dingen, ist folglich gesunken. Dazu kommt, daß der Realwert des gehandelten Güterstroms und der Kapitalbewegungen gestiegen ist und die Zahl der beteiligten Länder gleichfalls zugenumommen hat¹. Genau

¹ Von 1953 bis 1963 stieg das Gesamtvolumen der Importe um 7,1 Prozent pro Jahr, während der Bestand monetärer Goldreserven um 1 Prozent jährlich wuchs. (Siehe R. F. Harrod, *Reforming the World's Money*, S. 77.)

aus diesem Grund hat sich ein System entwickelt, das Gold durch Forderungen auf eine anerkannte Währung zu ergänzen². Der Dollar wird anerkannt wegen der vorherrschenden Stellung der Vereinigten Staaten in der heutigen kapitalistischen Welt, und das Pfund Sterling wird anerkannt als Nachwirkung der herrschenden Rolle, die es einst spielte, und wegen des hohen Entwicklungstandes des Geldwesens, der schon damals in London erreicht wurde. Solange man der Konvertierbarkeit vertraut und auch keinen politischen Mißbrauch befürchtet, ist ein Überschuß in einer angesehenen Währung dem Gold überlegen, weil er Zinsen einbringen und mit weit geringeren Kosten, wenn es notwendig ist, weitergegeben werden kann. Nicht nur Zentralbanken, sondern alle Arten finanzieller Institutionen finden es für günstig, über Bestände der einen oder anderen dieser Leitzwährungen zu verfügen.

Der Kampf um Reserven

Dieses System befriedigt keineswegs. Gegenwärtig leiden beide Leitzwährungen – allerdings aus unterschiedlichen Gründen – an tendenziellen Defiziten und verlieren Reserven. Die traditionelle Reaktion der Geldbehörde auf einen Reservenverlust ist eine Erhöhung des Zinsses, um die Währung attraktiver zu machen. Soweit es nun ratsächlich gelingt, mehr Anlagen durch ausländische Financiers anzulocken, die jetzt ihr Geld lieber in diesem Land anlegen, wird das Defizit beim Handel und beim langfristigen Verleihen durch kurzfristiges Entleihen kompensiert. Das bremsst den Abfluß der Reserven. Damit ist die Sache aber nicht zu Ende. Das Land hat seine Probleme zum Großteil dadurch gelöst, daß es die Financiers von anderen Währungen weglöste, die dadurch geschwächt wurden. Die Behörden der betreffenden Länder müssen nun ihrerseits den Zins erhöhen, um ihre Reserven zu verteidigen. Das Steigen des Zinsses und die dazu erforderlichen Krediteinschränkungen sind in jedem Land ein

Hemmschuh für die Investitionstätigkeit. Zum Glück hat uns das System bis heute noch nicht in eine weltweite Depression schleudern können, aber es schiebt uns in diese Richtung hin.

Vor 1914

Dieser deflationäre Drall im internationalen monetären System machte sich in unserem Lande zur Zeit, wo der Goldstandard von London aus gesenkt wurde, wegen der großen Stärke des Pfund Sterling nicht bemerkbar. Wenn in einem weltweiten Aufschwung mit hohen Investitionen das Verleihen über den Überschuß der Einkommensbilanz hinausging, genügte schon eine kleine Erhöhung der Bankrate, um zu bremsen. Die Abbremsung der Inflation spürten die Entliehenden, nicht wir. Wo die Investitionen niedrig waren, nahm das Verleihen (mangels Entleihen) rascher ab, als der Exportüberschuß (mangels Käufer) verringert wurde, so daß das Pfund Sterling stark war. Die Arbeitslosigkeit zu Hause als Folge der gesunkenen Exporte mußte nicht noch durch Krediteinschränkungen verschärft werden.

1925–1931

Als der Goldstandard im Jahre 1925 wieder eingeführt wurde, war das Pfund Sterling schwach, teilweise wegen der Reduzierung des Überschusses der Einkommensbilanz im Gefolge des Krieges von 1914–1918, und teilweise deshalb, weil unter dem Einfluß eines sentimentalnen Prestigedenkens ein Wechselkurs gegenüber dem Dollar angenommen wurde, der im Verhältnis zu den Kosten zu hoch war³. Damals landeten wir bei der Norwegigkeit einer Kreditrestriktion, als es ohnehin schon Arbeitslosigkeit gab. Aus dieser selbstquälterischen Lage rettete uns 1931 eine Vertrauenskrise hinsichtlich des Pfundes, die uns aller Reserven beraubte und die Abwertung erzwang. In der Zwischenzeit war die kapitalistische Welt in die große Krise geraten; die Arbeitslosigkeit wuchs weiter, aber die Abwertung dürfte sich hier doch etwas bremsend ausgewirkt haben⁴. Im Jahre 1933 wertete dann

² Im gleichen Zeitraum wuchsen die Gesamtreserven um 2,7 Prozent pro Jahr, hauptsächlich in der Gestalt von Dollarguthaben. Vor 1940 wiesen die Gesamtreserven etwa die Höhe der Importe eines Jahres auf (a. O.). Im Jahre 1964 betrugen die gesamten Reserven des nichtsozialistischen Sektors 68 970 Mill. Dollar, wovon 40 860 Mill. Dollar in Gold bestanden. (UN World Economic Survey 1965, Teil II, S. 49).

³ Siehe J. M. Keynes, *The Economic Consequences of Mr. Churchill* (1925), wie er abgedruckt in *Essays in Persuasion*.

⁴ Siehe oben, Fußnote 10.

Roosevelt den Dollar durch Erhöhung des Goldpreises ab, allerdings nicht wegen unzureichender Reserven, sondern weil er sich davon eine Erleichterung im Inland erhoffte.

Eine Vertrauenskrise

Nach den Erfahrungen der dreißiger Jahre kann das volle Vertrauen in den Tauschwert irgendeiner Währung nicht wieder hergestellt werden. Besteht Grund zur Erwartung, eine Währung werde abgewertet, gibt es eine *Flucht* ganz analog dem Run auf die Bank, deren Konteninhaber das Schließen der Schalter fürchten, und jeder versucht, sein Geld noch vor der Abwertung aus der schwachen Währung herauszu ziehen und in einer starken anzulegen. Die Schwäche des Pfund Sterling infolge der anhaltend defizitären Neigung der Einkommensbilanz macht ihn im Verein mit seiner Stellung als Leitwährung mit großen, sich sprunghaft ändernden Beständen chronisch verletzbar.

Es kann auch aus politischen Gründen zu einer Flucht kommen. Eine »Öffnung nach links« in einem bestimmten Land stößt auf die Ablehnung der Financiers im In- und Ausland, die sich in der Bevorzugung anderer Währungen äußert. Die Lage einer Labour-Regierung, die den Wert des Pfund Sterling erhalten will, ist besonders verzwickt, denn sie muß ihre Anhänger davon überzeugen, radikaler als die Konservativen zu sein, während sie den internationalen Financiers das genaue Gegenteil einreden muß. Eine Finanzkrise entsteht aus dem realen Problem der Handelsbilanz, aber es kommt noch etwas hinzu. Sie führt sozusagen auch ein Eigenleben. Man konnte vielleicht noch 1964 argumentieren, eine Pfundabwertung werde für sich allein keinen hinreichenden Exportüberschuss erzeugen, und wenn man die weiteren notwendigen Maßnahmen ergreife, sei die Abwertung überflüssig. Unter diesem Gesichtswinkel war die Politik der »Pfundrettung« gerechtfertigt, soweit es sich um das reale Problem handelt (obwohl die Entscheidung zweifellos aus politischen Gründen gefällt wurde). Aber selbst wenn wir von der Richtigkeit dieser Auffassung ausgehen, ist es doch offensichtlich, daß die repressiven Maßnahmen zur Durchführung dieser Politik im An- gesicht einer Vertrauenskrise unsere Probleme noch schwerer zu lösen machen.

Internationale Liquidität

Eine Möglichkeit, den Vorrat an internationalem Geld zu vergrößern, besteht in der Erhöhung des Goldpreises. Das könnte von einem Tag auf den anderen geschehen, indem das Federal Reserve Board den Dollarpreis hinaufsetzt, den es für Gold bezahlt. Andere Währungen würden nachfolgen. (Manche könnten sogar die Gelegenheit dazu benutzen, ihren Preis ein bißchen stärker zu erhöhen, damit gegenüber dem Dollar abzuwerten und einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den Vereinigten Staaten zu erzielen.)

Diese Linie ist überzeugend vertreten worden⁵, hat aber schwerwiegende Nachteile. Der Vorteil des Ansteigens der Reserven wäre unter die Zentralbanken völlig willkürlich verteilt. Die beiden hauptsächlichen Goldproduzenten, Südafrika und die UdSSR, die in der kapitalistischen Welt ohnehin nicht gerade beliebt sind, würden aus der willkürlichen Erhöhung der Kaufkraft ihrer Exporte Nutzen ziehen. Vor allem würde das Prestige des Goldes so stark steigen und jenes der Leitwährungen so vollständig zerstört werden, daß auf lange Sicht der verfügbare Bestand an akzeptiertem internationalem Geld eher verringert als vergrößert werden würde.

Ein rationelleres Mittel wurde von Keynes in der Diskussion um den Wiederaufbau der Weltwirtschaft in der Nachkriegszeit vorgeschlagen⁶. Er schlug die Errichtung dessen vor, was in Wirklichkeit eine Super-Zentralbank war, die Einlagen der nationalen Zentralbanken in vereinbarter Höhe entgegennehmen sollte, welche in Gestalt einer Super-Reservewährung – für die er den Namen Bancor vorschlug – abgehoben werden konnten. Natürlich müßte Bancor rundherum abgesichert werden, um seine Annahme zu gewährleisten. War einmal die Annahme als internationales Geld erreicht, dann würde es synthetisches Gold darstellen, das zunächst gemäß irgendeinem annehmbaren Grundsatz in vereinbarten Mengen ausgegeben wurde und das gemäß den Erfordernissen der Welt-Finanzgemeinschaft vermehrt werden konnte. Der Gedanke wurde unter amerikanischem Einfluß zugunsten des International Monetary Fund aufgegeben, der den

⁵ Siehe R. F. Harrod, a. a. O., Kapitel III.

⁶ Der Vorschlag von Keynes ist entwickelt in *Proposals for an International Clearing Union* (1943), Cmd 6437.

nationalen Regierungen lediglich das Recht auf Kredite zu etwas lästigen Bedingungen einräumt. Die gegenwärtige, höchst unbefriedigende Lage hat zu einem Meinungsumschwung in Richtung irgendeiner Art von Bancor geführt⁷, obwohl es für souveräne Staaten immer sehr schwierig ist, sich auf ein vernünftiges Schema zu einigen.

Das Pfund Sterling

Die speziellen Schwierigkeiten mit dem Pfund Sterling gehen etwas über das Problem der internationalen Liquidität hinaus. Eine Situation, in der aus historischen Gründen eine große Menge kurzfristiger Verpflichtungen auf eine Währung lautet, die auf fallend und offensichtlich dem Risiko einer Abwertung ausgesetzt ist, führt zwangsläufig von Zeit zu Zeit zu einer Flucht oder der Gefahr einer Flucht. Um das Pfund als Schlüsselwährung zu erhalten, hätten die internationalen Finanzbehörden Reserven bereitstellen müssen, die den Einlegern hinreichend groß erscheinen, um das Vertrauen aufrechtzuhalten. Die für den Ausgleich der Handelsbilanz erforderlichen Maßnahmen hätten dann ohne die zusätzliche Störung durch eine Finanzkrise unternommen werden können. Aber derlei Dinge tun eben internationale Finanzbehörden nicht (zum Teil deshalb, weil sie meinen, daß diese erforderlichen Maßnahmen ohne den finanziellen Druck niemals unternommen werden). Sie flicken an der Lage mit Anleihen herum, nachdem sich die Vertrauenskrise entwickelt hat; die Verpflichtung zur Rückzahlung stellt eine zusätzliche Belastung der künftigen Zahlungsbilanz dar, und damit ist die neue Lage ärger als die alte.

Kapitalbewegungen

Der Fall des Pfund Sterling im Jahre 1964 ist lediglich eine besonders dramatische Illustration der Tatsache, daß es in dem derzeit in Kraft befindlichen System internationaler Finan-

⁷ In dieser Richtung wird – verbunden mit dem Problem der Entwicklung – argumentiert in *International Monetary Issues and the Developing Countries* (1965), einem Bericht des von der UN-Konferenz über Handel und Entwicklung ernannten Komitees.

beziehungen keine allgemein akzeptierten Regeln für die Regulierung des Wechselkurses zwischen nationalen Währungen gibt.

Der Goldstandard

Der Goldstandard, der 1914 platzierte, hatte sich in einem historischen Prozeß entwickelt, ohne daß man die Absicht hatte, ihn so wirken zu lassen, wie er es tatsächlich tat. Die monetäre Behörde jedes größeren Finanzzentrums unternahm es, Gold zu einem fixen Preis in eigener Währung zu kaufen und zu verkaufen. Die gewählten Goldpreise fixierten innerhalb sehr enger Grenzen den Wechselkurs. Die Konvertibilität in Gold war die Bundeslade; die Erhaltung des Wechselkurses war das überragende Ziel aller Wirtschaftspolitik.

Die unter dem Goldstandard eingeführten Spielregeln garantierten, daß kein Land letztlich an den Rest der Welt mehr als seinen Überschuß aus der Einkommensbilanz verleihen konnte. Andernfalls überstieg nämlich das Angebot an dieser Währung auf den Wechselplätzen die Nachfrage, der Wechselkurs sank unter die Goldparität, und der Goldexport wurde rentabel. Das nachfolgende Abströmen der Goldreserven mußte zum Stillstand gebracht werden. Aus dem gleichen Grund konnte sich kein Land ein größeres Defizit in der Einkommensbilanz leisten als den Zustrom von Kapital, den es anzulocken vermochte.

Anders betrachtet konnte ein Land weniger verleihen, als seinem Überschuß der Einkommensbilanz entsprach, und damit Gold der anderen an sich ziehen, aber das war ein Verstoß gegen die Spielregeln. Der gebotene Weg war eine Senkung des Zinses mit dem Ziel, sowohl den Abstrom von Kapital zu vergrößern als auch die heimische Nachfrage zu steigern, um damit den Überschuß zu beseitigen.

England als Gläubiger

Die alte Regel des Goldstandards, daß kein Land einen größeren Kapitalabstrom als seinen Überschuß in der Einkommensbilanz verzeichnen kann, gilt nicht mehr. Großbritannien tätigt noch immer überseitische Investitionen trotz eines Defizits in der Einkommensbilanz. Das trägt zur Schwäche des Pfundes bei und

muß durch kurzfristige Anleihen kompensiert werden. Der Nettoerwerb ausländischer Vermögenswerte außerhalb des Sterlingblocks⁸ durch britische Staatsbürger ist nicht gestattet. Das langfristige Verleihen erfolgt hauptsächlich in der Form direkter Investitionen in überseeschen Unternehmen und unverteilter Gewinne, die dort erzielt wurden.

Unter dem Gesichtswinkel der britischen Zahlungsbilanz wird dies mit dem Hinweis auf künftige Vorteile – sowohl in der Form von Gewinnrücksendungen als auch in der Form von Aufträgen für Lieferanten von Ausrüstungen und so weiter, die sonst an konkurrenzende Exporteure vergeben würden – verteidigt, so daß die sich abzeichnende Erleichterung in der Zukunft die zusätzliche Anstrengung in der Gegenwart rechtfertigt⁹. Die Beweiskraft dieser Überlegung hängt davon ab, welche anderen Maßnahmen zur Auffrisierung der Zahlungsbilanz verfügbar sind. Die Hilfe für Entwicklungsländer (ein paar dürfelige Tropfen im Vergleich zu dem Lärm, der darum gemacht wird) ist in der Hauptsache gebunden und muß für britische Waren ausgegeben werden. Soweit davon Exporte betroffen sind, die sonst nicht möglich wären, stellt sie keine Belastung der Zahlungsbilanz dar.

Die USA als Gläubiger

Der Kapitalabstrom aus den USA erfolgt zum Teil in der Form von Ankäufen von Werten, die bereits vorhandenes Kapital repräsentieren. Vermögensbesitzer in den USA finden zufällig

⁸ Der Sterling-Block im modernen Sinn besteht aus Ländern, deren Geldreserven in London gehalten werden. Er entspricht grob gesprochen dem Commonwealth und Ex-Commonwealth plus Kuwait und der Republik Irland minus Kanada. Der größere Teil der britischen überseischen Investitionen liegt, abgesehen von jenen der Oligesellschaften, in Gebieten des Commonwealth und Ex-Commonwealth, die bereits weit entwickelt sind und einen profitablen Markt darstellen.

⁹ Es wird manchmal vorgebracht, Anleihen an das Ausland seien unerwünscht, weil man die Investition besser daheim vornehmen solle. Das ist ein Trugschluß. Die heimischen Investitionen werden nicht durch Mangel an finanziellen Mitteln begrenzt (und selbst wenn dies der Fall wäre, könnten finanzielle Heilmittel gefunden werden). Sie werden durch den Mangel an Arbeitskräften und anderen Ressourcen begrenzt oder, um es anders auszudrücken, von der Notwendigkeit, zusätzlichen Inflationsdruck in einer Wirtschaft der Nahezu-Vollbeschäftigung zu vermeiden. Um Platz für heimische Investitionen zu schaffen, sollten wir den überflüssigen Konsum einschränken und nicht dem Export Hindernisse in den Weg legen.

irgendwelche ausländische Wertpapiere attraktiv. Die Zahlung von Zinsen oder Dividenden für diese Wertpapiere ist dann eine künftige Last für die Zahlungsbilanz jenes Landes, das sie verkauft hat, und erfordert einen entsprechenden Überschuß in seiner Handelsbilanz.

Daneben finanziert der Abstrom von Privatkapital aus den USA Investitionen, meist in Gestalt von Tochtergesellschaften der großen amerikanischen Unternehmen. Das entspricht nicht mehr jener kolonialen Investition, bei der Ressourcen entwickelt wurden, die einen Strom von Exporten als Gegengewicht zu den an die amerikanischen Aktionäre auszuzahlenden Gewinnen entstehen ließen. Heute wird der Markt eines entwickelten Landes ausgenutzt¹⁰. Tatsächlich nähren derartige Tochtergesellschaften eher die Importe als die Exporte, da sie eine Nachfrage nach Ersatzteilen und ähnlichem von den Muttergesellschaften entwickeln und zu Geldrücksendungen des ausländischen Personals führen. Wenn Marx mit seiner Behauptung recht hätte, das Kapital suchte Arbeitskräfte zur Ausbeutung, würden sich die übervölkerten Länder Asiens, Afrikas und Südamerikas rasch entwickeln. Heute sucht das Kapital einen Markt für seine Produkte und statrtet sich mit Robotern als Ersatz für Arbeitskräfte aus. Die örtlichen Kapitalisten, die damit konkurrieren müssen, lehnen das System, welches dies gestattet, ebenso ab wie die Regierungen, die um ihre Unabhängigkeit bangen.

Ein Land wie Frankreich, das kein Defizit in der Einkommensbilanz aufweist und dennoch ausländisches Kapital auf die obige Weise erhält, gleicht das damit praktizierte langfristige Entleihen durch kurzfristiges Verleihen aus, das heißt durch Erwerb von Dollarguthaben. General de Gaulle, der dies für einen Schwindel hält, verlangt Zahlung in Gold. Das ist ein Faktor in der

¹⁰ Amerika beginnt in den Augen vieler US-Geschäftslute den Ruf als »Land der unbegrenzten Möglichkeiten« zu verlieren. Diese Geschäftsleute sind zunehmend der Auffassung, die auswärtigen Märkte – nicht jener in unserem Land – böten die größten Möglichkeiten für ein künftiges Wachstum. Es macht sich das Gefühl breit, der amerikanische Markt sei zwar groß, aber verhältnismäßig »saturiert«.

»Gerade in Übersee erblicken die Geschäftsleute den großen unerschlossenen Markt, auf dem Hunderte Millionen von Käufern – mit ständig wachsender Kaufkraft – auf alle Arten von Gütern und Dienstleistungen warten. Auf der Jagd nach diesem Markt errichten und erweitern die US-Unternehmen Betriebe in aller Welt. Seit 1958 haben allein in Westeuropa mehr als 2100 amerikanische Gesellschaften neue Unternehmen gegründet.« (*US News and World Report*, 1. Juni 1964. Zitiert bei Baran und Sweezy, *Monopoly Capital*, S. 198).

Schwäche des Dollars. Um den Dollar zu verteidigen, ist eine Erhöhung des Zinses erzwungen, und damit bekommt das Pfund auch noch einen Seitenhieb ab.

Wechselkurse

Die zweite Regel des Goldstandard-Spiels bestand darin, daß jedes Land, in dem die Kosten relativ zu den anderen Ländern stiegen oder das aus irgendeinem Grund im internationalen Wettbewerb an Boden verlor, hinreichend Arbeitslosigkeit erdulden mußte, um die Kosten zu senken. Die Konvertibilität war sakrosankt; alles andere mußte dem weichen. Gerade diese Spielregel erwies sich in der großen Depression als unhaltbar, und das führte dazu, daß der in den zwanziger Jahren zum Teil wieder eingeführte Goldstandard in den dreißiger Jahren zusammenbrach.

Das verstellbare Nirvana

Der Schaffung des International Monetary Funds lag der Gedanke zugrunde, die Währungen zu jenen Kursen zu halten (innerhalb gewisser Grenzen), die zur Zeit seiner Gründung gegeben waren, und daß die Erlaubnis zu einer Änderung des Wechselkurses vom »Fund« nur im Falle eines »grundlegenden Ungleichgewichtes« gegeben werden sollte. Dieser Gedanke ist überaus unscharf. Es wurde nicht der geringste Versuch unternommen, die Entscheidungskriterien zu definieren. Jedenfalls ließ man das System nur zu bald auf den unsreiten Gewässern des Nachkriegs-Wiederaufbaus treiben, und ein Vertrauen in die Autorität des IMF stellte sich nie ein. Jetzt sind die Wechselkurse das Lieblingsobjekt der nationalen und internationalen politischen Ambitionen, mit den sichtbar traurigsten Ergebnissen.

Schwebende Kurse

In Abwesenheit irgendwelcher akzeptabler Grundsätze zur Festlegung der Wechselkurse hat eine Denkrichtung behauptet, man solle die Kurse frei auf dem Markt bestimmen lassen.

Drückt man dies in Begriffen der Handelsbilanz aus, dann wirkt die Überlegung sehr anziehend. Jedes Land möge die Vollbeschäftigung erhalten. Wenn es dann nicht genügend exportiert, um die von ihm angezogenen Importe zu bezahlen, soll eben der Wechselkurs sinken, womit Exporte gefördert und Importe gedrosselt werden (sofern natürlich nicht der Vorteil über ein rasches Ansteigen der Geldlöhne aufgesaugt wird), bis sich wieder ein Gleichgewicht einstellt.

Wäre der Markt wirklich frei, dann würden sich zugegebenermaßen heftige und unnütze Störungen ergeben. Um dies zu verhindern, müßten die Zentralbanken Tag für Tag die Stabilität des Tauschkurses wahren und zeitweise Reserven gewinnen oder verlieren, während sie Veränderungen gemäß der Wertbewerbslage des betreffenden Landes im internationalen Handel zulassen. Das bedeutet in Wirklichkeit nicht, daß die Wechselkurse durch den Markt geregelt werden, sondern durch den gesunden Verstand und die wechselseitige Hilfsbereitschaft in den Zentralbanken, die jene Struktur der Wechselkurse finden läßt, welche die Bilanz aller Länder ins rechte Lot bringt.

All das wäre noch in Ordnung, wenn die Zahlungen für importierte und exportierte Güter und Dienstleistungen die einzigen Transaktionen wären, welche das Angebot an und die Nachfrage nach ausländischer Währung erzeugen. Aber selbst wenn man spekulative Bewegungen irgendwie neutralisierten könnte, blieben immer noch die langfristigen Kapitalbewegungen. In den letzten Jahren war der Dollar schwach, weil der Kapitalabstrom einen enormen Überschuß in der Einkommensbilanz noch übersieg. Im System des freien Marktes würde dies zu einer Abwertung des Dollars führen mit der weiteren Folge, den Überschuß zu vergrößern. Andere Länder würden angesichts eines wachsenden Handelsdefizits ihrerseits zu einer Abwertung gezwungen sein. Das einzige Ergebnis wäre ein allgemeiner Wertlauf um den niedrigsten Kurs. Wenn es keine richtige Struktur der Wechselkurse gibt, mit der alle zufrieden sind, dann können sie die Zentralbanken auch nicht herausfinden.

Der Konflikt nationaler Interessen mit internationalem Laissez-faire erzeugt ein System der Wechselkurse, das nicht auf der Grundlage philosophischer Prinzipien verteidigt werden kann. Wir müssen es trotzdem aushalten.

IV Beschäftigung und Wachstum

eine wahre Schande? Es gibt einige Versuche, Pläne für die Um- schulung von Arbeitern auf gefragte Berufe zu entwickeln, Pläne zur Dämpfung des Schocks beim Abbau von Arbeitskräften, Pläne zur Abstimmung der räumlichen industriellen Entwicklung auf die Versorgung mit Wohnraum, Pläne zur Koordinierung der Lohnarbeit verheirateter Frauen mit ihrer Arbeit als Hausfrau. Alles blieb in den Anfängen stecken. Noch sehr viel muß gerade im Detail getan werden. Im großen und ganzen jedoch ist der von allen Regierungen übernommenen Verpflichtung, einen »hohen und stabilen Grad von Beschäftigung« zu erhalten, ziemlich weitgehend nachgekommen worden.

Die Zukunft ist keineswegs gesichert. Wir haben bis jetzt noch keinen Hinweis dafür, wie der Rest der Welt eine ernsthafte Krise in den USA überstehen würde; wir können nicht voraus sagen, wie die Handelsnationen im allgemeinen und unser Land im besonderen sich aus dem internationalen Finanzsystem herauswählen werden, in das sie sich selbst hineingewählt haben. Es besteht jedoch guter Grund zur Hoffnung, daß man so etwas Blödes wie die Große Krise nicht mehr zuläßt.

Trotz des lästigen Preisanstiegs weist eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften viele kleinere Vorteile auf, ganz abgesehen vom wesentlichen Punkt – dem Vermeiden von Verschwendungen und Elend. Die Leitung von Unternehmen ist immer humaner geworden. Saisonale und gelegentliche Arbeiten sind auf einen selbstregulierenden Stand gebracht worden, so daß sie regelmäßige Beschäftigung bieten. Dreckige, unzumutbare Tätigkeiten sind rein und repurifiziert worden. Die Unternehmen, die einen profitablen Markt erkennen, aber keine Arbeitskräfte bekommen, haben allen Grund zur Mechanisierung der Produktion, und die traditionelle Angst der Arbeiter, daß ihnen die Maschinen das Brot vom Mund wegziehen, ist weitgehend geringer, wenn nicht sogar überwunden.

All das bedeutet nur Gutes. Dennoch hat das Bestreben, die Vollbeschäftigung als ein Ziel für sich anzuvizieren, die britische Wirtschaft in die gegenwärtigen Schwierigkeiten laviert.

Was auch immer das teilweise Laissez-faire an Schwierigkeiten und Wirrnissen produzierten mag, es ist dem vollkommenen Laissez-faire weitaus vorzuziehen. Im Jahre 1918 blickten wir sehnlichst auf eine Vorkriegswelt der Prosperität und des Fortschritts zurück. Im Jahre 1945 sahen wir auf den übelreichenden Sumpf permanenter Arbeitslosigkeit zurück. Die kriegsbedingte Erfahrung der Über-Vollbeschäftigung hatte die Leute gelehrt, daß der Zusammenbruch des Systems in der Vorkriegszeit nicht unausweichlich war, und Keynes hatte die Diagnose über die Ursachen geliefert. Was die Demokratie in der Nachkriegszeit am dringendsten verlangte, war ein Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit, und diesem Verlangen sind die Regierungen ziemlich gut nachgekommen¹.

Naheru-Vollbeschäftigung

Wir sollten keineswegs selbstzufrieden sein. Die beständige Arbeitslosigkeit in Schottland und noch ärger in Nordirland ist

¹ Von 1921 bis 1938 sank die statistisch erfaßte Arbeitslosigkeit nie auf 9 Prozent der Arbeitskräfte und erreichte im ärgsten Jahr der Depression 22 Prozent. In manchen Industrien lag die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in jenen Jahren über 40 Prozent. Beveridge behandelte die Geschichte dieser Erfahrung in seinem Werk *Full Employment in a Free Society* (S. 47-69). Er befürwortete eine neue Politik und hielt es für optimistisch, die Arbeitslosigkeit im langfristigen Durchschnitt – gute wie schlechte Jahre – mit 3 Prozent anzusetzen. Tatsächlich hat (abgesehen von der Brennstoffkrise 1947) seit dem Krieg die Arbeitslosigkeit nie 3 Prozent erreicht, und in den letzten fünfzehn Jahren (bis zur Krise von 1966) lag sie nur in sieben Jahren über 2 Prozent. (*Ministry of Labour Gazette*.)

* Während die statistische Maßzahl der Arbeitslosigkeit für ganz Großbritannien meist unter 2 Prozent lag, sank sie in Schottland kaum unter 3 Prozent. In Nordirland lag sie manchmal über 10 Prozent und ist erst seit 1964 unter 7 Prozent gesunken. (*Ministry of Labour Gazette*.)

Die Orthodoxie der Nachkriegszeit beruhte auf einer vereinfachten Version von Keynes' Allgemeiner Theorie. In einer Markt-wirtschaft hängt die Zahl der offenen Arbeitsplätze von den gesamten geldmäßigen Ausgaben oder der *effektiven Nachfrage* ab. Nachfrage entsteht durch Konsumausgaben, durch Investitionsaufwand für die Schaffung von Kapitalausrüstung, Gebäude, Materialien und Warenlager, durch Staatsausgaben und durch Produktion von Exportgütern. Der Konsumaufwand hängt vom Einkommen abzüglich der Steuern ab; Ausgaben für Importe absorbieren Aufwand, ohne daheim Nachfrage zu schaffen. Gemäß der Orthodoxie der Nachkriegszeit muß der Staat bei gegebenem Überschuss oder Defizit der Handelsbilanz und gegebenen Investitionen, die von Unternehmen in gewinnbringender Absicht vorgenommen werden sollen, das Gesamt niveau der effektiven Nachfrage über das Budget regulieren. Mangelnde effektive Nachfrage, die zu Arbeitslosigkeit und ungenügender Auslastung der Produktionskapazität führt, weist auf das Erfordernis erhöhter Staatsausgaben oder einer Steuersenkung (die vermehrten Konsum erlaubt) hin. Zur Unterstützung der Budgetpolitik kann die Handelsbilanz durch Handelspolitik und das Investitionsvolume durch Kreditpolitik beeinflußt werden.

Es war diesem Standpunkt ganz fremd, daß ein Exportüberschuß, Investitionen zur Modernisierung, Staatsausgaben für verschiedene Zwecke und Konsum seitens der Bevölkerung alle eine wünschenswerte Verwendung der nationalen Ressourcen darstellen oder zu untersuchen, wie die Aufteilung auf diese Kategorien sein sollte. Lediglich die Globalsumme wurde als gegebenes Objekt der Wirtschaftspolitik betrachtet³.

³ Beveridge's *Full Employment in a Free Society* liefert ein Beispiel für das Denken jener Zeit, das für damalige Begriffe eher fortschrittlich war. Er legt drei Regeln für die öffentlichen Finanzen nieder:
»Die erste Regel lautet, daß die Gesamt ausgaben jederzeit für eine Vollbeschäftigung ausreichen müssen. Dies ist ein kategorischer Imperativ, der allen anderen Regeln vorangeht und sie aufhebt, wenn sie damit in Konflikt geraten. Die zweite Regel lautet, daß unter Berücksichtigung dieses aufzuherrschenden Imperativs die Ausgaben nach sozialen Prioritäten ausgerichtet sein sollen. Die dritte Regel lautet, daß es unter Berücksichtigung der ersten und zweiten Regel besser ist, die Mittel für die Ausgaben über Steuern, als über Kredite aufzutreiben.« (S. 147)
Die dritte Regel bedeutet, daß staatliche Investitionen nicht zwangsläufig Rentier-Vermögen schaffen. Soweit sie aus der Besteuerung finanziert wer-

Seit dem Krieg ist die Vollbeschäftigungspolitik mehr oder weniger gemäß dieser Grundlinie durchgeführt worden, mit Steuersenkungen bei offensichtlich abflauender Nachfrage und Kreditrestriktionen bei zu rasch steigender Nachfrage. Das Ziel der Politik war, das Gesamt niveau der Beschäftigung zu halten, ohne sich darum zu kümmern, warum man die Leute beschäftigen sollte.

Arbeiten wo für?

Wird einmal der Gedanke der Vollbeschäftigungspolitik akzeptiert, dann stellt die Vollbeschäftigung kein rationales Ziel mehr dar. Rational wäre es, nach der besten Verwendung der wirtschaftlichen Ressourcen zu suchen, einen konsistenten Plan auszuarbeiten und alles in passender Richtung zu lenken. Das erfordert keineswegs die Zwangsvorpflichtung von Arbeitskräften.

Sogar während des Krieges war im Zivilsektor die freie Wahl des Arbeitsplatzes kaum eingeschränkt. Die Lenkung wirkte über die Arbeitsplätze, welche die Arbeitgeber anzubieten hatten.

Das Regime einer Nahezu-Vollbeschäftigung ohne geplante Verwendung der Ressourcen bildete sich in einem Prozeß demokratischen Wettbewerbs heraus. Die Labour Party warf den Konservativen Unfähigkeit vor, Arbeitslosigkeit zu verhindern. Die Konservativen wiesen Labour die Neigung zu Härte und Diktatorismus vor. Eine Labour-Regierung veranstaltete ein Feuerwerk an Kontrollmaßnahmen. Die Konservativen stießen die Befürworter gesunder Finanzen aus ihren Reihen. Die Wahl dessen,

den, werden die entsprechenden Ersparnisse von der Wirtschaft als Ganzes vorgenommen, und das geschaffene Vermögen gehört der Gesamtheit. Ein beständiger Einfluß auf die Nachfrage erfordert größere Ausgaben, wenn die Deckung über Steuern erfolgt, welche zum Teil Einkommen treffen, die gespart werden würden. Aus der Regel folgt, daß in dem Fall, wo nicht genügend Einnahmen zur Deckung der für die Vollbeschäftigung erforderlichen Ausgaben erzielt werden können, sogar laufende Aufwendungen über ein Defizit finanziert, anstatt unterlassen werden sollten.

Die zweite Regel bezieht sich auf den Aufwand, der zur Beschäftigungspolitik beiträgt. Es ist besser, etwas Nutzliches zu tun, als Löcher zu graben und sie wieder zu füllen, aber es ist besser, Löcher zu graben, als gar nichts zu tun. (Der Gedanke, daß die Löcher eine Gestalt annehmen könnten, die ärger als das Nichts ist, lag damals noch in weiter Ferne.) Die gewinnsuchenden Unternehmen sollen den ersten Anspruch auf die Arbeitskräfte haben, und für jene, die nicht benötigt werden, schaffen die Staatsausgaben für diese oder jene Zwecke Beschäftigung.

womit die Leute beschäftigt werden sollten, wurde dem Markt überlassen (wenn wir von einigen öffentlichen Investitionen und dem Ausbau des Sozialwesens absehen), und die alte Doktrin des Laissez-faire, wonach das am besten ist, was am profitabelsten ist, erlangte erneut ihr Übergewicht.

Es gibt eine ganze Reihe von Gründen moralischer, ästhetischer und politischer Art, die zwar gegen das System sprechen, über die jedoch die Meinungen geteilt sind. Über einen Grund kann es jedoch keine Meinungsverschiedenheiten geben. Unter dem Deckmantel leichter Gewinne und steigenden Konsums ließ man die Handelsbilanz dahintreiben, bis es allen klar wurde, daß man etwas unternehmen mußte.

Das defekte Steuerrad

Liegt Nahezu-Vollbeschäftigung vor, dann ist es nicht leicht, ihre Richtung mit Hilfe jener wirtschaftspolitischen Instrumente zu verschieben, deren Anwendung die neue Orthodoxie gesetzte.

Eine Erhöhung der Investitionen ohne Drosselung des Konsums verstärkt lediglich den inflationären Druck. Wenn jedoch der Konsum eingeengt wird, um Platz für Investitionen zu schaffen, wird die Rentabilität verringert und der Investitionsanreiz geschwächt.

Um die Exporte rasch zu steigern, muß man im Ausland leicht absatzbare Waren vom heimischen Markt ablenken⁴ und es den expansionsfähigen Unternehmen erleichtern, Arbeitskräfte zu bekommen. Langfristig müssen Investitionen und qualifizierte Arbeiter wie Techniker in die Exportindustrien gelenkt werden. Ressourcen müssen sowohl *aus* dem heimischen Markt gezogen als auch *in* den Exportmarkt gepumpt werden. Analog wird bei einer

⁴ Dem Vorschlag, die heimische Nachfrage zur Förderung der Exporte zu drosseln, wird häufig (im allgemeinen von den davon betroffenen Geschäftsmännern) mit dem Argument begegnet, eine Verringerung des Produktionsumfangs für den heimischen Markt werde die Stückkosten erhöhen und damit den Export eher erschweren als fördern, und mit dem weiteren Argument, Exporte seien der »Überschuß eines gesunden heimischen Marktes«. Langfristig gesehen, liegt ein gewisser Sinn in diesen Überlegungen (trotz der vielen Beispiele von Industrien, die auf Export spezialisiert sind), aber kurzfristig betrachtet, handelt es sich um offensichtlichen Unsinn. Ist die Kapazität in einer vollbeschäftigten Industrie begrenzt, so daß die Lieferfristen lang sind, dann erleichtert eine Kürzung bestimmter Aufträge die Erfüllung der anderen.

Drosselung der Importe das Geld, das für sie aufgewendet werden wäre, auf den inländischen Markt abgelenkt. Maßnahmen zur Verbesserung der Handelsbilanz müssen durch Maßnahmen zur Einschränkung des inländischen Verbrauchs gestützt werden.

Aber jede globale Maßnahme, wie Kreditrestriktionen, Reduzierung der Staatsausgaben oder sparsames Budgetieren, ist ein Schlag mit einer stumpfen Waffe. Sie führt zwangsläufig zu einem Verlust wertvoller Aktivität, die nicht am Hauptproblem beteiligt ist. Die Verschwendug einer global deflationierten Nachfrage ist nicht nur an der fehlenden Beschäftigung jener Leute zu ermessen, die aus einer Beschäftigung gestoßen und von keiner anderen angesogen wurden. Es wird auch nutzlos Produktion geopfert durch Kurzarbeit und Trödeln und, was am ärgsten ist, durch die Hemmung von Investitionen und Neuerungen, womit die einzige Hoffnung auf langfristige Besserung vertan ist.

Umschichtung

Wenn man sich im Güter- und Dienstleistungssektor an die Nahezu-Vollbeschäftigung gewöhnt hat, reagiert man auf ein für kurzfristig gehaltenes Sinken der Nachfrage eher mit Kurzarbeit als mit Entlassungen. Es besteht die allgemeine Tendenz, einen wachsenden Teil der Arbeitskräfte als permanent Angestellte zu behandeln. Langfristig betrachtet ist es höchst wünschenswert, die Arbeitsbeziehungen zu vernünftlichen. Kurzfristig betrachtet ist das *Horten von Arbeitskräften* ein Hindernis für jene Fluktuation der Arbeiter zwischen verschiedenen Beschäftigungen, die zu einer besseren wirtschaftlichen Aktivität beitragen würde. Das unterstützt nur das Argument, daß eine globale undifferenzierte Deflation nicht jene Umschichtung der Arbeitskräfte herbeiführen kann, welche die Lage erfordert.

Die neue Einrichtung einer selektiven Beschäftigungssteuer, welche darauf abzielt, die Anwerbung von Arbeitskräften im Dienstleistungssektor zu verringern und Leute für die Industriefrei zu machen, stellt einen Schritt in Richtung auf eine Differenzierung dar, die freilich noch äußerst grob erfolgt.

Ein Ausweg

Es gibt einen Importartikel, bei dem wir drosseln könnten, ohne den inflationären Druck auf dem inländischen Markt zu steigern: nämlich beim Größenwahn. Ein Abbau der militärischen Verpflichtungen in Übersee würde die Zahlungsbilanz unmittelbar entlasten und gleichzeitig Arbeitskräfte und andere Ressourcen für produktive Zwecke freisetzen.

Wirtschaftswachstum

Ist einmal Nahezu-Vollbeschäftigung erreicht, wird das *Wachstum zum wirtschaftlichen Erfolgskriterium*. Das Wachstum wird gemessen mit Hilfe eines Index des gesamten Nationalproduktes zu konstanten Preisen. Da die Aufteilung des Nationaleinkommens auf Arbeit und Besitz ziemlich konstant ist, bedeutet eine hohe Wachstumsrate des Volkseinkommens eine hohe Wachstumsrate der Reallohnne.

Seit dem Krieg haben sich die kapitalistischen Länder im allgemeinen durch den Anblick eines noch rascheren Wachstums (nur Japan konnte damit schrithalten) in den sozialistischen Ländern herausgefordert gefühlt. Unter ihnen selbst lag die Leistung der Vereinigten Staaten und Englands deutlich hinter jener Westeuropas. In den USA ist das absolute Produktivitätsniveau so viel höher als im Rest der Welt, daß sie sich keine Sorgen zu machen brauchen (sie haben ohnehin schon andere Sorgen genug), aber Großbritannien hat betrübt zusehen müssen, wie das statistische Maß der Reallohnne in Frankreich und Deutschland das eigene überholt hat und ihm in Italien immer näher kommt.

Produktivität

Der Hauptmotor des Wachstums in einer Marktwirtschaft ist (bei gegebenem Arbeitskräftepotential) die Anwendung technischer Verbesserungen auf den Produktionsprozeß, die durch den Kampf der Unternehmen im Wettbewerb um rentable Investitionschancen bewirkt wird.

Das Wachstum des kapitalistischen Teils der Welt seit dem Krieg ist höchst bemerkenswert. Sogar in der britischen Industrie

wuchs die Produktivität wesentlich rascher als in den großen Tagen ihrer wirtschaftlichen Vorrangstellung⁵. Das System hat sich anscheinend eine neue Lebensfrist verschafft und der Ausnützung stetig zunehmender Möglichkeiten der Anwendung wissenschaftlicher Technologie auf die Produktion angepaßt, obwohl noch nicht bewiesen ist, daß es dies auch unter den Bedingungen eines gesicherten Friedens gleichfalls zu erreichen vermag.

Der Segenskreis

Innerhalb der kapitalistischen Welt ist rapides Wachstum von großem Vorteil. Es bietet Raum für ein Steigen der Geldlinie ohne Kostenerhöhungen. Es liefert einen Wettbewerbsvorteil im internationalen Handel und gestaltet einen Aufschwung der inländischen Investitionen ohne jedwede Gefahr, eine Finanzkrise hervorzurufen. Investitionen steigern die Produktivität. Steigende Produktivität verbessert die Wettbewerbslage, und so geht es weiter rückwärts – das genaue Gegenteil jenes Teufelskreises von langsamem Wachstum und schwachen Handelsbilanzen, den wir nur zu gut kennen.

Wachstum – wo zu?

Dennoch ist, wenn wir von den Erfordernissen der Handelsbilanz absehen, das Wachstum um seiner selbst willen kein rationales Objekt der Wirtschaftspolitik. Man könnte die wachsenden Resourcen vernünftig verwenden, indem man die Armut beseitigt, mit dem furchtbaren Erbe der industriellen Revolution aufräumt, Schulen und Spitäler baut und jenes Personal schult, das für die Sozialleistungen so dringend benötigt wird, wie auch die Indu-

⁵ Es gibt zahlreiche Schätzungen über die Wachstumsraten vor 1914 und nach 1945. Sie weisen die letzteren merklich höher aus als die ersten. Angus Maddison gibt in seinem Werk *Economic Growth of the West* (1964) die Wachstumsraten der Produktion pro Kopf der Bevölkerung für die Zeit 1870 bis 1913 mit 1,3 Prozent jährlich, für die Zeit von 1950 bis 1960 mit 2,2 Prozent an. Während der letzteren Periode hatte – mit Ausnahme der USA und Kanadas – kein westliches Land eine geringere Wachstumsrate zu verzeichnen als Großbritannien. In Frankreich war die Rate 3,5 Prozent pro Jahr, in den Niederlanden 3,6 Prozent und in Westdeutschland 6,5 Prozent (a. a. O., S. 30).

striе modernisiert. Man müßte technische und soziale Untersuchungen durchführen, um zu erkennen, was zu tun ist. Der Nutzen für die Gesellschaft wäre als Rendite dieser Investitionen sicher hoch, so daß eine solche Politik Wachstum auf lange Zeit hinaus bedeuten würde. Wachstum sollte die Folge, und nicht das Ziel, einer vernünftigen Wirtschaftspolitik sein.

Die Verteilung

Die Auffassung, Wachstum sei das Erfolgskriterium, lenkt von der Verteilung der Ressourcen auf öffentlichen und privaten Verbrauch und der Verteilung der Einkommen auf die Familien ab.⁶ Wächst man rasch genug und wachsen alle Teile proportional, dann steigen die Sozialleistungen, es steigen die niedrigsten Einkommen, die ärgsten Mißstände der Armut werden allmählich beseitigt, und damit wird auch das Verlangen nach einer Änderung der Philosophie und der Institutionen des Laissez-faire abgewendet. Sogar bei einer nach modernen Maßstäben geringen Wachstumsrate von zwei Prozent jährlich verdoppelt sich das Nationaleinkommen innerhalb einer Generation. Die Wachstums-

⁶ In dem alten orthodoxen Gedankengebäude, das von Keynes gesprengt wurde, war der Anteil der Löhne am Produkt der Industrie durch die Grenzproduktivität der Arbeit bestimmt. Diese These wird immer noch vorgebracht, obwohl sie für moderne Bedingungen ganz offenkundig irrelevant ist und niemals, sogar auf der Grundlage der eigenen unrealistischen Annahme, zu einer befriedigenden Formulierung langte. Langfristig betrachtet ist es klar, daß die gewerkschaftliche Organisierung, gestützt durch die Sozialgesetzgebung, einen wichtigen Einfluß bei der Steigerung des Lohnanteils ausübt hat. Noch direkter besteht ein Einfluß über das Verhältnis vom Investitionen zu Sparneigung und über den Grad des Wettbewerbs, was sich auf die Gewinnspannen auswirkt. Ein höheres Gesamtniveau der Investitionen (einschließlich Rüstungsaufwand) hält, wenn es nicht durch spontan vermehrtes Sparen kompensiert wird, die Nachfrage nach Konsumgütern relativ zum Angebot hoch und erzeugt damit ein höheres Preisniveau bei gegebenen Geldlöhnen. Schwächerer Wettbewerb äußert sich gewöhnlich in höheren Gewinnspannen und geringerer Kapazitätsauslastung. Eine Besteuerung der Gewinne erhöht den Lohnanteil keineswegs, da die entsprechenden Staatsausgaben sich wieder in Gewinnen niederschlagen. Ein Anstieg im Grad des Wettbewerbs oder Zurückhaltung auf dem Preissektor bei steigenden Geldlöhnen erhöhen den Reallohn, aber wenn dies über einen gewissen Punkt hinausgeht, schafft es lediglich einen so starken Verkäufermarkt, daß die Spannen wieder hinaufgedrückt werden. In dem System steckt ein Kniff, der jeden Frontalangriff auf den Gewinnanteil am Weiterkommen hindert.

ideologie ist so konzipiert, daß sie uns von der Frage abbringt, was wir damit anfangen sollen.

Der britische Plan

Der sogenannte Nationale Plan, der im Jahre 1965 entworfen wurde, ist ein gutes Beispiel für den Gedanken des Wachstums um seiner selbst willen. Er beruhte auf der Vorstellung, daß ein Wachstum mit einer Jahresrate von 3,2 Prozent erreichbar war. Die Industrien wurden um Angabe ersucht, welchen Absatz sie erwarten und welche Vorleistungen sie benötigen würden in einem jährlich um 4 Prozent wachsenden Markt (man hatte 0,8 Prozent Bevölkerungswachstum dazugeschlagen), und die auf diese Weise erhaltenen Projektionen wurden im Rahmen eines konsistenten Schemas aufeinander abgestimmt. Die sogenannten Planer fühlten sich nicht dazu berufen, die Realisierungsmöglichkeiten der Projektionen aufzuzeigen, noch viel weniger nachzuweisen, daß die Realisierung eine gute Sache wäre.

Die Bevölkerung

Diese Argumentation bezieht sich auf das Wachsen des National-einkommens pro Kopf der Bevölkerung. Ein Zunehmen der Bevölkerungszahl absorbiert Investitionen, die für soziale und industrielle Zwecke bereitgestellt werden müssen, und verringert damit die Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens, ganz zu schweigen von dem Verlust an Annehmlichkeiten infolge des geringeren Raumes pro Kopf.

Die Einwanderung von Arbeitskräften verringert auf ähnliche Weise die Wachstumsrate – besonders wenn zu erhaltende Familienmitglieder mitkommen –, steigt jedoch das Anwachsen der Gewinne. Solange die effektive Nachfrage hochgehalten wird, ermöglichen zusätzliche Arbeitskräfte die bessere Ausnutzung der bereits vorhandenen Ausstattung und liefern die Chance für zusätzliche Investitionen ohne den Zwang, die arbeitsparenden Verfahren herauszusuchen – ein Zwang, der höheren Kapital-einsatz, je Beschäftigten erfordern und Gewinne schwerer zu erzielen machen könnte. Daher ist der Widerstand der heimischen Arbeitskräfte gegen die Einwanderung, der die unerfreuliche

Gestalt des Fremdenhasses und Rassenwahns annimmt, vom Klasseninteresse her gerechtfertigt. Inzwischen verhindern Vorurteile, die ihre Wurzeln im Chauvinismus wie in der Religion haben, die Verbreitung von Mitteln zur Geburtenregulierung.

V Monopole und Wettbewerb

Nach der Doktrin des Laisser-faire garantiert der Wettbewerb zwischen den Produzenten, daß die wirtschaftlichen Ressourcen einer Gesellschaft auf bestmögliche Weise zur Befriedigung ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse eingesetzt werden. Nach dieser Auffassung kann aus staatlichen Eingriffen in das freie Spiel des Marktes so lange kein Vorteil erwachsen, wie Wettbewerb herrscht, aber Verzerrungen infolge von Monopolen sollten verhindert werden.

Freie Märkte

Es gibt nur einen Bereich, in dem der Markt ein freies Feld findet, und das ist hinsichtlich der tierischen, mineralischen und pflanzlichen Produkte, welche die Rohstoffe und Nahrungsmittelbasis für die reichen Industriestaaten abgeben. Die Nachfrage nach ihnen verändert sich gemäß der allgemeinen Lage des Handels und den Änderungen des Geschmacks und der Verfahren. Das Angebot verändert sich je nach den natürlichen Bedingungen wie Trockenheit und Seuche, der politischen Lage in den produzierenden Gebieten und der Entwicklung neuer Bezugsquellen. Die Launen von Angebot und Nachfrage bringen heftige Schwankungen der Preise mit sich. Wenn die Händler dieser Waren die Zukunft voraussiehen könnten, würden sie Bestände aufkaufen und lagern, solange die Preise ungewöhnlich niedrig sind, und im Zeitpunkt ungewöhnlich hoher Preise den Markt besiedeln, womit sie die Nachfrage abhängig vom Angebot und das Angebot abhängig von der Nachfrage gestalten würden. Unter derart turbulenten Bedingungen kann jedoch die Prognose niemals korrekt sein. Die Händler werden nur zu oft angesichts steigender Preise kaufen und fallender Preise verkaufen, womit sie die Schwankungen noch akzentuieren, statt sie zu glätten.

Da der Natur der Sache nach die Produktion dieser Art auf bestimmte Gebiete beschränkt ist, hängen ganze Völker von der einen oder anderen Ware ab; das freie Spiel des Wettbewerbs verursacht folglich heftige Schwankungen in ihren Einkommen. Aus diesem Grund sind die Produzenten im Primärsектор innerhalb der entwickelten Industrieländer durch die verschiedensten Regulierungen vor dem Wettbewerb abgeschirmt; die ganze Last des Marktsystems ruht auf den sogenannten Entwicklungsländern, deren Exporterlös von der einen Ware abhängt (oder, wenn sie Glück haben, von den zwei oder drei Waren), um dererwillen sie in den Kolonialjahren aufgepäppelt wurden. Die unvorhersehbaren Zufälle des Handels machen ihre Entwicklungsplanung zu einem bloßen Glücksspiel und zwingen sie dazu, sich im Kampf um den Absatz auf einem Käufermarkt gegenseitig zu ruinieren.

In Fragen der Macht neigt sich die Waagschale immer zugunsten des Herstellers, der diese Materialien importiert, denn bei starkem Angebot hat er den Vorteil niedriger Preise; steigen die Preise, holt er sich etliches auf dem heimischen Markt zurück, indem er die zusätzlichen Kosten auf die Verkaufspreise draufschlägt; reicht die Versorgung bei einem bestimmten Material nicht aus, kann man gewöhnlich auf einen Ersatz hinüberwechseln, was sich häufig sogar als vorteilhaft erweist, wenn einmal die Produkte dem angepaßt sind. Daraus resultiert der mächtige Widerstand gegen all die verschiedenen Vorschläge zur Regulierung des Handels auf eine Weise, die den Importeur aller Möglichkeiten einer Ausnützung des freien Spieles der Marktkräfte bereaubt. Für die Industriestaaten als Gesamtheit weist dieses System jedoch einen erheblichen Nachteil auf. Die Anbieter der Rohstoffe sind die Nachfragenden nach Fertigwaren (einschließlich der für die Entwicklung erforderlichen Investitionsgüter); heftige Schwankungen in den Einkommen der Kunden erzeugen heftige Schwankungen der Nachfrage nach den betreffenden Exportgütern, was nicht nur an sich sehr störend ist, sondern auch den Vorwurf nährt, das schöne Gerede über Entwicklungs-

Wie?

Regionaler Wohlstand

Wo eine dem ausländischen Wettbewerb ausgesetzte Industrie, wie etwa der Schiffbau, in einem bestimmten Bereich konzentriert ist, zeigt sich eine dem obigen Fall eines Landes mit dem Schwerpunkt auf dem Primärsектор ähnliche Lage. Die Einkommen in dieser Gegend schwanken mit der Nachfrage nach einem bestimmten Produkt. Aus diesem Grund stellt eine regionale Entwicklungspolitik, die auf eine Mischung der Branchen in jedem Distrikt und auf gleichmäßige Verteilung wachsender und schrumpfender Branchen abzielt – wie etwa Expansion des Maschinenbaus in Lancashire als Ersatz für Wolle →, eine Vorbedingung einer Nahzu-Vollbeschäftigung dar. Das Konzept ist keineswegs erfolgreich durchgeführt worden. Genauso wie in allen anderen entwickelten Ländern gibt es auch in Großbritannien Entwicklungsgebiete. Das Abströmen von Bevölkerung und Reichtum nach dem Süden ist kaum zu bremsen. Aber im großen und ganzen besteht im ganzen Land ein ziemlich einheitliches Lohnniveau für ähnliche Tätigkeiten und eine ziemlich einheitliche Profitrate für ähnliche Unternehmensextypen. Das heißt, daß (im Gegensatz zur Urproduktion) die aus industrieller Produktion gezogenen Einkünfte unabhängig von den Preisen sind, zu denen dieses Produkt verkauft wird. Die Preise werden durch die Kosten bestimmt und nicht umgekehrt die Einkommen durch die Preise.

Unvollkommen Wettbewerb

Industrieprodukte werden nicht in der Weise abgesetzt, in der man Produkte des Primärsektors verkauft. Statt eine bereits hergestellte Menge auf den Markt zu werfen und zu dem Preis zu verkaufen, der gerade erzielbar ist, setzt der Produzent zu einem von ihm bestimmten Preis jene Menge ab, die der Markt absorbiert.

Die Nationalökonomien machen viel Aufhebens um eine Preistheorie, aber für den Geschäftsmann hat es den Anschein, als ob sich die Preise ganz schön von selbst regelten; sein Problem ist der Absatz. Er wird zugeben, »daß natürlich der Preis richtig sein muß«. Das heißt, er möchte nicht Absatz verlieren durch Berechnung einer Spanne, die seinen Konkurrenten einen Vorteil einbringt; er möchte aber auf der anderen Seite auch keinen mögli-

So ist der einzige Fall, in dem es freien Wettbewerb gibt, nicht gerade ein gutes Beispiel für dessen angebliche Vorteile.

chen Gewinn dadurch verlieren, daß er den Preis niedriger ansetzt als jenen, bei dem er den normalen Absatz zu erzielen hofft. Da mit hängt der Preis, den der einzelne setzt, in erheblichem Maße davon ab, was die anderen tun.

Ein Haupttreffer

Die Preise für neue Produkte, die auf den Markt kommen, werden von jenen bestimmt, für die sie Substitute sind. Sind die Kosten radikal gesunken, kann dies zu gigantischen Gewinnen führen – der erste Kugelschreiber wurde zum Preis einer erstklassigen Füllfeder verkauft.

Preisführerschaft

Bei eingeführten Produkten hängt die Spanne, die ein Produzent wählt, von jenen Preisen ab, die andere für ähnliche Produkte verlangen.

Das bringt natürlich eine Tendenz mit sich, den Wettbewerb zu entschärfen. Die mildeste Form eines stillschweigenden Übereinkommens ist die *Preisführerschaft*. Ein Unternehmen wird von den anderen stillschweigend als Leithammel anerkannt. Setzt er seinen Preis hinauf, dann setzen alle den Preis hinauf. Niemand senkt den Preis, ehe er es getan hat. Die Unternehmen machen sich Konkurrenz durch alle Arten von Verkaufskosten und durch Design und Verpackung ihrer Produkte, aber dem Preiswettbewerb weichen sie aus.

Restiktive Praktiken

Manchmal werden Abmachungen getroffen, um eine starke Nachfrage nach einem neuen Produkt auszunützen. Die Spannen werden hoch angesetzt und der Markt wird aufgeteilt. Der Preis hängt von jenem Niveau ab, bei dem der Produzent mit den höchsten Kosten noch mitmachen kann; Produzenten mit geringeren Kosten schränken die Produktion ein und lukrieren die hohen Spannen.

Noch häufiger bilden sich Kartelle als Abwehr von Preis-

kungen auf einem Käufermarkt. Wenn die Nachfrage so stark gesunken ist, daß niemand seine normale Ausbringungsmenge zum bisherigen Preis absetzen kann, paßt es den Unternehmen am besten, den Preis zu halten und die Produktion einzuschränken, denn wenn einer mit Preissenkungen anfängt, um einen größeren Marktanteil zu erreichen, müßten ihm die anderen folgen, und am Ende hätten alle nicht viel mehr Absatz, aber viel geringere Spannen. In einer tiefen Depression ist das Solidaritätsgefühl nicht stark genug, um Preissenkungen zu vermeiden, und es bilden sich Kartelle zur Aufteilung des begrenzten Marktes, damit alle überleben können.

Solche Defensivkartelle bleiben auch nach der Wiederbelebung der Nachfrage bestehen und dienen der Vergrößerung der Rentabilität. Sie stützen sich im allgemeinen auf die verschiedensten Maßnahmen, um für Neuankömmlinge das Grasen auf ihren Weiden zu verhindern – etwa indem sie die Detailhändler dafür belohnen, deren Produkte nicht zu führen. Sie hemmen den rechtlichen Fortschritt, indem sie sich Neuerungen widersetzen, sie verlangsamen das Wachstum der rationelleren Produzenten innerhalb des Kartells, und sie würgen potentielle Konkurrenten außerhalb desselben ab.

Während der großen Depression waren Gesetze wie öffentliche Meinung allen Vereinbarungen günstig gesinnt, die in erster Linie als Verteidigung gegen ruinösen Wettbewerb gedacht waren. In der Nachkriegsära eines Verkäufermarktes hält man sie für einen unzulässigen Raubzug auf einen Profitanteil und für die Hemmung von Wachstum und Fortschritt verantwortlich.

Die Gesetzgebung gegen *restiktive Praktiken* war bis zu einem gewissen Grad erfolgreich. Es ist zwar nicht leicht, Unternehmen zum Wettbewerb zu zwingen, die nicht konkurrieren wollen, aber man kann jenen die Hindernisse aus dem Weg räumen, die den Wettbewerb suchen¹.

¹ Der Grundsatz des gemeinen Rechts, daß Abkommen über Einschränkungen des Wettbewerbs nicht durchsetzbar sind, wurde durch Urteile in der Zeit der Depression weitgehend unterbliebt. Nach dem Krieg begann man, eine Antimonopol-Gesetzgebung einzuführen. Die im Jahre 1948 errichtete Monopol-Kommission hatte bis auf Untersuchungen wenig Erfolg zu verzeichnen. Der Restrictive Practices Court (1956 errichtet) beschäftigte sich mit Abdankungen, und eine wiedererrichtete Monopol-Kommission untersucht die Fälle, in denen einzelne Unternehmen eine ganze Industrie beherrschen. Im Jahre 1964 wurde von der konservativen Regierung die Preisbindung der zweiten Hand (mit wenigen Ausnahmen wie das Net Book Agreement) für ungesetzlich erklärt.

Ein bemerkenswertes Beispiel in dieser Hinsicht war das Verbot der *Preisbindungen der zweiten Hand*, die den Detailhändler zwangen, bei einer ganzen Reihe von Gütern Spannen zu halten, die für ganz altmodische Läden genügten. Dieses System hielt die nunmehr rasende Entwicklung der Selbstbedienungsstäden auf.

Monopole

Der Haupteinwand gegen Kartelle und restriktive Praktiken besteht darin, daß die rationelleren Unternehmen daran gehindert werden, die weniger rationellen aus dem Rennen zu werfen. Wirklich sich der Wettbewerb ungehindert aus und ist die Konkurrenz heftig, dann wächst die Größe der Unternehmen, während ihre Zahl abnimmt. Das logische Ende des Wettbewerbs ist das Monopol. Ein großes und mächtiges Unternehmen ist durch Größenvorteile begünstigt. Es kann sich Forschungsarbeiten leisten. Es kann die Einführung neuer Produktionsverfahren und neuer Produkte riskieren. Es kann günstige Arbeitsbedingungen beistellen und ist jenen hohen Löhnern nicht abgeneigt, die seine Konkurrenten stören.

Da jedoch überschüssige Kapazität den Gewinn benagt, zieht das Unternehmen auf der anderen Seite vor, die Investitionen der Nachfrage nach links zu lassen, um sich damit einen gewissen Grad an Knappheit seines Produktes zu sichern. Es kann träge werden und bürokratische Arterienverkalkung bekommen. Die herrschende Stellung auf jenen Märkten, die durch größere Effizienz erobert wurden, kann durch schmutzige Tricks verteidigt werden. Die Forschung kann sich von der Ausarbeitung eigener Entdeckungen in die Verhinderung von Entdeckungen durch andere verkehren.

Vor- und Nachteile für die Wirtschaft infolge der Existenz mächtiger monopolistischer Unternehmen ließen aus derselben Quelle. Die Gesetzgebung vermag kaum das eine zu sichern, ohne das andere mit in Kauf nehmen zu müssen. Einen erheblichen Teil des Umschwunges zugunsten des Wettbewerbs in der Nachkriegszeit bewirkte die Einrichtung einer Monopolkommission. Sie hat die Aufgabe, jene Fälle zu überprüfen, in denen der Verdacht auf schweren Mißbrauch der Monopolmacht besteht. Zweifellos hat dies in der Hinsicht Nutzen ges�픤tet, als Regeln für gutes Benehmen aufgestellt wurden.

Der Kampf gegen die Monopole wird zum Teil als Gegenleistung für Zurückhaltung auf dem Lohnsektor betrachtet. Er hat zweitens zu jener allgemeinen Reduzierung der Gewinnspannen beigetragen, die in den letzten Jahren zu beobachten war.

Oligopole

Die typische Form der modernen Industrie ist weder Wettbewerb noch Monopol, sondern das *Oligopol*. Jeder Markt wird von einigen großen Unternehmen beherrscht, umgeben von Kleinzeug, das die – oft sehr profitablen – Löcher infolge spezialisierter Produktion, Maßarbeit, Verteilung und so weiter ausfüllt.

Der Daseinskampf im Wettbewerb, bei dem die großen Fische die kleinen fressen, kommt häufig schon vor der Herausbildung eines Monopols zum Stillstand. Es bleiben dann zwei oder drei Unternehmen übrig, von denen keines wagt, den Rest zum entscheidenden letzten Waffengang herauszufordern. Sie bleiben weiterhin bestehen, streben – hauptsächlich durch Verkaufldruck der verschiedensten Art² – nach Erhaltung ihres Anteils auf ihren hauptsächlichen Märkten und nagen sich inzwischen seitlich in

² Ein typisches Beispiel sind die Reinigungsmittel, über die von der Monopol-Kommission 1966 berichtet wurde. Die Kommission zeigte, daß bei einem Umsatz von 62 Mill. Pfund die Verkaufskosten der beiden betreffenden Produzenten 17 Mill. Pfund ausmachten. Sie schlug eine zoprozentige Senkung der Großhandelspreise vor, zu deren Deckung die Verkaufskosten um 40 Prozent gesenkt werden sollten.

Auf einer Pressekonferenz, im Gefolge der Publikation des Berichtes kam es zu etlichen interessanten Kommentaren. »Aims of Industry« erklärte: »Der Werbeaufwand der beiden führenden Waschmittelhersteller beweist, wie heftig der Wettbewerb in der Industrie ist.« Der Vorsitzende einer der Gesellschaften sagte: »Wir glauben, daß die Kommission die Bedeutung der Reklame für Herstellung und Absatz von Konsumgütern ebenso unterschätzt hat wie deren Beitrag zur Sicherung von Kosteneinsparungen überall und allenfalls ... Die britische Hausfrau hat in Ausübung ihrer Wahl auf einem freien Wettbewerbsmarkt einen guten Ausgleich zwischen den hohen Kosten unbegrenzter Wahlmöglichkeiten und den geringen Kosten fehlender Wahlmöglichkeiten gefunden.« (*The Times*, 11. August 1966.) Das geht von der Überlegung aus, daß hohe Werbekosten das Eindringen in den Markt unmöglich machen und damit die Kostenanteile der Massenproduktion für das große und mächtige Unternehmen sichern. Es fiel dem Spießer gar nicht auf, daß eine ebenso effektive Form des Wettbewerbs darin bestünde, niedrige Kosten in niedrige Preise umzumünzen.

jene Märkte hinein, die von schwächeren Konkurrenten gehalten werden³.

Der oligopolistische Wettbewerb nimmt gelegentlich die Gestalt eines Preiskrieges bei bestimmten Produkten an, aber meist beschränkt er sich auf die Entwicklung neuer Produktvarianten und Produktionsverfahren. Solange sich die Oligopolisten gegenseitig in Trab halten, ist dies die fortschrittlichste Art industrieller Produktion (trotz der Verschwendungen im Nicht-Preiswettkampf), aber wenn sie in die Mentalität des Leben-und-leben-Lassens verfallen, können sie so träge wie edte Monopolisten werden.

Roboter

Die Mechanisierung in der Industrie steigert laufend die Produktion pro Arbeitsstunde, senkt also die für die Herstellung einer Mengeneinheit des Produktes erforderliche Arbeitsmenge. Mit der Automatisierung hat sich dieser Prozeß sprunghaft beschleunigt und erfaßt in raschem Tempo auch die Angestelltenberufe. Damit besteht die Gefahr, daß der Anteil der Löhne am Gesamtergebnis sinkt und jener der Gewinne steigt. Bis heute ist diese Folge noch nicht richtig spürbar geworden, aber sie kann sich sehr wohl hinter unserem derzeitigen kurzfristigen Arbeitskräftemangel versteckt, an uns heranschleichen.

Wenn die Produktion nicht rasch genug steigt, um jene Investitionen zuzulassen, die das Sparen aus Gewinnen absorbieren, bremst ein Aufwärtstrend des Gewinnanteils das Wachsen der effektiven Nachfrage, und es bildet sich *technologische Arbeitslosigkeit* heraus. In einer solchen Lage würde die Förderung des Rentier-Konsums zur Erhaltung der effektiven Nachfrage beitragen, aber dieses Heilmittel gegen Arbeitslosigkeit ist kaum vernünftiger als der berühmte Vorschlag, Arbeitskräfte für das Ausgraben und Zuschießen von Erdlöchern zu bezahlen.

Weitaus akzeptabler wäre es, großzügige Trennungszulagen zu verlangen und passende Umschulungspläne zu erstellen, um die *Mobilität der Arbeitskräfte* ohne unbillige Härten zu vergrößern; ferner die Stundenlöhne zu erhöhen und die Arbeitszeit

zu verkürzen oder den bezahlten Urlaub zu verlängern (um das Arbeitsjahr zu verkürzen), um den Arbeitern insgesamt die Möglichkeit zu geben, ihren Anteil am möglichen Wachstum des Nationalleinkommens in der Gestalt von Freizeit einzuhüpfen; und schließlich das überschüssige Sparen aus Gewinnen über die Besteuerung abzusaugen und damit den Sozialaufwand zu finanzieren. Es ist kein ehernes Gesetz, daß steigende Produktivität die Ursache von Elend sein muß⁴.

Öffentliche Unternehmen

Es gibt bestimmte Industriezweige, die – wie etwa Eisenbahnen, Elektrizitäts- und Gaswerke – aus Gründen einer rationalen Produktion innerhalb ihres Gebietes eine Monopolstellung besitzen müssen, weil sie über ein bestimmtes Versorgungsnetz verfügen müssen. Aus diesem Grund hat jedermann – ausgenommen die fanatischsten Vertreter des Laissez-faire – immer akzeptiert, daß sie im öffentlichen Interesse kontrolliert werden müssen. Da ferner ein einheitliches, den ganzen Staat umfassendes Netz technische Vorteile bietet, herrscht allgemeine Übereinstimmung darüber, daß diese Branchen verstaatlicht werden sollten.

Die Kohlenindustrie wurde hingegen deshalb verstaatlicht, weil sie unter privater Leitung in Schwierigkeiten geraten war. Die Verstaatlichung in der Stahlbranche wird damit begründet, daß die grundlegende Investitionsgüterindustrie im öffentlichen Interesse kontrolliert werden sollte.

Was der Staat hier leistet, ist am wichtigsten für den persönlichen Komfort – man vergleiche nur den Vorteil, elektrische Beleuchtung statt Öllampen benützen zu können, mit einem beliebigen Posten im Haushaltshaushalt (ausgenommen die Grundbedürfnisse) – und von grundsätzlicher Bedeutung für die Produktion.

Verstaatlichte Unternehmen müssen weisungsgemäß eine Preispolitik verfolgen, die gerade kostendeckend ist, so daß eine Ex-

⁴ Aus der Grenzproduktivitätstheorie folgt, daß die Reallöhne niedrig gehalten werden sollen, um die Verwendung arbeitsparender Verfahren zu fördern. Das würde nur eine Wendung zum Schlechteren bedeuten, da es das Wachsen der effektiven Nachfrage hemmen würde. Wird die effektive Nachfrage kräftig genug erhalten, können die von der Industrie freigesetzten Arbeitskräfte vom Dienstleistungssektor absorbiert werden. Das geschieht heute schon in sehr raschem Tempo. Siehe auch Fußnote 5.

* J. Steinl, *Maturity and Stagnation in American Capitalism* (1955), analysiert die Folgen eines oligopolistischen Systems mit Hilfe von US-Daten. Eine etwas geneigteere Auffassung vertritt J. K. Galbraith, *American Capitalism* (1957).

pension nur über staatliche Anleihen erfolgen kann. Die Privatunternehmen beschaffen sich den Großteil der Mittel für ihre Investitionen über die Gewinne. (Wenn man einen Güterkorb zu einem Preis kauft, der die Kosten der Produktion, der Reklame und des Verkaufs übersteigt, zahlt man im allgemeinen einen Beitrag zur Expansion des betreffenden Unternehmens.)

Öffentliche Gesellschaften werden teilweise geschaffen, um den Konsumenten vor den übeln Folgen des kommerziellen Rundfunks mit seiner Abtötung des guten Geschmacks und der kommerziellen Fluglinien mit ihrem Abbau der Sicherheit – beides in Verfolgung des Profitmotivs – zu schützen.

Gesundheitsdienst und Erziehungswesen leisten den größten Beitrag zur persönlichen Wohlfahrt wie auch zur Beistellung von genügend Arbeitskräften für die Industrie. Um die ärgsten Folgen der Einkommensungleichheit zu korrigieren, müssen sie über Steuern finanziert werden.

Es gibt eine ganze Reihe von Dienstleistungen, die in der gleichen Weise erbracht werden könnten, und man verspricht uns auch ständig die Errichtung öffentlicher Unternehmen dort, wo private Unternehmen die Möglichkeit der Entwicklung neuer Technologien vernachlässigt haben oder eine alteingesessene Industrie an Arterienverkalkung leidet⁵; die alten Schlagworte des Laissez-faire – daß Ausgaben des Staates inflationärer wirken als private und daß staatliche Leistungen weniger wertvoll sind als gewinnbringende – sind immer noch häufig zu hören, aber sie haben an Einfluß verloren in einer Zeit, da es so viel Unzufriedenheit über das langsame Wachsen der Produktivität im Privatsektor Englands und über die Unfähigkeit gibt, einen Vorsprung vor den europäischen Rivalen zu halten.

Die Sonnenräntät des Konsumenten

Aus dem wettbewerblichen Streben nach Gewinn bei den Privatunternehmen fällt ein enormer Vorteil für den Konsumenten ab. Der Suche nach immer neuen Märkten verdanken wir – um nur zwei Beispiele anzuführen – die modische Fertigkleidung, die zur Demokratie durch Niederreißen von Klassenumterschieden beigetragen hat, und die Entwicklung von Haushaltsgeräten, die

⁵ Siehe die Manifeste der Labour-Party *Signposts for the Sixties* (1961), *New Britain* (1964) und *Time for Decision* (1966).

in das durch das Verschwinden des Hauspersonals entstandene Vakuum bei den Mittelstandsfamilien eingedrungen sind und jetzt für die Arbeiterafrauen Entlastung bedeuten.

Dennoch ist die Behauptung sinnlos, das System des Privatunternehmertums sei auf die Befriedigung der Konsumentenwünsche ausgerichtet. Die Konsumenten sind vielmehr die Weide, auf der die Unternehmer grasen. Wir haben uns an ein System gewöhnt, das zum Nutzen der Produzenten funktioniert und in dem der Vorteil für den Konsumenten lediglich zufälliger Natur ist. Da sich das Interesse von jedermann stark auf seine Stellung als Einkommensbezieher konzentriert und nur schwach und diffus seine Position als Konsument erfaßt, wird das System als im allgemeinen annehmbar betrachtet. Diese Toleranz wird durch geistige Wesenszüge des Systems illustriert, die ziemlich bekannt sind, aber kaum Anlaß zu Protest geben.

Nehmen wir beispielsweise die Frage der Haltbarkeit her. Es gibt viele von der Mode unabhängige Gegenstände des täglichen Gebrauchs, bei denen geringe Abnützung für den Käufer von Vorteil wäre. Der Produzent zieht natürlich den häufigen Ersatz vor. Und der Produzent bestimmt Design und Qualität. Darüber hinaus liegt es im Interesse des Produzenten, das Rad der Modes rascher rotieren zu lassen und seinen Einfluß immer mehr auszuweiten, eine *psychologische Veralterung* der verkauften Modelle durch kleinere Verbesserungen am neuen Modell oder bloße Änderungen des Erscheinungsbildes zu erzeugen und damit dem Konsumentenwunsch nachzukommen, den Nachbarn zu übertrumpfen.

Ein zweites Beispiel ist die Art, in der Güter verkauft werden. Die Erzeuger konkurrieren im allgemeinen in den Bedingungen, die sie den Detailverkäufern bieten. Der Händler ist dann nicht mehr jener beste Freund des Kunden, der das bestmögliche Waren sortiment und den besten Rat bereithält. Er wird dazu verführt, bestimmte Produkte zu forcieren und andere (die dem Kunden besser liegen würden) gar nicht zu führen, weil sie für ihn keine große Spanne abwerfen.

Die Hauptform dieses Phänomens ist natürlich die Werbung. Im geheiligten Namen des Wettbewerbs müssen wir zulassen, daß die Werbefachleute den öffentlichen Geschmack mit Snobismus und vulgärem Sex verderben. Wenn sie sich auf das Niveau von Reproduktionen alter Meister und Shakespeare-Zitaten aufschwingen, sind sie noch widerlicher.

Zugunsten der Werbung wird manchmal vorgebracht, daß sie Informationen über die auf dem Markt erhältlichen Waren verschafft. Trifft das zu, dann ist die übermittelte Information häufig irreführend – wie etwa, daß Tiger zum Autofahren nützlich sind oder dunkles Bier die Entwicklung der Muskeln fördert.

Spezialunternehmen untersuchen nicht etwa, was die Hausfrau benötigt, sondern wie sie auf verschiedene Arten von Verkaufskünsten reagiert. Ein Großteil der Reklame dient der *Schaffung von Bedürfnissen* nach nutzlosen oder schädlichen Gegenständen, die man dann liefert. Der Konsument wäre ohne die Bedürfnisse und ohne die Lieferung offensichtlich besser dran. Besondere Zeitschriften liefern bis zu einem gewissen Grad echte Information und Kritik am Design auf Teilgebieten; die Zeitschrift *Which* unternimmt den heroischen Versuch, dies für den ganzen Markt zu leisten; die Masse der Konsumenten ist allerdings viel zu nebelt, um darauf zu achten.

Dieses System des Werbewerbs in Verkaufskünsten ist zweifellos das beste, was wir haben, aber es ist müßig zu behaupten, daß es – wie die Lehrbücher meinen – ein Maximum an Befriedigung aus den gegebenen wirtschaftlichen Ressourcen erzeugt.

VI Arbeit und Besitz

Keynes' Beschreibung des Kapitalisten als jenen, »der den größten Teil des Kuchens für sich beanspruchen durfte ... unter der still-schweigenden Voraussetzung, daß er wenig davon konsumierte«, galt für den Unternehmer alten Stils, der ein Unternehmen leitete, das er selbst aus eigenen Mitteln aufgebaut hatte. Heute werden immer noch große Vermögen von einzelnen Spekulanten gemacht, und es gibt immer noch Familienunternehmen, die noch nicht öffentliche Gesellschaften geworden oder von den großen Konzernen geschluckt worden sind. Haupsächlich werden jedoch Industrie und Handel vom *Managerkapitalismus* beherrscht, das heißt von Gesellschaften, die rein nominell einer wechselseitigen Zahl von Aktionären gehören und de facto von dazu angestelltem Personal geleitet werden.

Das Rentiereinkommen

Das Prinzip der beschränkten Haftung hat das Wachsen des Managerkapitalismus in den letzten hundert Jahren ermöglicht. Ein Vermögensbesitzer kann sein Risiko streuen, indem er Aktien von Gesellschaften hält, über deren Geschäfte er nichts weiß außer dem, was ihren Wert auf der Börse beeinflußt. Um seine Rechte als Eigentümer einer Gesellschaft kümmert er sich nur im Notfall. Von ihm aus gesehen ist die Rendite der Aktien nur eine Alternative zum Zins für Darlehen und seine Rolle im Geschäftsleben ist die eines *Rentiers*, ganz als ob sein Vermögen in mündelsicheren Staatspapieren oder in verpachtetem Grundbesitz angelegt wäre.

Unverdientes Einkommen

Als soziale Einrichtung bietet der Rentierbesitz eine Reihe von Annehmlichkeiten. Er bringt eine Prämie für Ersparnisse ein, die dazu dienen, Kaufkraft auf einen späteren Zeitpunkt zu transferieren, wenn der Familienbedarf größer ist. Er erhält die Witwen und Waisen des Mittelstandes. Er liefert den Unterhalt für viele wertvolle Einrichtungen. Der Ertrag, den Versicherungen und Pensionsanstalten aus ihren Fonds erzielen, verbessert die Bedingungen, zu denen sie ihre Leistungen anbieten. Zum Großteil besteht seine Funktion jedoch darin, den Erben der Unternehmer das zu liefern, was die Steuergesetze mit Recht als unverdientes Einkommen bezeichnen, und Sternen für die Staatskasse abzuwerfen, so wie die Bodenrechte unverdientes Einkommen für die Erben des Feudalismus darstellen.

Die Wertpapierbörse

Unter den verschiedenen Anlagemöglichkeiten, aus denen ein Rentiereinkommen erzielt werden kann, sind die von Gesellschaften mit beschränkter Haftung aller Art ausgegebenen Anteile besonders attraktiv, und dies speziell in einer Zeit chronischen Preisauftriebs. Aber es handelt sich um einen *Anteil* am Geschäftserfolg einer Gesellschaft. Im Drunter und Drüber des Wettkampfs ist dieser Erfolg nicht voraussehbar. Darüber hinaus verzerrt die Besteuerung die relativen Erträge auf komplizierte Weise, und der Markt neigt insgesamt dazu, sich mit den Veränderungen des Zinsniveaus (die, wie wir gesehen haben, von der internationalen Finanzlage abhängen) auf und ab zu bewegen und ähnlich auch mit den Umschlägen in der allgemeinen Stimmung und seiner Interpretation politischer Ereignisse. Mit Aktien zu handeln ist keineswegs eine einfache Sache. Es wurde ein ganzer Apparat von Maklern, Zwischenhändlern, Beratern und Finanzleuten geschaffen, um dem Renier bei der Anlage seines Vermögens zu helfen. Das nette Spiel, die Gewinner im Rennen aufzuspüren, entwickelt sich als Nebenprodukt und verdrängt dann den eigentlichen Zweck, zu dem die Einrichtung geschaffen wurde. Das Spiel ist nicht leicht und kann sehr lukrativ sein. Es lockt daher eine Menge erstklassiger Gehirne von produktiveren Tätigkeiten weg.

Der Überschuß

Was der Kapitalmarkt zur Beistellung finanzieller Mittel für die Industrie leistet, ist sehr wenig im Vergleich zum Aufwand, der für die Inganghaltung der Sache erforderlich ist. Die Existenz des Marktes erleichtert die Aufbringung von Finanzen durch Neumissionen, aber das ist nur ein kleiner Teil der Mittel, welche die Industrie verschlingt, da der größere Teil aus unverteilten Gewinnen stammt¹.

Die Gesellschaft führt für ihre Hierarchie der Manager ein Eigenleben wie etwa ein College oder ein Regiment; die Loyalität bezieht sich auf die Gesellschaft als solche und nicht etwa auf die Aktionäre. Vom Gesichtspunkt der Manager ist die Dividendenausschüttung ein notwendiges Übel; die richtige Verwendung der Gewinne besteht im Investieren, um die Tätigkeit der Gesellschaft auszuweiten.

Auf dem Weg sind wir unbewußt in ein höchst eigenartiges Wirtschaftssystem geraten. Der Nettoertrag einer Gesellschaft gehört den Aktionären. Sie erhalten ihn entweder in der Gestalt von Dividenden oder in der Gestalt eines Wertzuwachses bei den Aktien, welcher der durch die zusätzlichen, aus unverteilten Gewinnen finanzierten Investitionen geschaffenen, Ertragskraft entspricht. Sie können diese Kapitalgewinne ohne weiteres in Konsum umsetzen. Soweit sie das nicht tun, schreibt ihnen das System sozusagen Ersparnisse gut. Was technischer Fortschritt, Kapitalakkumulation, Arbeit und Geschäftstüchtigkeit an Vermögen schaffen, fällt damit den Rentiers in den Schoß, während sie zu Hause sitzen oder sich anderen Aufgaben widmen. (*NICHT UND*)

Die alte Rechtfertigung für die Existenz einer reichen Klasse – daß sie nämlich notwendig ist, um für die erforderlichen Ersparnisse zu sorgen – hat sich schon stark abgenutzt. Es ist im Gegenteil gerade deren Konsum, der die nationalen Ressourcen anzapft.

¹ Die Zahlen für den Sektor der Gesellschaften lauteten im Jahre 1964 wie folgt:

	Mil. Pfund
Brutto-Kapitalbildung	2106
Lagerzuwachs und unfertige Produkte	683
Bruttoinvestitionen	2789
Bruttosparen	2759
Nettobeitrag externer Finanzquellen	30

(*National Income and Expenditure, 1965.*)

Die Ausrede, daß die Börse einen guten Führer zur Rentabilität abgibt und finanzielle Mittel dorthin lenkt, wo sie am besten eingesetzt werden können, war niemals überzeugend und wurde vollends lächerlich gemacht durch den Ausspruch von Keynes, der Börsenhändler erzièle seinen Gewinn auf ähnliche Weise, wie auf einer Schönheitskonkurrenz der schönste Filmstar gewählt wird, nämlich indem er »voraussehe, was die Durchschnittsmeinung als Durchschnittsmeinung erwarte«².

Eigentum und Kontrolle

Bis zu einem gewissen Grad hat die Trennung von Eigentum und Kontrolle dem Laissez-faire-Kapitalismus seine Schärfe genommen. Die Manager müssen Gewinnen nachjagen, damit ihre Unternehmen überleben und wachsen können, aber ein guter Ruf oder humane Arbeitsbeziehungen können gleichermaßen ihr Ziel sein. Wie ja auch ein bequemes Leben und lange Wochenenden angestrebt werden können.

Die Freiheit der Manager ist allerdings durch die gesetzliche Fiktion abgegrenzt, daß die Aktionäre Eigentümer der Gesellschaft sind. Die Gruppe von Rentiers, die in einem beliebigen Augenblick die Aktien der Gesellschaft halten, betrachtet die Papiere lediglich als eine mögliche Anlage für einen Teil ihres Vermögens. Sie lehnt den Verkauf keineswegs ab, sofern günstige Bedingungen geboten werden. Wenn daher – aus guten oder schlechten Gründen – der Börsenkurs einer Gesellschaft unter die potentielle Profitkraft ihres realen Kapitals sinkt, besteht die Gefahr eines *Aufkauftangebotes* durch eine andere Gesellschaft oder einen einzelnen Spekulant, der das Unternehmen hinter dessen eigenen Rücken aufkauft, die Direktoren hinauswirft, das Management säubert und auf eine rentablere, wenn auch nicht unbedingt trefflichere Linie als bisher umschwenkt.

Der Markt bewertet (speziell in England) die Aktien mehr nach den Dividenden als nach dem Ertrag. Um sich also vor dem Aufkauf abzusichern, muß das *Bewertungsverhältnis* (der Börsenkurs der Aktien im Verhältnis zur erwarteten Ertragskraft des Realkapitals) hochgehalten werden, und das Management muß mehr Dividenden ausschütten, als ihm lieb ist³.

² Siehe Allgemeine Theorie (engl.), S. 156.
³ Vgl. Robin Marris, *Economic Theory of Managerial Capitalism*.

Die Nation als Rentier

Trotz der Nachteile schätzen die Manager im allgemeinen die Freiheit, die ihnen das System gibt. Sie verabscheuen zum Großteil den Gedanken einer Verstaatlichung oder bloßen Finanzierung über eine öffentliche Körperschaft, die dann ein Aufsichtsrat hätte. Die großen Finanzinstitute wie etwa die Versicherungsgesellschaften, denen tatsächlich ein Großteil der Industrie gehört, halten sich weitgehend zurück, um sich ja nicht einzumischen.

Es gibt keinen grundsätzlichen Einwand, warum sich der Staat nicht auch des Eigentums ohne Kontrolle dort erfreuen sollte, wo eine private Unternehmensleitung für vorteilhaft angesehen wird. Ein Budgetüberschuß *oberhalb des Strides*, das heißt in der Einkommensbilanz⁴, könnte für den Kauf von Industrieaktien statt zum Abbau der Staatschuld verwendet werden.

In einer Zeit ständigen realen Wachstums (was den sinkenden Geldwert kompensiert) durch steigende Produktivität, wenn Boden, Arbeit und Kapital einen ziemlich konstanten Anteil am Nationalleinkommen erhalten, wächst zwar die Summe der Privatvermögen, aber die Aussicht auf einen langfristig steigenden Wert irgendeiner Gesellschaft ist rein spekulativ, so daß ihr gegenwärtiger Wert stark reduziert wird. Wenn wir zur Vereinfachung annehmen, daß ein gutes Paket erworben wurde, konnte alles zum Marktpreis gekauft werden, und das Paket würde sicher im Wert steigen und der Allgemeinheit einen angemessenen Gewinn liefern (ganz abgesehen vom unangemessenen Gewinn infolge von Inflation). Der Konsum der Rentiers wäre insoweit stabilisiert, und sein Wachsen im anderen Fall könnte in öffentliche Ausgaben, öffentliches Sparen durch Budgetüberschüsse, oder Senkung der Steuern auf verdientes Einkommen umgesetzt werden.

⁴ Der Unterschied zwischen der Einkommensbilanz und der Kapitalbilanz im Budget ist, wie bei der Zahlungsbilanz, eine Sache der Konvention. Dem Ganzen liegt der Gedanke zugrunde, daß man Posten unterhalb des Strides mit Recht durch Darlehen finanziert kann, wie es die üblichen Geschäftsprinzipien vorschreiben. Ein Überschuß oberhalb des Strides stellt kollektives Sparen dar. Es erlaubt *insoffern* die Finanzierung von staatlichen Investitionen ohne Vergrößerung der Staatsschuld oder eine teilweise Rückzahlung der Schulden. Nach den Regeln von Beveridge (siehe oben Fußnote 3) ist die Unterscheidung zwischen Posten oberhalb und unterhalb des Strides unwichtig. Es kommt lediglich darauf an, daß die Gesamtausgaben zur Erhaltung der effektiven Nachfrage ausreichen.

den. Das ist nicht so sehr ein Programm als vielmehr eine Illustration zur Natur des Rentiervermögens.

Der analoge Vorschlag, das Grundeigentum zu übernehmen, wurde oft vorgebracht. Je länger man die Verwirklichung aufschiebt, desto größer ist der unverdiente Zuwachs privater Vermögen.

Erbtes Vermögen

Die großen Reichtümer, die während des von Keynes beschriebenen Akkumulationsprozesses angehäuft wurden, haben ebenso wie die vom Feudalismus übernommenen eine ewige Erbschaft starker Besitzungleichheit hinterlassen. Das verewigt sich, denn man kann leicht Geld verdienen, wenn man welches hat, und findet dies fast unmöglich, wenn man keines hat.

Progressive Besteuerung

Die Ungleichheit wird vom demokratischen Bewußtsein nicht hingenommen, sondern über Besteuerung bekämpft. Der Besteuerungsapparat ist teuer; welche Kriterien für steuerliche Leistungsfähigkeit auch immer entwickelt werden, sie wirken irgendwie willkürlich und führen zu sinnlosen Verzerrungen in den Werten verschiedener Vermögensarten; ein großer Teil des Expertenpotentials ist der Beratung von Rentiers und Geschäftsleuten in Sachen legaler Steuerausweichungen (nicht zu zählen die illegalen) gewidmet; die Apparate der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung im Lande sind mit der Aufgabe überbürdet, das Steuersystem bezüglich gleicher Einkommen gerecht zu machen oder doch gerecht erscheinen zu lassen, und die Definition des Einkommens für Steuerzwecke hat einen raffinierten theologischen Kodex entstehen lassen, der eine ständige Streitquelle darstellt. Kurzum, die ganze Sache ist mehr als lästig.

Trotz allem bleibt die Ungleichheit da. Die progressive Besteuerung hat kaum eine Bresche zu schlagen vermocht.⁵

⁵ Im Zeitraum 1911 bis 1913 besaß 1 Prozent der Bevölkerung 69 Prozent des Gesamtvermögens und 5 Prozent besaßen 87 Prozent. Im Jahre 1960 betrugen die respectiven Anteile nur mehr 42 Prozent und 75 Prozent. Während des letzteren Zeitraumes fielen 99 Prozent der Besitzinkommen 10 Prozent

Der Lebensstandard

Die Ungleichheit der Einkommen nach Besteuerung und der Kapitalgewinne erzeugt Unterschiede im Konsum, die es sehr schwer machen, die Gewerkschaften von der Gerechtigkeit einer Einkommenspolitik zu überzeugen.

Familien mit hohen Einkommen können nicht daran gehindert werden, ihr Geld für das auszugeben, was sie am dringendsten brauchen, und so wird das zweischichtige System des Gesundheits- und Erziehungswesens verewigt und trägt zur Verewigung der Ungleichheit bei.

Ein drastisches Heilmittel

Der Gedanke der Rentiernation zeigt den Weg aus diesem Dilemma. Die Konzentration privater Vermögen könnte durch konfiskatorische Erbschaftsbesteuerung innerhalb einer Generation eliminiert werden (wobei man Witwen und Waisen eine vierjährige Rente beläßt und als Ergänzung Schenkungen genauso besteuert). Der Vermögenstiel könnte in der bestehenden Form übereignet und wie jede Widmung an eine Stiftung verwaltet werden, wobei das erzielte Einkommen für öffentliche Zwecke verwendet wird. Das würde nicht nur das Anwachsen der Rentiereinkommen aufhalten, wie es auch die Verstaatlichung mit voller Entschädigung tut, sondern es anfressen⁶. Insbesondere

⁶ Die *Euthanasie des Rentiers* wurde von Keynes (*Allgemeine Theorie, Efficiency and the Ownership of Property*, S. 27. Professor Meade versucht, ein Programm der Reduzierung von Ungleichheiten mit dem Glauben an die Grenzproduktivitätstheorie zu vereinbaren.

⁷ Die *Euthanasie des Rentiers* wurde von Keynes (*Allgemeine Theorie, engl., S. 376*) in seiner Vision einer Welt entwickelt, in der die Investitionen alle Möglichkeiten einer produktiven Verwendung erschöpft haben und die Profitrate auf ein niedriges Niveau gesunken ist. Derartige Aussichten erscheinen uns heute ferner denn je. Immerhin könnte der Konsum der Rentiers eliminiert werden, obwohl das Sparen aus Gewinnen weichhin zur Finanzierung von Investitionen erforderlich wäre. Mit der Auflösung von Vermögen über gemeinnützige Stiftungen könnten die Vermögensbesitzer sich noch austoben, weil sie damit ihre künftigen Erben selbst auswählen können, anstatt alles der Willkür künftiger Regierungen zu überlassen. Soweit sie sich daranmachen, das Entsparen über Vermögensauflösung in Konsum umzusetzen, müßte eine entsprechend höhere Besteuerung eingesetzt, welche zu einem öffentlichen Sparen über Budgetübersüsse führt, was nur ein anderer Ausdruck für Vermögensewerb für die Nation ist.

würde es die Verringerung der selbstzahlenden Nachfrage ermöglichen, das Gesundheits- und Bildungswesen vereinheitlichen und verbessern.

Gehälter

Mit dem Gewinnanteil am Industrieertrag ist noch eine weitere Ursache von Ungleichheit verbunden – die hohen Gehälter und Nebenbezüge leitender Angestellter. Sie sind sogar stärker noch als die Löhne der Facharbeiter der Lohndrift im Kampf um den besten Mann unterworfen. Sie setzen das Schulwesen, die Forschung und Wissenschaften einem Abstrom von Geist aus, dem man nur durch Errichtung analoger Gehaltsschemata entgegen treten kann – womit das Reich des Geistes mit demoralisierendem Kommerzialismus infiziert wird.

Das könnte blockiert werden, wenn es die Finanzbehörde ablehnte, oberhalb eines bestimmten Vielfachen des Durchschnittslohnes Gehälter als Kosten im steuerlichen Sinn anzuerkennen. Natürlich würde es großes Geschrei wegen der *Anreize* geben, aber Anreize sind relativ. »Das Spiel kann ganz gut um geringere Einsätze gehen, wenn sich die Spieler einmal an sie gewöhnt haben.«

Warum nicht?

Was sich derartigen Plänen an Hindernissen entgegenstellt, ist weder technischer noch gesetzlicher Natur. Es geht um die politische Opposition, die sich dagegen zu Hause zusammenballen würde, und um die Gefahr der Flucht von Kapital und Kapitalisten zu freundlicheren Ufern. (In der EWG könnten diese Pläne bis zur völligen Umkehrung der Christdemokraten nicht in Angriff genommen werden.)

Das Haupthindernis bei der Beseitigung des funktionslosen Reichtums ist dennoch der Mangel an Erfolgsreichum bei der Entwicklung von Ideen und Institutionen, wie sie einer Wirtschaft angemessen sind, die über den Berg starker Akkumulation ist und einen vernünftigen Weg finden muß, um die Früchte einzuhimsen.

Schlussfolgerungen

Im Vorangegangenen sind die Probleme eines teilweisen Laisser-faire unter Heranziehung der britischen Erfahrungen illustriert worden. Zweifellos wird nun der Leser die Frage stellen: Was sollte also getan werden? Darauf kann ich als Antwort nur mit Vorbehalt meine eigene Meinung anbieten.

Es will mir scheinen, daß die Leute in diesem Land nicht für radikale Änderungen eingetragen sind. Sie ziehen ein sehr lose zusammengefügtes, wackliges Wirtschaftssystem einem auf Leistungsfähigkeit und Tempo ausgerichteten vor. Sie sind bereit, viel Irrationalität und Ungerechtigkeit hinzunehmen, nur um die Kontinuität unserer politischen Einrichtungen und des glorreichen hohen Geredes von Kirche und Staat zu bewahren.

Zumindest die heranwachsende Generation jedoch lehnt Privilegien und Snobismus ab und verlangt edte Chancengleichheit für jedermann, damit er die ihm gegebenen Fähigkeiten auch nützen kann. Sie ist durchaus bereit, die letzten Reste des Weltreiches abzustoßen und sich darauf zu beschränken, ein kleines, der Neutralität und dem Frieden ergebenes Land zu sein.

Der Übergang zu einer solchen politischen Linie wäre kaum rasch und einfach, aber wenn einmal das Ziel klar wäre, könnte ein Weg gefunden werden. Schließlich wußten wir auch jenen Mechanismus zu errichten, der zur Mobilisierung einer Kriegswirtschaft notwendig war. Es kann nicht gar so schwierig sein, die Wirtschaft soweit in den Griff zu bekommen, daß wir mit unseren gegenwärtigen Übelständen fertig werden.

Man kann natürlich einwenden, im Krieg sei es um Leben oder Tod gegangen. Patriotismus und einsichtiges Eigeninteresse verbanden sich zur Aufhebung von Privilegien, die man in Friedenszeiten niemals aufgegeben hätte. Aber das offensichtliche Versagen des Laisser-faire bei Nahezu-Vollbeschäftigung ruft abermals das einsichtige Eigeninteresse auf, alles Notwendige zu akzeptieren.

ren, damit das System funktioniert. Außerdem ist das Argument ein zweischneidiges Schwert. Die Bevölkerung leistete dem Ruf von Blut, Schweiß und Tränen Folge, um das Land vor Zerstörung zu bewahren und den Faschismus zu besiegen. Sie ist nicht gleichermaßen zu Opfern bereit, wenn es um die Stützung einer ambivalenten, unentshlossenen Politik geht, die unter dem Vor geben, die nationale Größe zu erhalten, tatsächlich deren wirtschaftliche und moralische Basis untergräbt.

Kann man auf den Berg von Ressourcen zurückgreifen, die jetzt für Militärausgaben reserviert sind, dann wird es vermutlich notwendig sein, das Wachstum des Konsums einige Zeit zu drosseln, um die Handelsbilanz ins rechte Lot zu bringen und das Pfund Sterling vom internationalen Geldsystem zu befreien – dessen Sklave es jetzt wegen der kurzfristigen Schulden ist, indem die Verschuldung beseitigt wird. In der Zwischenzeit könnten wir die ärgste Armut überwinden, und wenn wir einmal über den Berg sind, können wir uns daranmachen, ein Land zu schaffen, wo alle zufrieden, glücklich und frei sind, ihren Neigungen zu folgen.

Das ist ein selbststüchtiges Ideal. Demokratien sind selbststüchtig. Sie denken an den Staat, nicht an die Welt. Zwei Drohungenschwaben über der Welt von heute – das jeder wirtschaftlichen Entwicklung vorausliegende Bevölkerungswachstum, welches tiefstes Elend in den südöstlichen Kontinenten verbreitet, und der amerikanische Kreuzzug gegen den Kommunismus, welcher mehr Schrecken androht, als er jetzt schon verbreitet und jedes der beiden Wirtschaftssysteme daran hindert, sich auf eine friedliche Koexistenz zurückzuziehen und seine Ressourcen zur Befriedigung dringender Bedürfnisse zu verwenden. Im Vergleich dazu sind unsere Probleme geringfügig, aber bis zu ihrer Lösung sind wir nicht in der Lage, irgendeinen Einfluß als Beitrag zur Lösung der großen Probleme geltend zu machen.

Ein Bestand an Reserven, die gegenüber ausländischen Einlagen empfindlich sind, eine schwache Zahlungsbilanz, der Kampf um Popularität und wechselseitige, in einem Zwei-Parteien-Staat übliche Beschuldigungen und eine Gedankenrichtung, die eine Abwertung befürwortet, haben die Szene für periodische Finanzkrisen vorbereitet.

1964 hat die Konservative Regierung davon abgesehen, deflationäre Maßnahmen angesichts eines alarmierend steigenden Zahlungsbilanzdefizits zu ergreifen. Trotz einer anscheinenden Prosperität, geringer Arbeitslosigkeit und eines günstigen Sommers verloren sie – allerdings nur knapp – die Herbstwahlen. Die neue Regierung wies das Defizit als Belastung der Vorgänger aus. Dieser Umstand führte im Verein mit der Tatsache, daß der Wahlsieg einer mit »Labour« bezeichneten Partei zugefallen war, zu einer Flucht vom Pfund Sterling weg. Die Krise wurde mit Hilfe internationaler Unterstützung zurechtgeflickt. Allmählich kehrten die Defizite wieder und die Lage wurde so schwierig wie vorher.

1965 wurde das Zahlungsbilanzdefizit verringert, bis es etwas zu suchen. Im Laufe des Jahres 1966 machte ein allgemeines Steigen der Zinssätze infolge des schwachen Dollars und einer antinflatio nären Politik in Europa die Wirkung des erhöhten Zinses in London Ende 1966 erreicht sein werde. Die Hauptrüsten waren anschließend (abgesehen von einer Kürzung der überseelischen Investitionen) in Kreditbeschränkungen und in der Einkommenspolitik

zu suchen.

Im Laufe des Jahres 1966 machte ein allgemeines Steigen der Zinssätze infolge des schwachen Dollars und einer antinflatio nären Politik in Europa die Wirkung des erhöhten Zinses in London zunehmend deutlich. Die Hauptrüsten waren anschließend (abgesehen von einer Kürzung der überseelischen Investitionen) in Kreditbeschränkungen und in der Einkommenspolitik

flucht erneuerte sich. Selbst eine weitere Drehung an der Kreditschraube konnte sie nicht zum Halt bringen.

Am 14. Juli kündigte der Premierminister für den 20. Juli Maßnahmen gegen die Krise an. Sie bestanden aus einem Aufruf, die Löhne einzufrieren zu lassen (wobei im Falle, daß es zu keiner freiwilligen Einigung kam, die zwangweise Durchsetzung vorgesehen war), Kürzungen in den vorgesehenen öffentlichen Investitionen, höheren Steuern auf Konsumgüter sowie Restriktionen bei Kreditkäufen und einer Kürzung der für private Auslandsreisen bereitgestellten Devisenbeträge. Zu dem Paket gehörte auch eine Kürzung der überseeischen Militärausgaben um 100 Mill. Pfund. Allerdings stellte sich heraus, daß die Kürzung des Militäraufwandes schon im Budget vorgesehen war. Nur die Kürzung der Auslandshilfe war neu.

Der Premierminister legte seine Absicht dar, die Position Großbritanniens als Weltmacht und jene des Pfund Sterling als Weltwährung zu erhalten.

Man kann annehmen, daß die Juli-Maßnahmen 1966 – soweit sie nicht bloßer Ausdruck einer Panik waren – darauf abgestellt waren, auf drei Ebenen zu wirken: das Vertrauen in den Sterling-Wechselkurs wieder herzustellen, eine sofortige Besserung der Handelsbilanz zu erreichen und zur langfristigen Lösung des Grundproblems beizutragen.

Was das erste Ziel betrifft, war die dramatische Art der Abwicklung eher dazu angemessen, bei den ausländischen Besitzern von Pfunden Angst zu erwecken und keineswegs Vertrauen.

Bezüglich des realen Einflusses auf die Zahlungsbilanz muß zwischen zwei gegenläufigen Tendenzen unterschieden werden. Auf der einen Seite hatte es den Anschein, die Labour-Regierung sei zur Erzeugung von mehr Arbeitslosigkeit bereit, als irgendeine konservative Regierung wagen könnte. Wird die Aktivität im Inland hinreichend reduziert, kann man damit eine Schockwirkung bei den Importen erzeugen, den Abbau von Lagern gestatten und damit für den Außenblick einen Überschuß in der Einkommensbilanz erzeugen. Hält man die Aktivität weiterhin auf einem reduzierten Niveau, breist dies den Anstieg der Importe, während sich infolge der flauen inländischen Nachfrage eine Verbesserung der Exportlage ergeben kann.

Auf der anderen Seite scheinen die zahlreichen argen Übel und offensichtlichen Ungerechtigkeiten als Folge des plötzlichen Einfrierens der Löhne, die in der Gewerkschaftsbewegung herausge-

forderte Opposition und das Ansammeln von Ansprüchen, die nach der sechsmonatigen Periode geltend gemacht werden, höchstwahrscheinlich die Zurückhaltung bei den Löhnen nachteilig zu beeinflussen, wofür der Anstieg in der Arbeitslosigkeit vielleicht kein ausreichendes Gegengewicht darstellt.

Der Beitrag der Juli-Maßnahmen zur langfristigen Besserung war auf der ganzen Linie negativ. Die Kürzung der Investitionen, die durch das Einfrieren der Löhne hervorgerufene Zerrüttung der Produktivitätsabkommen und das durch neuverdeckte Befürchtungen von Arbeitslosigkeit wiedererweckte restriktive Element in der Gewerkschaftsmentalität drohen zu einer Vergrößerung der ohnehin schon geringen Wachstumsrate zu führen, welche die Grundursache der dürftrigen Leistungen der englischen Wirtschaft in den letzten Jahren war.

Der einzige hoffnungsvolle Zug in dieser Lage ist in der wachsenden Unterstützung (und nicht bloß durch Linker) jenes Standpunktes zu suchen, der oben in den *Schlußfolgerungen* zum Ausdruck gebracht wurde. Vielleicht werden schließlich doch die harten Tatsachen die Demokratie zum gesunden Menschenstand drängen, so wie ein Schäferhund der Herde den richtigen Weg weist.